
Konzernlagebericht

66	Konzernüberblick und Marktumfeld
66	Geschäftstätigkeit und Organisationsstruktur
66	Absatzmärkte und Marktposition
66	Wirtschaftliches Umfeld
67	Branchenumfeld
67	Rechtliche Rahmenbedingungen
69	Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage
69	Änderungen im Konsolidierungskreis
69	Ertragslage
76	Vermögens- und Finanzlage
81	Wertorientierte Kennzahlen
83	Forschung und Entwicklung/ Innovationsmanagement
85	Chancen und Risiken
85	Risikomanagementsystem
86	Top-Risiken
87	Sonstige Risiken
89	Wesentliche Chancen
89	Gesamtaussage zur Risiko- und Chancensituation des Konzerns
91	Weitere rechtliche Angaben
91	Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess
93	Informationen gemäß § 243a UGB
94	Nichtfinanzielle Informationen gemäß NaDiVeG
95	Ausblick 2019

1. KONZERNÜBERBLICK UND MARKTUMFELD

1.1 Geschäftstätigkeit und Organisationsstruktur

Mit einem Jahresumsatz von 2 Mrd EUR und rund 20.500 Mitarbeitern ist der Österreichische Post-Konzern – im Folgenden Österreichische Post, Konzern bzw. Post genannt – der führende Logistik- und Postdienstleister Österreichs. Zum Kerngeschäft zählen die Beförderung von Briefen, Werbesendungen, Printmedien, Päckchen, Paketen und Expresssendungen sowie diverse Logistiklösungen und innovative Online-Services. International ist die Post in neun weiteren europäischen Ländern aktiv.

Die Österreichische Post bündelt ihre Geschäftsaktivitäten in den beiden Divisionen Brief, Werbepost & Filialen sowie Paket & Logistik. Zusätzlich obliegen der Division Corporate vor allem Dienstleistungen im Bereich der Konzernverwaltung und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Diese drei Divisionen stellen die drei operativen Segmente der Österreichischen Post gemäß den Regeln des IFRS 8 dar.

Das Leistungsspektrum der Division Brief, Werbepost & Filialen umfasst die Annahme, Sortierung und Zustellung von Briefen, Postkarten, adressierten, teil- und unadressierten Werbesendungen und Zeitungen sowie von Paketen und Päckchen im Zuge der Verbundzustellung. Darüber hinaus werden im Filialnetz Post- und Telekomprodukte sowie Finanzdienstleistungen angeboten. Die Österreichische Post bietet ihren Kunden auch diverse Online-Services wie den E-Brief und crossmediale Lösungen an. Ergänzt wird das Angebot durch physische und digitale Zusatzleistungen, für messbare Erfolge in der Kundenkommunikation sowie für die Optimierung in der Dokumentenbearbeitung.

Die Division Paket & Logistik bietet für den Paketversand Lösungen aus einer Hand über die gesamte Wertschöpfungskette. Kerngeschäft ist die Beförderung von Paketen sowie von „Express Mail Service“ (EMS)-Sendungen. Im Heimmarkt transportierte die Österreichische Post 2018 rund 108 Mio Pakete und EMS-Sendungen. Damit ist sie führender Dienstleister für die flächendeckende Auslieferung von Versandhandels- und Privatkundenpaketen sowie von B2B-Sendungen in höchster Qualität.

Das Portfolio umfasst neben klassischen Paketprodukten, der Express- und der Lebensmittelzustellung auch vielfältige Mehrwertdienstleistungen. So bietet das Unternehmen maßgeschneiderte Fulfillment-Lösungen wie Lagerung, Kommissionierung, Retouren-Management, Geld- und Werttransporte, Webshop-Logistik sowie Webshop-Infrastruktur an. Darüber hinaus ist die Division mit Konzernunternehmen in acht weiteren europäischen Ländern aktiv.

1.2 Absatzmärkte und Marktposition

Die Österreichische Post ist mit ihren Konzernunternehmen in zehn Ländern aktiv. Rund 92% des Umsatzes wurden 2018 am Heimmarkt Österreich erwirtschaftet. Hier nimmt die Österreichische Post sowohl in der Zustellung von Briefen, Werbesendungen und Zeitungen als auch von Paketen eine führende Marktstellung ein. Im umkämpften Paketmarkt konnte die Österreichische Post bei steigendem Wettbewerbs- und Preisdruck das Paketvolumen weiter erhöhen. Das Unternehmen hält am Paketvolumen im Bereich Privatkunden einen Marktanteil von rund 59%, im Bereich Business-Pakete (B2B) liegt der Marktanteil am Paketvolumen bei 32% (Quelle: Branchenradar KEP-Dienste 2019).

Auch international verfügen die Konzernunternehmen der Österreichischen Post über eine gute Marktposition. Beim Paketversand an Geschäftskunden ist der Konzern die Nummer Eins in der Slowakei und Top-Player in Kroatien, Serbien, Montenegro sowie in Bosnien und Herzegowina.

1.3 Wirtschaftliches Umfeld

Das globale Wirtschaftswachstum wird schwächer, das prognostizieren die Ökonomen des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Wirtschaft im Jahr 2018 war vorrangig von politischen Themen wie beispielsweise dem Handelsstreit zwischen den USA und China, dem Brexit

sowie dem Budgetstreit zwischen der italienischen Regierung und der EU geprägt. Diese und weitere drohende Konflikte sorgen für Verunsicherung unter global tätigen Unternehmen und dämpfen die Prognosen. Laut dem IWF beläuft sich der Anstieg des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2018 auf 3,7% und befindet sich fast auf dem Niveau des Vorjahres (2017: 3,8%). Für 2019 und 2020 wird mit einem Wirtschaftswachstum von 3,5% bzw. 3,6% gerechnet (IWF, Jänner 2019).

In Europa konnte hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung nicht das Niveau des Vorjahres von 2,4% gehalten werden. Als großer Unsicherheitsfaktor gelten der Brexit sowie der anhaltende Budgetstreit zwischen Italien und der EU. Daraus resultiert ein verringertes BIP-Wachstum von 1,8% für 2018. Für die Jahre 2019 bzw. 2020 geht der IWF von einem schwächeren BIP-Anstieg im Ausmaß von 1,6% bzw. 1,7% aus (IWF, Jänner 2019).

Das Wirtschaftswachstum in Österreich ist sehr kräftig und befindet sich über dem Durchschnitt des Euro-Raums. Maßgeblicher Treiber sind die rege Industriekonjunktur und expandierende Wirtschaftsbereiche. So steigerte sich das BIP laut dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) im Jahr 2018 um 2,7%, nach 2,6% im Vorjahr. Für das Jahr 2019 wird mit 2,0% eine etwas gedämpfte Wirtschaftsentwicklung erwartet, für 2020 nimmt die Prognose des WIFO eine BIP-Steigerung von 1,8% an (WIFO, Dezember 2018).

In den sonstigen europäischen Märkten, in welchen die Österreichische Post tätig ist, stehen die Zeichen für die kommenden Jahre auf ein abgeschwächtes Wachstum bei hohen konjunkturellen Risiken. Für Deutschland schätzt der IWF das Wirtschaftswachstum für 2018 auf 1,5% nach 2,5% im Vorjahr. Für die Jahre 2019 und 2020 wird eine Steigerung von 1,3% bzw. 1,6% erwartet. Während Deutschland mit einer verminderten Wirtschaftsleistung zu kämpfen hat, zeigen auch die Märkte Südost- und Osteuropas nach einer sehr starken Phase seit 2017 nunmehr einen Abschwung der Wirtschaftsleistung. Für die europäischen Schwellenländer rechnet der IWF mit einem BIP-Wachstum von 3,8% im Jahr 2018 nach 6,0% im Vorjahr. Für die Jahre 2019 bzw. 2020 geht der IWF von einem geringeren Anstieg des BIP im Ausmaß von 0,7% bzw. 2,4% aus (IWF, Jänner 2019).

1.4 Branchenumfeld

Neben dem konjunkturellen Umfeld wird die Geschäftsentwicklung der Österreichischen Post vor allem von folgenden internationalen Trends beeinflusst, die Risiken, aber auch Chancen mit sich bringen.

Die elektronische Substitution hält im Bereich der adressierten Sendungen weiterhin an. Dieser globale Trend betrifft alle Post-Gesellschaften und ist im Kern wenig

beeinflussbar. Insbesondere Kunden aus dem öffentlichen Sektor versuchen ihr Sendungsvolumen zu reduzieren, sodass die Österreichische Post weiterhin mit kontinuierlichen Rückgängen von ca. 5% pro Jahr rechnet. Zudem zeigt sich als Folge des Inkrafttretens der Datenschutz-Grundverordnung Verunsicherung bei Versenderkunden von adressierten Werbesendungen. Generell hängt das Geschäft mit Werbesendungen stark von der konjunkturellen Lage, der jeweiligen Branche und der Intensität der Werbeaktivitäten von Unternehmen ab. Die Marktentwicklung für adressierte und unadressierte Werbesendungen ist derzeit eher gedämpft.

Die Paketmengen im privaten Bereich steigen dank der ständig zunehmenden Bedeutung des Online-Shoppings weiter stark an. In den Märkten des CEE-/SEE-Raums besteht Aufholbedarf im E-Commerce, was zu einem tendenziell dynamischen Marktumfeld führt.

Die Entwicklung des internationalen Paket- und Frachtgeschäfts ist wiederum wesentlich von der Konjunktorentwicklung, den internationalen Handelsströmen und der damit verbundenen Preisentwicklung abhängig. Wettbewerbsintensität und Preisdruck sind in diesem Bereich weiterhin hoch. Die Handelsströme werden zunehmend internationaler und mit ihnen die nachgefragten Logistikdienstleistungen.

Ein weiterer wichtiger Markttrend besteht in der steigenden Bedeutung nichtfinanzieller Themen aus den Bereichen Gesellschaft, Mitarbeiter und Umwelt. Damit einhergehend steigen die Transparenzanforderungen der Unternehmen hinsichtlich Nachhaltigkeit. Das steigende Nachhaltigkeitsbewusstsein führt auch zu einer vermehrten Nachfrage nach ressourcenschonenden Gütertransporten. Die Österreichische Post entspricht diesen Anforderungen durch das Angebot der CO₂-neutralen Zustellung im Heimmarkt Österreich, mit dem sie für sich und ihre Kunden eine Belastung der globalen Klimabilanz durch ihre Unternehmenstätigkeit einerseits vermeidet und andererseits verringert.

1.5 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der Österreichischen Post basieren primär auf dem Österreichischen Postmarktgesetz, das seit 1. Jänner 2011 in Kraft ist.

- Die Österreichische Post ist seit der vollständigen Marktöffnung Österreichs Universaldienstleister und garantiert damit die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Postdienstleistungen in ganz Österreich. Die Regulierungsbehörde (Post-Control-Kommission)

hat – wie gesetzlich vorgesehen – im Jahr 2016 untersucht, ob auch andere Postdienst-Anbieter in der Lage sind, die in der gesetzlichen Universaldienstverpflichtung definierten Leistungen zu erbringen. Dies ist nicht der Fall.

- Der Universaldienst beschränkt sich primär auf Postsendungen, die auf Basis der allgemeinen (nicht individuell ausverhandelten) Geschäftsbedingungen an den gesetzlich definierten Zugangspunkten aufgegeben werden, also z.B. Post-Geschäftsstellen oder Briefkästen. Damit soll die Grundversorgung der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft mit Postdienstleistungen gesichert werden. Postdienste für Sendungen, die von Großkunden in Verteilzentren eingeliefert werden, zählen – mit Ausnahme von Zeitungen – nicht zum Universaldienst.
- Mit 27. November 2015 trat eine Änderung des Postmarktgesetzes in Kraft, die es der Post ermöglicht, neben Briefsendungen (mit strengen Laufzeitvorgaben) auch sogenannte Non-Priority-Briefsendungen im Universaldienst anzubieten, deren Laufzeiten regelmäßig bis zu vier Tage betragen dürfen. Seit 1. Juli 2018 bietet die Post den neuen ECO-Brief im Universaldienst an und hat ihre Produktpalette entsprechend erweitert. Im Universaldienst haben Versender somit die Wahl zwischen einer Laufzeit von zwei bis drei Tagen für nicht zeitkritische Sendungen und dem schnellen PRIO-Brief, der weiterhin am Tag nach der Aufgabe zugestellt wird. Gleichzeitig wurde mit dieser Änderung eine Anpassung der Preise vorgenommen.

2. GESCHÄFTSVERLAUF UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE

2.1 Änderungen im Konsolidierungskreis

Mit 1. Jänner 2018 erfolgte der Segmentwechsel der Weber Escal d.o.o., Kroatien, von der Division Brief, Werbepost & Filialen in die Division Paket & Logistik. Hintergrund dieser neuen Zuordnung ist die Änderung des Geschäftsmodells der Gesellschaft von einer Brief- in eine Paketdistribution.

Das Closing zur Übernahme von weiteren 25% der Anteile an der sendhybrid ÖPBD GmbH erfolgte mit Wirkung 1. Juli 2018. Somit werden nun 51% der Anteile an der Gesellschaft gehalten.

Eine vollständige Darstellung aller Änderungen im Konsolidierungskreis erfolgt im Konzernanhang unter Punkt 4.2.

In Summe sind die Umsatzauswirkungen der Konsolidierungskreisänderungen im Geschäftsjahr 2018 als unwesentlich einzustufen.

2.2 Ertragslage

2.2.1 UMSATZENTWICKLUNG

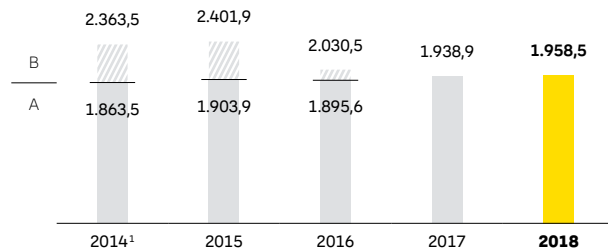
Die Umsatzerlöse der Österreichischen Post verbesserten sich 2018 um 1,0% auf 1.958,5 Mio EUR. Das Wachstum im Paketgeschäft bedingte einen Umsatzanstieg von 11,5%, der den Rückgang der Umsatzerlöse von 2,5% in der Division Brief, Werbepost & Filialen kompensieren konnte.

Der Anteil der Division Brief, Werbepost & Filialen am Konzernumsatz der Österreichischen Post betrug 71,9%. Die Umsatzentwicklung in der Berichtsperiode war weiterhin geprägt vom generellen Rückgang des adressierten Briefvolumens durch die elektronische Substitution, von einem geringeren Werbeumsatz verglichen mit dem starken Werbegeschäft des Vorjahres sowie vom redimensionierten Finanzdienstleistungsgeschäft. Umsatz erhöhend wirkten die neue Produktstruktur, Zuwächse im Bereich Mail Solutions sowie Wachstum durch vermehrtes internationales E-Commerce-Volumen.

Die Division Paket & Logistik erwirtschaftete im Berichtszeitraum einen Anteil von 28,1% am Konzernumsatz mit einem weiterhin positiven Trend. Das Umsatzwachstum von 11,5% wurde primär vom organischen Mengenwachstum in Österreich getrieben.

Umsatzentwicklung

Mio EUR



A - Umsatzerlöse ohne trans-o-flex
B - Umsatzerlöse trans-o-flex

¹ Die Darstellung der Umsatzerlöse der Division Paket & Logistik wurde angepasst. Exportdienstleistungen werden nach der Nettomethode erfasst (vormals Ausweis in Umsatzerlösen und Aufwand für bezogene Leistungen).



Umsatz nach Divisionen

Mio EUR	2016 ¹	2017	2018	Veränderung 2017/2018	
				%	Mio EUR
Umsatzerlöse	1.895,6	1.938,9	1.958,5	1,0	19,6
Brief, Werbepost & Filialen	1.478,5	1.447,8	1.412,3	-2,5	-35,6
Paket & Logistik	421,1	495,6	552,4	11,5	56,9
Corporate/Konsolidierung	-4,0	-4,5	-6,2	-38,9	-1,7
Werktage in Österreich	250	248	250	-	-

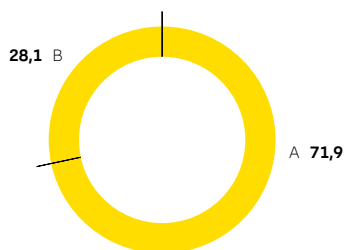
¹ Anpassung der Umsatzerlöse in der Segmentberichterstattung im Konzernabschluss 2017; Darstellung ohne Umsatzerlöse trans-o-flex

In der regionalen Betrachtung des Konzernumsatzes der Österreichischen Post wurden in der Berichtsperiode 91,8% des Umsatzes in Österreich erwirtschaftet. Auf den Raum Südost- und Osteuropa entfielen 5,5% des Konzern-

umsatzes. In Deutschland wurde ein Anteil von 2,7% der Umsatzerlöse generiert. 99,0% des Umsatzes der Österreichischen Post werden im Euro-Raum generiert, daher liegen keine wesentlichen Währungseffekte vor.

Umsatz nach Divisionen 2018

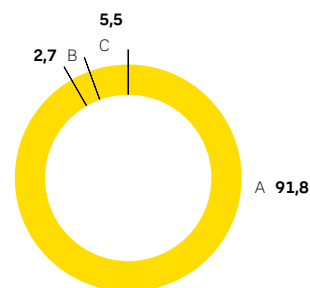
in %



A - Brief, Werbepost & Filialen
B - Paket & Logistik

Umsatz nach Regionen 2018

in %



A - Österreich
B - Deutschland
C - Südost-/Osteuropa

Umsatzentwicklung Division Brief, Werbepost & Filialen

Mio EUR	2016 ¹	2017	2018	Veränderung 2017/2018	
				%	Mio EUR
Umsatzerlöse	1.478,5	1.447,8	1.412,3	-2,5	-35,6
Briefpost & Mail Solutions	801,8	782,8	804,8	2,8	22,0
Werbepost	416,7	413,3	382,6	-7,4	-30,7
Medienpost	141,6	137,1	131,2	-4,3	-6,0
Filialdienstleistungen	118,4	114,6	93,7	-18,2	-20,9
Interne Leistungsverrechnung	85,1	101,7	112,9	11,0	11,2
Umsatzerlöse gesamt	1.563,6	1.549,5	1.525,2	-1,6	-24,4
davon Umsatzerlöse mit Dritten	1.478,0	1.446,8	1.409,6	-2,6	-37,2

¹ Anpassung der Umsatzerlöse in der Segmentberichterstattung im Konzernabschluss 2017

Der Umsatz der Division Brief, Werbepost & Filialen von 1.412,3 Mio EUR stammt zu 57,0% aus dem Bereich Briefpost & Mail Solutions, zu 27,1% aus Werbepost und zu 9,3% aus Medienpost. Zudem wurden 6,6% des Umsatzes mit Filialdienstleistungen erwirtschaftet.

Im Bereich Briefpost & Mail Solutions lag der Umsatz mit 804,8 Mio EUR im Jahr 2018 um 2,8% über dem Niveau des Vorjahres. Die rückläufige Volumenentwicklung infolge der Substitution von Briefen durch elektronische Kommunikationsformen setzte sich fort. Der Umsatz wurde aber auch von diversen Sondereffekten positiv beeinflusst. Die transportierten Mengen wurden durch zahlreiche Einmalaussendungen von Banken gestützt. Dank der Einführung der neuen Produktstruktur per 1. Juli 2018 wurde darüber hinaus ein positiver Tarifeffekt erzielt. Zudem gab es im Bereich Briefpost Zusatzumsätze in Höhe von 18,2 Mio EUR durch vermehrtes internationales E-Commerce-Volumen, das im Vorjahr zum Teil noch unter Werbepost ausgewiesen wurde. Ebenso umsatz erhöhend wirkten neue Dienstleistungen rund um den klassischen Brieftransport. Der Bereich Mail Solutions verzeichnete, vor allem in der Dokumentenlogistik und im Outputmanagement, Zuwächse in Höhe von 5,0 Mio EUR. Zudem zählte das Geschäftsjahr 2018 zwei Werktage mehr als das Vorjahr. Umsatzmindernd wirkten der Rückzug aus dem Briefgeschäft in Südost- und Osteuropa sowie der Segmentwechsel des kroatischen Konzernunternehmens Weber Escal d.o.o., das seit 1. Jänner 2018 in der Division Paket & Logistik dargestellt wird.

Briefumsatz nach Produktgruppen

Mio EUR

	2014 ¹	2015 ¹	2016 ¹	2017	2018
D	1.488,2	1.502,3	1.478,5	1.447,8	1.412,3
C	123,0	123,8	118,4	114,6	93,7
B	143,2	140,8	141,6	137,1	131,2
A	431,0	428,8	416,7	413,3	382,6
	791,0	809,0	801,8	782,8	804,8

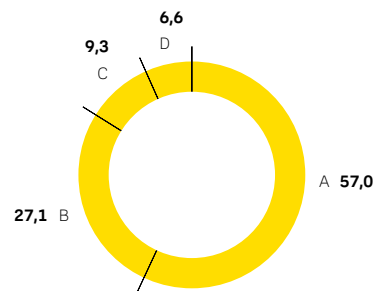
A - Briefpost & Mail Solutions
 B - Werbepost
 C - Medienpost
 D - Filialdienstleistungen

¹ Anpassung der Umsatzerlöse in der Segmentberichterstattung im Konzernabschluss 2017

Der Bereich Werbepost verzeichnete im Geschäftsjahr 2018 einen Umsatzrückgang um 7,4% auf 382,6 Mio EUR. Dieser Rückgang setzte sich aus einem operativen Umsatzminus von 2 bis 3% und der beschriebenen veränderten Produktzuordnung internationaler Sendungen, die nun im Bereich Briefpost dargestellt werden, zusammen. Zudem gab es bei den Werbevolumen im Vorjahr höhere Sondereffekte durch Wahlen und einen starken Anstieg aufgrund einzelner Vertriebsinitiativen. Bei adressierten Sendungen zeigte sich bei einigen Kunden auch Verunsicherung hinsichtlich der neuen Datenschutz-Grundverordnung. Ebenso umsatzmindernd wirkte der Rückzug aus dem südost- und osteuropäischen Werbe-geschäft.

Briefumsatz nach Produktgruppen 2018

in %



A - Briefpost & Mail Solutions
 B - Werbepost
 C - Medienpost
 D - Filialdienstleistungen

Der Umsatz mit Medienpost, also aus der Zustellung von Zeitungen und Magazinen, reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,3% auf 131,2 Mio EUR. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf das rückläufige Abonnement-Geschäft von Zeitungen und Magazinen zurückzuführen.

Die Umsätze aus Filialdienstleistungen lagen im Geschäftsjahr 2018 mit 93,7 Mio EUR unter dem Niveau des Vorjahres von 114,6 Mio EUR. Gemäß der Vereinbarung mit dem Bankpartner BAWAG P.S.K. erfolgt die Beendigung der Kooperation bis Ende 2020. Der Umsatz mit Beratungsleistungen wird 2019 kontinuierlich reduziert. Ebenso umsatzmindernd wirkte sich die geänderte Bilanzierung des Vertriebs von Mobilfunkprodukten und Services aufgrund IFRS 15 aus, dem aber ein Rückgang in der entsprechenden Aufwandsposition gegenübersteht.



Umsatzentwicklung Division Paket & Logistik

Mio EUR	Veränderung 2017/2018				
	2016 ¹	2017	2018	%	Mio EUR
Umsatzerlöse	421,1	495,6	552,4	11,5	56,9
Paket Premium	206,6	240,7	266,1	10,6	25,5
Paket Standard	186,1	219,0	229,6	4,8	10,6
Paket Sonstige Leistungen	28,4	35,9	56,6	58,0	20,8
Interne Leistungsverrechnung	7,8	4,8	4,9	2,1	0,1
Umsatzerlöse gesamt	428,9	500,4	557,4	11,4	57,0
davon Umsatzerlöse mit Dritten	417,6	491,9	548,6	11,5	56,7

¹ Anpassung der Umsatzerlöse in der Segmentberichterstattung im Konzernabschluss 2017; Darstellung ohne Umsatzerlöse trans-o-flex

Der Umsatz der Division Paket & Logistik erhöhte sich von 495,6 Mio EUR auf 552,4 Mio EUR im Jahr 2018. In der Berichtsperiode umsatz erhöhend wirkte der Segmentwechsel des kroatischen Konzernunternehmens Weber Escal d.o.o. mit 1. Jänner 2018, das im Vorjahr noch in der Division Brief, Werbepost & Filialen erfasst wurde. Auch das seit 1. November 2017 vollkonsolidierte Konzernunternehmen ACL advanced commerce labs GmbH trug zum Umsatzwachstum der Division bei. Bereinigt um die Weber Escal d.o.o. und die ACL advanced commerce labs GmbH erhöhte sich der Umsatz der Division Paket & Logistik um 8,1%.

Das starke Wachstum im Paketgeschäft ist vor allem auf den anhaltenden E-Commerce-Trend zurückzuführen, der zu einem deutlichen Anstieg bei Privatkundenpaketen führte. Generell entwickelt sich der Paketmarkt in Österreich sehr dynamisch. Es herrscht weiterhin intensiver Wettbewerb, gleichzeitig nehmen die Anforderungen hinsichtlich Qualität und Zustellgeschwindigkeit sowie der Preisdruck zu.

Insgesamt entfielen 48,2% des Divisionsumsatzes in der Berichtsperiode auf den Premium-Bereich (Paketzustellung innerhalb von 24 Stunden). Dies entspricht einem Umsatzanstieg von 10,6% auf 266,1 Mio EUR.

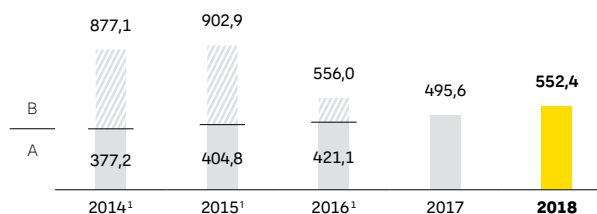
Auf die Umsätze des Bereichs Paket Standard – dieser umfasst vor allem Sendungen an Privatkunden in Österreich – entfielen 41,6% des Divisionsumsatzes. Im Bereich Paket Standard wurde im Jahr 2018 ein Umsatzanstieg von 4,8% auf 229,6 Mio EUR erzielt.

Im Bereich Paket Sonstige Leistungen, der diverse Logistik-Zusatzdienstleistungen beinhaltet, wurden in der Berichtsperiode Umsätze in Höhe von 56,6 Mio EUR generiert. Dies entspricht einem Anteil von 10,3% am Divisionsumsatz. Der Umsatzanstieg um 20,8 Mio EUR im Vergleich zum Vorjahr ist vor allem auf die in den Konzernabschluss einbezogene Gesellschaft ACL advanced

commerce labs GmbH und auf den Segmentwechsel der Weber Escal d.o.o. zurückzuführen.

Umsatz Division Paket & Logistik

Mio EUR



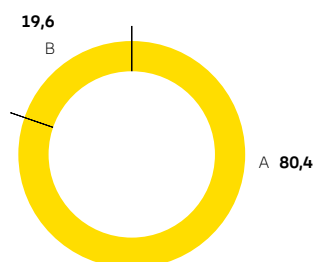
A – Umsatzerlöse ohne trans-o-flex
B – Umsatzerlöse trans-o-flex

¹ Anpassung der Umsatzerlöse in der Segmentberichterstattung im Konzernabschluss 2017

Eine Betrachtung nach Regionen zeigt, dass im Jahr 2018 80,4% der Divisionsumsätze in Österreich erzielt wurden, 19,6% der Umsätze entfielen auf die Konzernunternehmen in Südost- und Osteuropa. In Österreich wurde 2018 ein Umsatzanstieg von 11,4% erzielt. Berücksichtigt man die Vollkonsolidierung der ACL advanced commerce labs GmbH zeigt sich auf vergleichbarer Basis ein Umsatzwachstum von 10,0% in Österreich. Für den wettbewerbsintensiven Raum Südost- und Osteuropa wurde in der Berichtsperiode ein Umsatzplus von 11,8% ausgewiesen. Unter Berücksichtigung des Segmentwechsels der Weber Escal d.o.o. Kroatien, entwickelten sich die Divisionsumsätze im CEE-/SEE-Raum im Jahr 2018 stabil.

Paketumsatz nach Regionen 2018

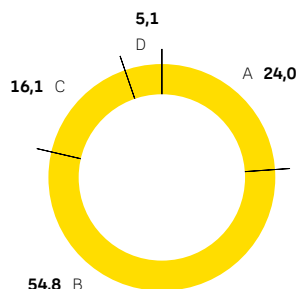
in %



A - Österreich
B - Südost-/Osteuropa

Aufwandsverteilung 2018

in %



A - Materialaufwand/Bezogene Leistungen
B - Personalaufwand
C - Sonstige betriebliche Aufwendungen
D - Abschreibungen

2.2.2 Ergebnisentwicklung

Die Aufwandsstruktur der Österreichischen Post ist von einem hohen Anteil an Personalaufwendungen geprägt. So entfielen im Jahr 2018 54,8% der gesamten betrieblichen Aufwendungen auf den Personalbereich. Die zweitgrößte Aufwandsposition stellten mit 24,0% der Materialaufwand und der Aufwand für bezogene Leistungen dar, der zum Großteil extern vergebene Transportaufwendungen betrifft. Weiters entfielen 16,1% auf sonstige betriebliche Aufwendungen und 5,1% auf Abschreibungen.

Der Personalaufwand belief sich im Geschäftsjahr 2018 auf 1.008,7 Mio EUR, was einem Rückgang von 1,1% entspricht. Die im Personalaufwand inkludierten operativen Personalaufwendungen für Löhne und Gehälter blieben im Vergleich zum Vorjahr nahezu stabil. Ziel ist es, durch stetige Effizienzsteigerungen und strukturellen Umbau kollektivvertragliche Gehaltssteigerungen zu kompensieren. In Summe beschäftigte der Österreichische Post-Konzern im Geschäftsjahr 2018 im Periodendurchschnitt 20.545 Mitarbeiter (Vollzeitkräfte), während im Geschäftsjahr 2017 20.524 Mitarbeiter für die Österreichische Post tätig waren.

Zusätzlich zu den operativen Personalkosten umfasst der Personalaufwand der Österreichischen Post auch diverse nicht-operative Personalaufwendungen wie Abfertigungen und Rückstellungsveränderungen, die primär auf die spezifische Beschäftigungssituation beamteter Mitarbeiter der Österreichischen Post zurückzuführen sind. Der nicht-operative Personalaufwand inklusive Rückstellungsveränderungen durch diverse Parameteranpassungen lag im Geschäftsjahr 2018 unter dem Niveau des Vorjahres. Den größten Anteil bildeten wie schon im Vorjahr die Rückstellungen für die Redimensionierung im Finanzdienstleistungsbereich. Sie beliefen sich im Geschäftsjahr 2018 auf 21,5 Mio EUR. Gegenläufig wirkten verminderte Aufwendungen für Sozialplanmodelle.

Der Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen erhöhte sich im Geschäftsjahr 2018 um 7,6% auf 441,2 Mio EUR, primär bedingt durch vermehrte Transportaufwendungen hervorgerufen durch die gestiegenen Paketmengen.

Sowohl die sonstigen betrieblichen Aufwendungen als auch die sonstigen betrieblichen Erträge gingen in der Berichtsperiode deutlich zurück. So erreichten die sonstigen betrieblichen Erträge 96,2 Mio EUR nach 112,7 Mio EUR im Vorjahr. Darin inkludiert ist ein Einmalertrag aus dem ersten Quartal 2018 in Höhe von 20,1 Mio EUR als pauschale Abgeltung seitens des Bankpartners BAWAG P.S.K. für die Verkürzung der Vertragsdauer. Zudem gab es Erlöse aus dem Immobilienprojekt „Neutorgasse 7“ in Höhe von 17,9 Mio EUR, denen ein Aufwand für bezogenen Leistungen in Höhe von 10,5 Mio EUR entgegenstand. Im Vorjahr waren in den sonstigen betrieblichen Erträgen Rückforderungsansprüche aus in Vorperioden bezahlten Lohnnebenkosten enthalten. Diese beliefen sich saldiert, also abzüglich Aufwendungen für etwaige Ersatzleistungen, die in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen abgebildet waren, auf 21,0 Mio EUR. Aufgrund dieser Ersatzleistungen waren die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Vorjahr mit 325,0 Mio EUR deutlich höher als in der Berichtsperiode mit 295,7 Mio EUR. Gegenläufig wirkten höhere IT-Aufwendungen im Geschäftsjahr 2018.

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen enthält anteilige Periodenergebnisse von Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen und reduzierte sich, vorrangig bedingt durch die Abwertung eines Darlehen für das tschechische Konzernunternehmen, von minus 1,9 Mio EUR im Vorjahr auf minus 3,6 Mio EUR im Geschäftsjahr 2018.

Ergebnisseitig zeigt sich ein stabiles bis leicht positives Bild. Das EBITDA lag mit 305,4 Mio EUR um 3,7% über dem Vergleichswert des Vorjahres, das entspricht einer EBITDA-Marge von 15,6%.

In Summe fielen in der Berichtsperiode 94,5 Mio EUR Abschreibungen nach 86,8 Mio EUR im Jahr 2017 an. Dabei erhöhten sich die planmäßigen Abschreibungen auf 80,6 Mio EUR, während die Wertminderungen mit 13,9 Mio EUR leicht unter dem Niveau des Vorjahres lagen. Die Wertminderungen im Geschäftsjahr 2018 beinhalteten im Wesentlichen Anpassungen von Geschäfts- oder Firmenwerten sowie Wertminderungen für Immobilien in Kroatien und Österreich.

Das EBIT im Jahr 2018 erreichte 210,9 Mio EUR nach 207,8 Mio EUR im Vorjahr. Die EBIT-Marge betrug 10,8 %.

Das Finanzergebnis des Konzerns reduzierte sich von 12,8 Mio EUR im Vorjahr auf minus 13,1 Mio EUR im Geschäftsjahr 2018. Während im Vorjahr im Finanzergebnis ein positiver Effekt in Höhe von 11,0 Mio EUR aus dem

Verkauf von Anteilen an der BAWAG Group AG enthalten war, gab es im Geschäftsjahr einen negativen Effekt durch die Abwertung der Anteile an der FinTech Group AG in Höhe von 14,4 Mio EUR.

Das Ergebnis vor Steuern lag im Jahr 2018 bei 197,8 Mio EUR nach 220,6 Mio EUR im Vorjahr. Die Ertragsteuern lagen mit 53,6 Mio EUR um 2,0 Mio EUR unter dem Niveau des Vorjahres.

Nach Abzug der Steuern ergibt sich damit ein Periodenergebnis (Ergebnis nach Steuern) von 144,2 Mio EUR, im Vergleich zu 165,0 Mio EUR im Vorjahr. Dies entspricht einem unverwässerten Ergebnis pro Aktie von 2,13 EUR für das Geschäftsjahr 2018 im Vergleich zu 2,45 EUR im Vorjahr.

Konzern-Ertragslage

Mio EUR	2016 ¹	2017	2018	Veränderung 2017/2018	
				%	Mio EUR
Umsatzerlöse	2.030,5	1.938,9	1.958,5	1,0	19,6
Sonstige betriebliche Erträge	70,1	112,7	96,2	-14,7	-16,5
Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen	-495,2	-409,9	-441,2	-7,6	-31,3
Personalaufwand	-1.035,2	-1.020,1	-1.008,7	1,1	11,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-294,1	-325,0	-295,7	9,0	29,3
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	0,9	-1,9	-3,6	-85,4	-1,7
EBITDA²	277,1	294,6	305,4	3,7	10,8
Planmäßige Abschreibungen	-72,6	-72,8	-80,6	-10,7	-7,8
Wertminderungen	-2,3	-14,1	-13,9	0,9	0,1
EBIT³	202,3	207,8	210,9	1,5	3,1
Sonstiges Finanzergebnis	-0,7	12,8	-13,1	< -100	-25,9
Ergebnis vor Steuern	201,5	220,6	197,8	-10,3	-22,8
Ertragsteuern	-48,8	-55,6	-53,6	3,6	2,0
Periodenergebnis	152,7	165,0	144,2	-12,6	-20,8
Ergebnis je Aktie (EUR) ⁴	2,26	2,45	2,13	-13,0	-0,32

¹ Anpassungen der sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen

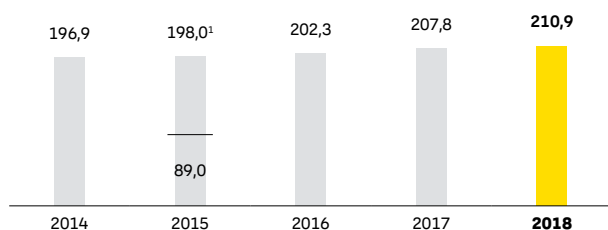
² Ergebnis vor Abschreibungen, Sonstiges Finanzergebnis und Ertragsteuern

³ Ergebnis vor Sonstiges Finanzergebnis und Ertragsteuern

⁴ Unverwässertes Ergebnis je Aktie, bezogen auf 67.552.638 Stück Aktien

EBIT

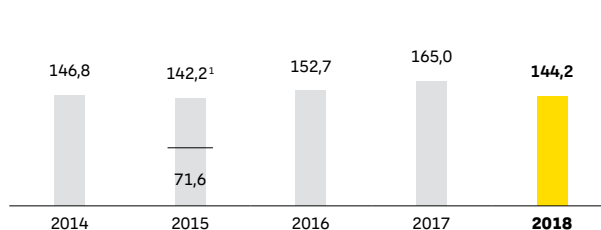
Mio EUR



¹ Bereinigt um Sondereffekte

Periodenergebnis

Mio EUR



¹ Bereinigt um Sondereffekte

EBITDA und EBIT nach Divisionen

Mio EUR	2016	2017	2018	Veränderung 2017/2018		Marge 2018 ¹	
				%	Mio EUR	%	%
EBITDA	277,1	294,6	305,4	3,7	10,8		15,6
Brief, Werbepost & Filialen	319,7	312,8	311,2	-0,5	-1,6		20,4
Paket & Logistik	29,8	58,1	54,9	-5,5	-3,2		9,8
Corporate/Konsolidierung	-72,4	-76,3	-60,7	20,4	15,6		-
EBIT	202,3	207,8	210,9	1,5	3,1		10,8
Brief, Werbepost & Filialen	285,1	289,6	289,8	0,1	0,2		19,0
Paket & Logistik	18,5	42,8	41,3	-3,5	-1,5		7,4
Corporate/Konsolidierung	-101,3	-124,7	-120,2	3,5	4,4		-

¹ Margen der Divisionen bezogen auf Umsatzerlöse gesamt

Nach Divisionen betrachtet, verzeichnete die Division Brief, Werbepost & Filialen im Jahr 2018 ein EBITDA von 311,2 Mio EUR. Dies entspricht einem Rückgang von 0,5%. Das Divisions-EBIT verbesserte sich in der Berichtsperiode um 0,1% auf 289,8 Mio EUR. Positiv auf das Ergebnis des Geschäftsjahres 2018 wirkten sich die hohe Kostendisziplin sowie die Intensivierung der Logistiksynergien durch die vermehrte Zustellung von Paketen und Päckchen über die Brieflogistik aus.

Die Division Paket & Logistik zeigte Umsatzwachstum bei hohem Wettbewerbs- sowie Margendruck und erwirtschaftete ein EBITDA von 54,9 Mio EUR (-5,5%) und ein EBIT von 41,3 Mio EUR (-3,5%) im Geschäftsjahr 2018. Dieser Rückgang ist vor allem auf Mehraufwände

im Logistiknetz zur Vermeidung von Kapazitätsengpässen und gestiegene IT- Aufwände zurückzuführen.

Das EBIT der Division Corporate (inkl. Konsolidierung) verbesserte sich um 4,4 Mio EUR auf minus 120,2 Mio EUR. Die Verbesserung resultierte überwiegend aus einem geringeren Rückstellungsbedarf im Vergleich zum Vorjahr. Die Division Corporate erbringt nicht-operative Dienstleistungen, wie sie typischerweise für Zwecke der Verwaltung und Steuerung eines Konzerns erbracht werden. Diese Tätigkeiten umfassen unter anderem die Verwaltung der Konzernimmobilien, die Erbringung von IT-Dienstleistungen, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle sowie die Administration des Post Arbeitsmarktes.

2.3 Vermögens- und Finanzlage

Die Österreichische Post setzt auf eine konservative Bilanz- und Finanzierungsstruktur. Dies zeigt sich vor allem an der hohen Eigenkapitalquote, den geringen Finanzverbindlichkeiten und der soliden Veranlagung von Zahlungsmitteln mit möglichst geringem Risiko.

2.3.1 Bilanzstruktur

Die Bilanzsumme der Österreichischen Post lag per 31. Dezember 2018 bei 1.681,2 Mio EUR. Aktivseitig bilden Sachanlagen in Höhe von 652,8 Mio EUR die größte Bilanzposition, zudem gab es immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 83,3 Mio EUR. Die darin enthaltenen Geschäfts- oder Firmenwerte aus Unternehmenserwerben sind per 31. Dezember 2018 mit 58,7 Mio EUR ausgewiesen. Forderungen, die in Summe die zweitgrößte Bilanzposition auf der Aktivseite bilden, beliefen sich auf 320,2 Mio EUR. Die anderen finanziellen Vermögenswerte lagen zum 31. Dezember 2018 bei 107,7 Mio EUR; dazu zählte der Anteil an Aras Kargo a.s., der mit 25,9 Mio EUR ausgewiesen wurde, sowie der Anteil an der FinTech Group AG in Höhe von 20,5 Mio EUR. Die Österreichische Post hat sich im Zuge der Verhandlungen über die Gründung eines Joint Ventures zur Erbringung von Finanzdienstleistungen an der FinTech Group AG beteiligt, wobei von dieser Kooperation schlussendlich einvernehmlich Abstand genommen wurde.

Darüber hinaus hielt die Österreichische Post zum Jahresende Wertpapiere im Wert von 55,8 Mio EUR. Die von der Österreichischen Post gehaltenen Wertpapiere besitzen ein Investment-Grade-Rating bzw. eine vergleichbare Bonität, weshalb von einer kurzfristigen Liquidierbarkeit dieser Anteile ausgegangen werden kann.

Aus der Bilanz ist ersichtlich, dass die Österreichische Post zum 31. Dezember 2018 über Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente in Höhe von 310,0 Mio EUR verfügte. Damit lag der Bestand an Zahlungsmitteln und Wertpapieren per Jahresultimo bei 365,8 Mio EUR.

Die Passivseite der Bilanz ist von einer hohen Eigenkapitalquote geprägt, die per 31. Dezember 2018 bei 41,6% lag. Das entspricht einem Eigenkapital in Höhe von 699,1 Mio EUR.

Die langfristigen Schulden lagen mit Ende der Berichtsperiode bei 421,7 Mio EUR, die kurzfristigen Schulden bei 560,4 Mio EUR. Die in den Schulden enthaltenen Rückstellungen beliefen sich mit Ende Dezember 2018 auf insgesamt 551,1 Mio EUR. Bei rund 90% der Rückstellungen handelte es sich um Personalarückstellungen, die primär auf die spezifische Beschäftigungssituation beamteter Mitarbeiter der Österreichischen Post zurückzuführen sind. So entfielen 206,4 Mio EUR auf Rückstellungen für Unterauslastung. Weitere 187,9 Mio EUR betrafen

gesetzlich und vertraglich verpflichtende Sozialkapitalrückstellungen (Abfertigungen und Jubiläumsgelder) sowie 106,2 Mio EUR sonstige Personalarückstellungen. Insgesamt 57,1% der Rückstellungen der Österreichischen Post besitzen eine Fristigkeit von über drei Jahren und 12,9% von über einem Jahr. 29,9% der Rückstellungen sind kurzfristig mit einer Laufzeit von unter einem Jahr.

Bilanzstruktur nach Positionen

Mio EUR



¹ In der Bilanz sind Wertpapiere unter anderen finanziellen Vermögenswerten erfasst.

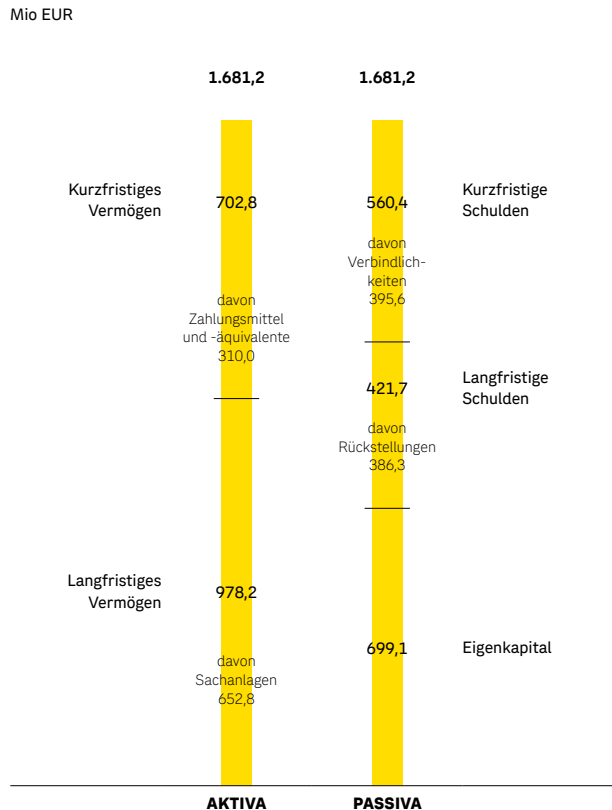
Bilanz per 31. Dezember

Mio EUR	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	Struktur 31.12.2018
AKTIVA				
Sachanlagen, immaterielle Vermögenswerte, Geschäfts- oder Firmenwerte	675,1	702,4	736,1	43,8%
Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien (Investment Property)	69,0	85,0	78,4	4,7%
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	9,6	8,1	9,2	0,5%
Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Sonstiges	385,9	457,8	439,6	26,1%
Andere finanzielle Vermögenswerte	122,0	131,0	107,7	6,4%
davon Wertpapiere	60,9	80,6	55,8	-
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	277,8	290,0	310,0	18,4%
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	2,4	0,0	0,3	0,0%
	1.541,8	1.674,2	1.681,2	100%
PASSIVA				
Eigenkapital	670,0	698,8	699,1	41,6%
Rückstellungen	503,3	563,7	551,1	32,8%
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	5,6	6,8	10,3	0,6%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und Sonstiges	361,9	404,9	420,6	25,0%
Schulden i. Z. m. zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	0,9	0,0	0,0	0,0%
	1.541,8	1.674,2	1.681,2	100%

Die Analyse der Bilanzstruktur nach Fristigkeiten zeigt, dass der überwiegende Teil der Bilanzsumme mit einem Anteil von 58,2% bzw. 978,2 Mio EUR auf langfristiges Vermögen entfällt. Innerhalb des langfristigen Vermögens nimmt die Position Sachanlagen mit 652,8 Mio EUR eine bedeutende Stellung ein. Zu den größten Posten des kurzfristigen Vermögens gehören mit 305,7 Mio EUR die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen sowie mit 310,0 Mio EUR die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente.

Passivseitig setzt sich die Bilanzsumme aus Eigenkapital (41,6%), langfristigen Schulden (25,1%) sowie kurzfristigen Schulden (33,3%) zusammen. Die langfristigen Schulden von insgesamt 421,7 Mio EUR beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen in Höhe von 386,3 Mio EUR. Bei den kurzfristigen Schulden in Höhe von 560,4 Mio EUR dominieren Verbindlichkeiten mit 395,6 Mio EUR (davon aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Verbindlichkeiten 333,0 Mio EUR).

Bilanzstruktur nach Fristigkeiten



2.3.2 Cashflow

Der Cashflow im Geschäftsjahr 2018 war von Sonder-
effekten beeinflusst. Aus einer Sonderzahlung der
BAWAG P.S.K. in Höhe von 107,0 Mio EUR in Folge der
Beendigung der Zusammenarbeit resultierte, abzüglich
der in der Berichtsperiode erbrachten Finanzdienstleis-
tungen in Höhe von 37,0 Mio EUR, ein positiver Sonder-
effekt im Cashflow von 70,0 Mio EUR. Gegenläufig wirkten
erhöhte Basis- und Wachstumsinvestitionen (Maintenance
und Growth CAPEX), die in Summe mit 139,4 Mio EUR
über dem Niveau der Vergleichsperiode von 102,1 Mio
EUR lagen. Ebenso Cashflow-mindernd waren höhere
Zahlungen im Zusammenhang mit Rückstellungen und
für Steuern sowie der Erwerb von 6,5% der Anteile an der
FinTech Group AG im Rahmen der geplanten Finanzdienst-
leistungskooperation.

Der Cashflow aus dem Ergebnis lag im Geschäfts-
jahr 2018 bei 352,9 Mio EUR nach 316,6 Mio EUR im

Geschäftsjahr 2017. Der Cashflow aus Geschäftstätig-
keit erreichte in der Berichtsperiode 295,9 Mio EUR nach
255,7 Mio EUR im Vorjahr.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit erreichte im
Jahr 2018 einen Wert von minus 137,5 Mio EUR nach
minus 109,1 Mio EUR im Vorjahr. Dieser Anstieg resultierte
aus Zahlungen für den Erwerb von Sachanlagen (CAPEX)
und ist vor allem auf Investitionen im Rahmen des Kapa-
zitätserweiterungsprogramms in der Paketlogistik zurück-
zuführen. Die Growth CAPEX betragen in der aktuellen
Berichtsperiode in Summe 58,1 Mio EUR. Gegenläufig
wirkten Zahlungen aus Anlageabgängen.

Der Free Cashflow vor Akquisitionen/Wertpapieren
und Growth CAPEX erreichte 231,9 Mio EUR im Geschäfts-
jahr 2018 nach 178,3 Mio EUR im Vorjahr. Dies bildet eine
gute Basis für die zukünftige Investitions- und Dividen-
denfähigkeit.

Cashflow			
Mio EUR	2016	2017	2018
Cashflow aus dem Ergebnis ¹	315,6	316,6	352,9
Cashflow aus Geschäftstätigkeit	223,6	255,7	295,9
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-105,1	-109,1	-137,5
davon Maintenance CAPEX	-69,9	-77,8	-81,3
davon Growth CAPEX ²	-33,5	-24,3	-58,1
davon Cashflow aus Akquisitionen/Devestitionen	-1,7	12,2	-38,3
davon Erwerb/Verkauf von Wertpapieren	-3,1	-19,7	23,0
davon sonstiger Cashflow aus Investitionstätigkeit	3,1	0,4	17,3
Free Cashflow	118,5	146,6	158,4
Free Cashflow vor Akquisitionen/Wertpapieren	123,3	154,0	173,7
Free Cashflow vor Akquisitionen/Wertpapieren und Growth CAPEX³	106,1	178,3	231,9
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-140,6	-134,6	-138,1
davon Ausschüttungen	-132,2	-135,1	-138,8
Veränderung des Finanzmittelbestandes	-22,1	12,0	20,2

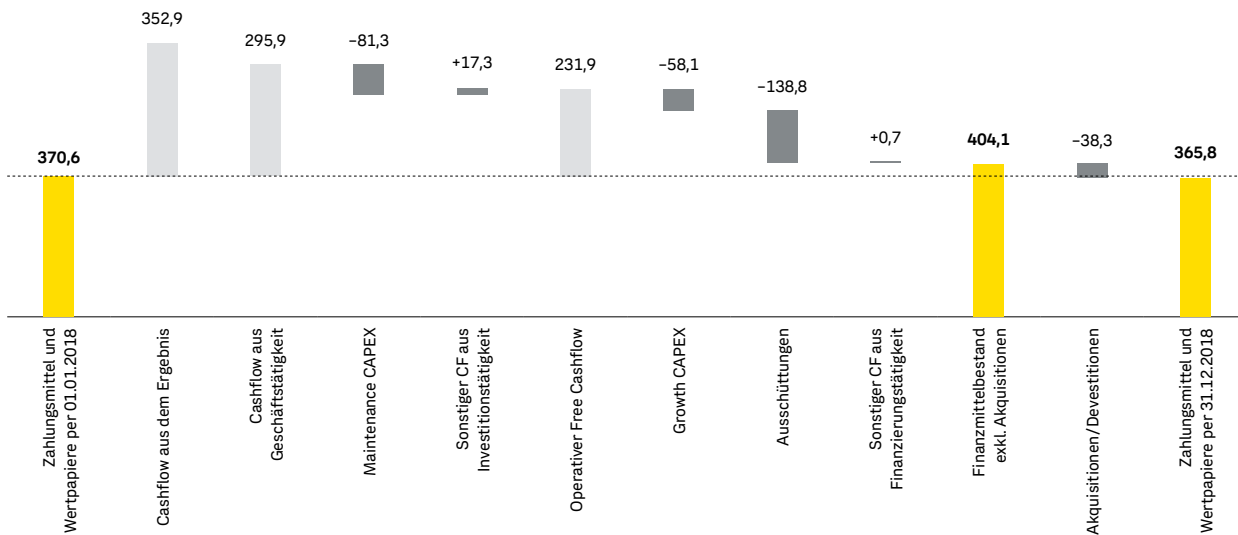
¹ Umgliederung der gezahlten Steuern – siehe Konzernanhang Punkt 3.2

² 2016 und 2017: CAPEX neue Unternehmenszentrale

³ 2016 und 2017: Free Cashflow vor Akquisitionen/Wertpapieren und neuer Unternehmenszentrale

Entwicklung der Zahlungsmittel und Wertpapiere 2018

Mio EUR



Die Analyse der Entwicklung der Zahlungsmittel und Wertpapiere im Jahr 2018 zeigt folgendes Bild: Per 1. Jänner 2018 lag der Zahlungsmittelbestand inklusive Wertpapiere der Österreichischen Post bei 370,6 Mio EUR. Im Jahr 2018 wurde ein Cashflow aus Geschäftstätigkeit von 295,9 Mio EUR erwirtschaftet, der nach Abzug der im Lauf des Jahres getätigten Maintenance CAPEX in einem Free

Cashflow vor Akquisitionen/Wertpapieren und Growth CAPEX von 231,9 Mio EUR resultierte. Damit konnten die Ausschüttungen des Jahres 2018 in Höhe von 138,8 Mio EUR und auch die Growth CAPEX für das Kapazitätserweiterungsprogramm deutlich abgedeckt werden. Es verblieb ein Zahlungsmittelbestand inklusive Wertpapiere per 31. Dezember 2018 in Höhe von 365,8 Mio EUR.

2.3.3 Nettoliquidität/ Nettofinanzverschuldung

Nettoliquidität

Mio EUR	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018
+ Andere finanzielle Verbindlichkeiten	5,6	6,8	10,3
+ Rückstellungen verzinslich	373,0	407,1	394,9
Verzinsliches Fremdkapital	378,5	413,9	405,2
- Andere finanzielle Vermögenswerte	-121,6	-130,5	-107,6
- Forderungen verzinslich langfristig	-3,4	-3,6	-1,0
- Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-277,8	-290,0	-310,0
Verzinsliche Aktiva	-402,8	-424,1	-418,6
- Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	-2,4	0,0	-0,3
+ Schulden i. Z. m. zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	0,9	0,0	0,0
Nettoliquidität (-)¹	-25,7	-10,2	-13,7

¹ Da in den dargestellten Jahren eine Nettoliquidität ausgewiesen ist, wird auf die Darstellung der Kennzahlen Verhältnis Nettofinanzverschuldung/EBITDA sowie Gearing Ratio (Nettofinanzverschuldung/Eigenkapital) aufgrund der eingeschränkten Aussagekraft verzichtet.

Der Österreichische Post-Konzern wies per Ende 2018 eine Nettoliquidität in Höhe von 13,7 Mio EUR aus.

Auf Basis der vorhandenen Liquidität sowie des soliden operativen Cashflows kann die Österreichische Post die aktuellen Finanzierungsvorhaben selbst decken. Eine substantielle Fremdkapitalaufnahme ist derzeit nicht vorgesehen.

Im Rahmen der Dividendenpolitik beabsichtigt die Österreichische Post für die kommenden Jahre – unter der Voraussetzung, dass sich die Geschäftsentwicklung weiterhin erfolgreich fortsetzt und keine außergewöhnlichen Umstände auftreten – eine Ausschüttungsquote von zumindest 75% des auf die Aktionäre entfallenden Periodenergebnisses.

2.3.4 Investitionen und Akquisitionen

Die Investitionen des Österreichischen Post-Konzerns beliefen sich im Geschäftsjahr 2018 in Summe auf 137,0 Mio EUR und lagen damit um 15,0 Mio EUR über dem Wert des Vorjahres. Davon entfielen 126,5 Mio EUR auf Investitionen in Sachanlagen und 10,5 Mio EUR auf Investitionen in immaterielle Vermögenswerte.

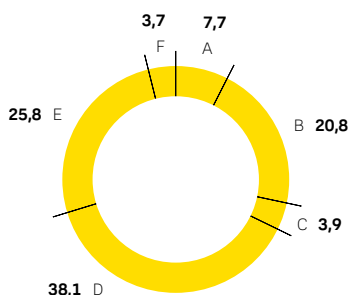
Mit einem Anteil von 38,1% lag ein Schwerpunkt des Investitionsprogramms der Österreichischen Post im Bereich Betriebs- und Geschäftsausstattung. Neben den laufenden Investitionen im Bereich Fuhrpark wurde in diesem Bereich vor allem in die Filialausstattung sowie in diverse Hardware investiert. Auf den Bereich Grundstücke/Gebäude und Investment Property entfiel in der Berichtsperiode ein Anteil von 20,8%, während

Investitionen für im Bau befindliche Anlagen 25,8% des Investitionsprogramms ausmachten. In den beiden letztgenannten Positionen sind vor allem die Investitionen, die im Rahmen des Kapazitätserweiterungsprogramms getätigt wurden, enthalten. Zudem entfielen 3,9% auf technische Anlagen und Maschinen in den Logistikzentren und 3,7% auf geleistete Anzahlungen.

Sowohl bei Neu- als auch bei Ersatzinvestitionen erfolgt eine detaillierte Rentabilitätsbetrachtung der jeweiligen Maßnahme. Ersatzinvestitionen werden dann getätigt, wenn entweder mit der neueren Technologie ein Produktivitätsfortschritt erzielt werden kann, der die laufenden Aufwendungen in Eigen- und Fremdpersonal oder den Zukauf von Transportleistungen reduziert, oder wenn der optimale Austauschzeitpunkt dadurch gegeben ist, dass die Lebenszykluskosten (vor allem Instandhaltungskosten) die Kosten eines neu beschafften Anlageguts überschreiten.

Investitionen nach Kategorien 2018

in %



A – Immaterielle Vermögensgegenstände
 B – Grundstücke/Gebäude und Investment Property
 C – Technische Anlagen und Maschinen
 D – Betriebs- und Geschäftsausstattung
 E – Anlagen im Bau
 F – Geleistete Anzahlungen

Investitionen werden sowohl während diverser Planungsphasen als auch im Zuge der Beschaffungsphase durch ein Gremium genehmigt und freigegeben, dass sich je nach Investitionsvolumen aus Bereichsverantwortlichen, einzelnen oder allen Vorständen bzw. dem Aufsichtsrat der Österreichischen Post AG zusammensetzt. Neben laufenden Plan/Ist-Vergleichen findet zum Abschluss der Investitionsphase – insbesondere bei großen Projekten – eine Investitionsnachschaue statt.

Neben dem Return on Investment (ROI) als wesentlichem Entscheidungsparameter für Investitionen und Akquisitionen werden auch die Amortisationsdauer und der Barwert des Investments betrachtet – sowohl in der Planung als auch im Kennzahlen-Monitoring.

Für den Erwerb bzw. Verkauf von Tochterunternehmen sowie von nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen erfolgte 2018 ein Zahlungsmittelabfluss von 3,4 Mio EUR nach einem Abfluss von 6,7 Mio EUR im Jahr 2017. Generell geht jeder Akquisition ein konzernweit

einheitlicher Auswahlprozess voran. Die Entscheidungsgrundlage bildet eine Due-Diligence-Prüfung, auf die eine Bewertung mittels Discounted-Cashflow-Methode und gegebenenfalls eine Plausibilisierung der ermittelten Werte mittels Vergleichswertverfahren folgt.

2.4 Wertorientierte Kennzahlen

2.4.1 Capital Employed

Das Capital Employed des Österreichischen Post-Konzerns reduzierte sich von 616,4 Mio EUR auf 607,9 Mio EUR per Ende 2018. Diese Differenz ist vor allem auf gesunkene Forderungen und ein höheres unverzinsliches Fremdkapital zurückzuführen. Gegenläufig wirkte die Erhöhung der Sachanlagen, die primär auf das Kapazitätserweiterungsprogramm in der Paketlogistik zurückzuführen war.

Ziel der Österreichischen Post ist es, das Capital Employed entsprechend den branchenspezifischen Gegebenheiten zu optimieren. Vor diesem Hintergrund werden Investitionen äußerst selektiv und gezielt getätigt, um vor allem Produktivitätssteigerungen und profitables Wachstum zu ermöglichen. Firmenwerte werden laufend auf ihre Werthaltigkeit geprüft und bei Anzeichen von Wertminderungen entsprechend wertberichtigt.

Die wesentlichen Schwerpunkte im Forderungsmanagement der Österreichischen Post liegen in der kontinuierlichen Prüfung der überfälligen Forderungen. Das Management wird regelmäßig über Außenstände informiert, um entsprechende Maßnahmen setzen zu können. Im Risikofall erfolgt unverzüglich die Umstellung auf Voraus- oder Barzahlung bzw. wird die Vorlage einer Bankgarantie gefordert.

Capital Employed

Mio EUR	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018
+ Immaterielle Vermögenswerte und Geschäfts- oder Firmenwerte	77,5	86,7	83,3
+ Sachanlagen	597,6	615,7	652,8
+ Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	69,0	85,0	78,4
+ Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	9,6	8,1	9,2
+ Vorräte	18,1	22,0	17,3
+ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen sowie Steuererstattungsansprüche ¹	288,5	360,4	343,8
– Unverzinsliches Fremdkapital	-492,3	-561,5	-576,9
Capital Employed	567,9	616,4	607,9

¹ Abzüglich verzinsliche Forderungen



2.4.2 Ratios

Die EBITDA-Marge der Österreichischen Post verbesserte sich von 15,2% im Jahr 2017 auf 15,6% im Jahr 2018. Die EBIT-Marge erhöhte sich von 10,7% im Jahr 2017 auf 10,8% im Jahr 2018. Der Return on Equity reduzierte sich von 30,9% auf 25,8%. Der Return on Capital Employed lag stabil bei 34,4% nach 35,1% im Vorjahr.

Ratios

in %	2016	2017	2018
EBITDA-Marge ¹	13,6	15,2	15,6
EBIT-Marge ²	10,0	10,7	10,8
ROE ³	30,0	30,9	25,8
ROCE ⁴	35,3	35,1	34,4

¹ EBITDA-Marge = EBITDA/Umsatzerlöse

² EBIT-Marge = EBIT/Umsatzerlöse

³ Return on Equity = Periodenergebnis/(Eigenkapital zum 1. Jänner abzüglich Dividendenausschüttung)

⁴ Return on Capital Employed = EBIT/durchschnittliches Capital Employed

3. FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG/ INNOVATIONSMANAGEMENT

Ein wesentlicher Schlüssel zum nachhaltigen Erfolg in sich verändernden Märkten liegt in der Entwicklung und Markteinführung innovativer Produkte sowie in der Erweiterung der bestehenden Produktpalette aus dem Kerngeschäft heraus. Die Österreichische Post ist ein Dienstleistungsunternehmen. Daher ergänzt bzw. verbessert sie ihre Services ständig auf Basis von innerbetrieblichen Forschungs- und Entwicklungs (F&E)-Maßnahmen. Die Forschungstätigkeit in der Österreichischen Post erfolgt mehrheitlich dezentral in den jeweiligen Organisationseinheiten, welche die Produkte bzw. Services verantworten. Zusätzlich arbeitet die Österreichische Post laufend an der Optimierung ihrer Prozesse und Abläufe. Dabei werden unternehmensintern oder gemeinsam mit Kooperationspartnern auch innovative Lösungen erforscht und entwickelt, die in vielen Fällen zu neuen Marktstandards für die gesamte Logistikbranche führen.

Im Bereich Produkte und Dienstleistungen wurde im Geschäftsjahr 2018 wieder eine Vielzahl innovativer und selbst entwickelter Lösungen umgesetzt. Während eine Reihe an Projekten im Produktmanagement der Divisionen Brief, Werbepost & Filialen und Paket & Logistik abgewickelt werden, besteht für den stark wachsenden Online-Bereich ein eigenes Kompetenzzentrum, das sich prioritär mit der Entwicklung neuer Online-Produkte und Lösungen beschäftigt. In der Abteilung Kundeninitiativen sind rund zehn Mitarbeiter tätig, die sich auf den Einsatz neuer Technologien, Verbesserung der Kernservices sowie die Schaffung und Erforschung neuer Geschäftsmodelle konzentrieren. So entwickelte die Österreichische Post ihre Lösungen in den Bereichen dualer Versand („E-Brief“) und mobile Services („Post App“) auch 2018 konsequent weiter. Die Online-Lösungen der Post zeichnen sich dabei durch ein hohes Maß an Sicherheit, Flexibilität, Effizienz und Vertrauenswürdigkeit aus.

Eine Sonderstellung im Bereich F&E nehmen auch die Geschäftsfelder Mail Solutions in der Brief-Division und Logistik-Services in der Paket-Division mit insgesamt über 300 Mitarbeitern ein. Der Bereich Mail Solutions arbeitet vor allem an innovativen Lösungen im Bereich Geschäftsprozessoutsourcing, dualer Versand, im Datenmanagement und in der digitalen Werbung. Der Fokus liegt auf effizienten Business-Lösungen für Geschäftskunden

wie einem intelligenten Inputmanagement, einem effizienten Poststellenmanagement, dem digitalen Dokumentenmanagement sowie auf wirkungsvollem Adressmanagement. Die Online-Prospektplattform Aktionsfinder, als digitale Verlängerung des physischen Flugblattes und das erfolgreiche Printmedium KUVERT runden das Lösungsportfolio von Mail Solutions ab.

Im Bereich Logistik-Services entwickelt die Österreichische Post laufend maßgeschneiderte Kundenlösungen für Warehousing und Fulfillment sowie diverse „Value Add Services“. Diese Lösungen sorgen in Verbindung mit innovativen Online-Services für mehr Effizienz, höhere Flexibilität und generell für eine kundenorientierte Optimierung von Kommunikation und Distribution. Mit der Beteiligung an der ACL advanced commerce labs GmbH wurden die E-Commerce-Angebote weiter ausgebaut, sodass die angebotenen One-Stop-Shop-Lösungen für den Kunden noch serviceorientierter und einfacher werden.

Neben eigenen Entwicklungsaktivitäten kooperiert die Österreichische Post seit Langem mit namhaften österreichischen Universitäten, Fachhochschulen und anderen Forschungseinrichtungen. Wichtige Partner sind dabei die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), der Klima- und Energiefonds sowie die Wirtschaftskammer Wien. Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, den Fokus auf Innovationen weiter zu verstärken und in der Entwicklung von Produkten und Services auf wissenschaftlich fundierte Ergebnisse zurückgreifen zu können. Neben dem Produktbereich forscht und entwickelt die Österreichische Post – wie erwähnt – auch laufend im Bereich Prozesse und Abläufe. Auch aufgrund der hohen gesellschaftlichen Verantwortung der Post als österreichischer Leitbetrieb liegt einer der Schwerpunkte der gesetzten Initiativen auf den Bereichen Ressourcenschonung und Energieeffizienz. Die Abteilung CSR & Umweltmanagement berät und unterstützt dabei bei Bedarf die operativen Bereiche bei deren F&E-Aktivitäten.

Eines der Leuchtturmprojekte im Bereich angewandte Forschung stellt das Thema E-Mobilität bei der Post dar. In Zusammenarbeit mit dem Klima- und Energiefonds der Bundesregierung und dem Ministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus wurden die Einsatzfähigkeit von E-Fahrzeugen in der Praxis und die optimale Nutzung der lokalen

Ressourcen an erneuerbarer Energie erforscht. Die Österreichische Post hat von 2009 bis Ende 2018 rund 17 Mio EUR in die CO₂-neutrale und schadstofffreie Zustellung investiert. Auf Basis dieser Erfahrungen wurden wertvolle Schlussfolgerungen für den weiteren Ausbau der Elektrofahrzeuge gewonnen. Dieser Ausbau wird nun mit der Unterstützung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums der EU (ELER) sowie mit der Unterstützung des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus in mehreren übergreifenden Mobilitätsprojekten umgesetzt.

Für die bisherigen Erfolge im Bereich E-Mobilität wurde die Österreichische Post mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet. So konnte die Post beim Energy Globe Award sowohl die Ausschreibungen für Wien und Österreich als auch global für sich entscheiden. Als größter E-Fuhrparkbetreiber Österreichs ist die Österreichische Post ein Vorreiter, was grüne Logistik betrifft und wurde dafür mit dem „EPCON AWARD“ für herausragende Energieprojekte und dem „Anerkennungspreis für Nachhaltigkeit in der Supply Chain durch CO₂-neutrale Zustellung“ für ihre E-Mobility Aktivitäten ausgezeichnet.

Des Weiteren wurden folgende Projekte im Geschäftsjahr 2018 begonnen bzw. weitergeführt: Gemeinsam mit dem AIT Austrian Institute of Technology (AIT) führte die Österreichische Post ein Projekt mit dem Namen PEAR zur Evaluierung der energieeffizienten Automation und zur Regelung von Gebäuden fort, mit dem Hauptziel einer signifikant verkürzten Inbetriebnahmephase und eines durchgängig energieoptimierten Betriebs bei gleichbleibender Arbeitsplatzqualität. Ein weiteres Forschungsprojekt mit dem AIT hat E-Mobilität zum Thema (Projekt SEAMLESS). Die Österreichische Post, als Projekt- und Demopartner, leistet durch ihre Praxiserfahrungen einen Beitrag zur Erforschung unterschiedlicher Mobilitätswege und -möglichkeiten. Als Konsortialpartner beteiligt

sich die Post am Projekt KoopHubs, in welchem u. a. gemeinsam mit der Wirtschaftsuniversität Wien und dem AIT ein stadtumfassendes, zweistufiges Logistikkonzept mit Mikro- bzw. Grätzl-Hubs und City Distribution Centers entwickelt wird.

Im Rahmen des Projekts „smarter together“, welches vom EU-Programm „Horizon 2020“ gefördert wird, wurden die Projektpartner (Stadt Wien, AIT) von der Post mit verschiedenen Daten unterstützt, welche dann zu Forschungszwecken genutzt werden.

Im Zuge der Projektplanung und -implementierung achtet die Post auf die Gewährleistung der Gender- und Chancengleichheit. So wird im Rahmen einer Ausschreibung der Wirtschaftskammer Wien mit dem Namen FemPower IKT 2018 das Projekt Do-IT postintern umgesetzt. Dieses Forschungs- und Entwicklungsprojekt unter weiblicher Führung aus dem Themenfeld Predictive Analytics beinhaltet den Aufbau eines statistischen Modells mit dem Ziel aus historischen Unternehmensdaten Paketmengen pro Tag auf Logistikzentren-Ebene 90 Tage im Voraus vorherzusagen, um einerseits eine effizientere Personaleinsatzplanung per Verteilschicht und andererseits eine verbesserte Tourensinsatzplanung durchführen zu können. Für die Umsetzung entwickelt die Post eine skalierbare, auf Container-Architektur basierende IT-Infrastruktur.

In der Division Paket & Logistik wurde 2018 das City Logistik Programm weitergeführt. Gemeinsam mit verschiedenen Stakeholdern wurden unter Anwendung von Service Design neue, innovative, kunden- und marktgerechte Dienstleistungen und Lösungsideen für die letzte Meile im urbanen Raum entwickelt.

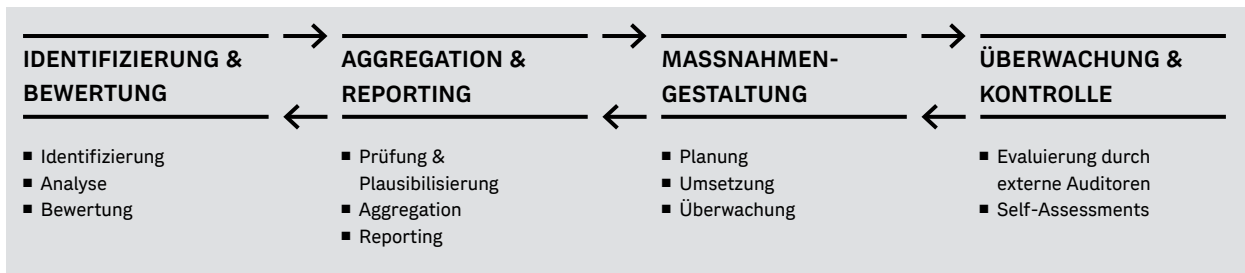
Es handelt sich hierbei um eine exemplarische nicht vollständige Darstellung ausgewählter Forschungsprojekte.

4. CHANCEN UND RISIKEN

4.1 Risikomanagementsystem

Die Österreichische Post betreibt ein umfangreiches Risikomanagement, in das alle Unternehmenseinheiten sowie Konzerngesellschaften einbezogen sind. Dieses richtet sich grundsätzlich nach dem COSO-Standard „Enterprise Risk Management – Integrated Framework“. Das Ziel des Risikomanagements ist es, die Risiken frühzeitig zu erkennen und durch geeignete Maßnahmen so zu steuern,

dass die Abweichung von den Unternehmenszielen möglichst gering gehalten wird. Risiken werden nach einheitlichen Grundsätzen in ihrem Gesamtzusammenhang identifiziert, bewertet, überwacht und in einem unternehmensweiten Risikomanagementsystem dokumentiert. Der Konzernvorstand definiert die Risikostrategie und -politik des Unternehmens und legt die Rahmenbedingungen des Risikomanagementsystems fest. Die wichtigsten Schritte des Risikomanagementprozesses sind:



1. Identifizierung und Bewertung: Risiken sind definiert als potenzielle Abweichungen vom mittelfristig geplanten Unternehmensergebnis. Halbjährlich analysieren die Risikomanager der jeweiligen Unternehmensbereiche die Risikosituation. Für jedes identifizierte Risiko wird ein Verantwortlicher festgelegt, der die Bewertung, Steuerung und Überwachung durchführt. Im Zuge der Analyse und Bewertung werden die Risiken in Szenarien beschrieben und anschließend so weit wie möglich gemäß den Dimensionen Auswirkung und Eintrittswahrscheinlichkeit quantifiziert. Nicht quantifizierbare Risiken werden anhand definierter qualitativer Klassen bewertet. Zusätzlich prüft das zentrale Risikomanagement zyklisch die einzelnen Unternehmensbereiche in Form proaktiver Risiko-Assessments und Workshops hinsichtlich ihrer Risiken. Die Ergebnisse der Identifizierung und Bewertung werden in einer eigenen Risikomanagement-Software dokumentiert.

2. Aggregation und Reporting: Das zentrale Risikomanagement sammelt und überprüft die identifizierten und bewerteten Risiken. Die finanziellen Effekte möglicher Überschneidungen werden im Rahmen der Aggregation berücksichtigt. Unter Einsatz statistischer Methoden wird die Gesamtrisikoposition des Post-Konzerns ermittelt. Im Anschluss werden die Risiken in einem Risikogremium analysiert und plausibilisiert. Das Risikogremium setzt

sich aus Vertretern des Controllings, der Rechtsabteilung, der Strategieabteilung und des Rechnungswesens sowie aus Vertretern der operativen Bereiche zusammen. Die Ergebnisse des Risikogremiums fließen in den halbjährlichen Bericht des zentralen Risikomanagements über die Risiken und deren Entwicklung an den Vorstand ein. Unerwartet auftretende Risiken werden dem Vorstand unmittelbar (ad hoc) berichtet. Zum Status des Risikomanagements werden der Aufsichtsrat und der Prüfungsausschuss ebenfalls regelmäßig informiert.

3. Massnahmengestaltung: Die Risikosteuerung erfolgt durch die Festlegung geeigneter Maßnahmen mit dem Ziel, Risiken zu vermeiden, zu reduzieren oder auf Dritte zu übertragen. Die Unternehmensbereiche prüfen hierzu die infrage kommenden Maßnahmen mittels Kosten-Nutzen-Analysen und implementieren diese anschließend. Die Maßnahmen werden im Zuge der halbjährlichen Analyse durch die Risikomanager überwacht und angepasst. Zur systematischen Bewältigung versicherbarer Risiken betreibt der Österreichische Post-Konzern ein internes Versicherungsmanagement. Dessen Hauptaufgaben bestehen in der laufenden Optimierung der Versicherungssituation sowie der Prozesse in der Schadenabwicklung.

4. Überwachung und Kontrolle: In Anlehnung an den Österreichischen Corporate Governance Kodex wird die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems jährlich durch den Wirtschaftsprüfer beurteilt. Des Weiteren wurden die Konzeption, Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems durch einen externen Auditor evaluiert. Intern wird das Risikomanagementsystem durch jährliche Self-Assessments überwacht und kontrolliert.

4.2 Top-Risiken

4.2.1 E-Substitution klassischer Briefsendungen

Klassische Briefsendungen werden zunehmend durch elektronische Medien ersetzt. Der Trend zur elektronischen Substitution von Briefen, insbesondere zur elektronischen Zustellung, wird auch weiterhin fortbestehen. Diese Entwicklung, die vom Gesetzgeber gefördert wird, kann zu nicht unerheblichen Volumenrückgängen und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen. Ein Rückgang des Umsatzes der Österreichischen Post im Bereich Briefpost von einem Prozentpunkt führt zu einem negativen Umsatzeffekt von rund 7 Mio EUR pro Jahr, der aufgrund der Fixkostenstruktur des Unternehmens kurz- bis mittelfristig großteils ergebnismindernd wirken würde. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass infolge von Änderungen der gesetzlichen Zustellvorschriften für behördliche Sendungen in Österreich ein Teil dieser Sendungen nicht mehr über die Österreichische Post zugestellt wird. Dem Mengenrückgang infolge der Substitution von Briefsendungen durch elektronische Medien wird mit neuen Produkten und Dienstleistungen entgegengewirkt. Die Diversifikation trägt dazu bei, Risiken einzelner Branchen weit zu streuen bzw. gering zu halten.

4.2.2 Personalkosten und Struktur der Dienstverhältnisse

Das Geschäftsmodell der Österreichischen Post ist von einer hohen Personalkostentangente geprägt. Eine Planabweichung im Bereich Löhne und Gehälter von einem Prozentpunkt entspricht dabei durchschnittlich 9 Mio EUR pro Jahr. Weiters steht ein Teil der Mitarbeiter des Österreichischen Post-Konzerns in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis und unterliegt den Bestimmungen des Beamtendienstrechts. Daraus ergeben sich Besonderheiten im Zusammenhang mit der dienstrechtlichen Verwendung. Bei einem Teil der Belegschaft kann es durch die bestehenden rechtlichen Bedingungen im Fall von Mengenverlusten zu keiner Kapazitätsanpassung kommen, ebenso ist keine Anpassung des Gehaltsniveaus an eventuell ungünstigere Marktkonditionen möglich. Das

Beamtendienstrecht führt damit insgesamt zu geringer Kostenflexibilität. Der Österreichische Post-Konzern ist im Hinblick auf den liberalisierten Markt zunehmend mit den Grenzen der dienstrechtlichen Verwendungsmöglichkeiten für die ihm zugewiesenen Beamten konfrontiert. Die Lösung dieser Problematik nimmt im Dialog mit dem verantwortlichen Gesetzgeber eine bedeutende Rolle ein. Aus den laufenden Änderungen des Beamtendienstrechts und sonstigen gesetzlichen Änderungen können sich für den Österreichischen Post-Konzern, soweit diese Regelungen nicht auf die spezielle Wettbewerbssituation des Österreichischen Post-Konzerns Rücksicht nehmen, zusätzliche Belastungen und unerwartete Mehrkosten ergeben, auf deren Entstehen der Konzern keinen Einfluss hat.

4.2.3 Paketmarkt

Das starke Wachstum des Paketmarktes durch den anhaltenden Online-Shopping-Boom führt zu intensivem Wettbewerb. In der Folge kann es zu Marktanteilsverschiebungen sowie einer Reduktion der erzielbaren Durchschnittspreise kommen. Zudem ist das starke Paketwachstum von großen Online-Versendern getrieben, die überproportional zum Markt wachsen. So kann insbesondere die Entwicklung der Mengen und Durchschnittserlöse dieser Großkunden zu spürbaren Umsatz- und Ergebniseffekten führen. Durch die teilweise schon umgesetzte Eigenzustellung einzelner Großversender besteht ein weiteres Risiko.

4.2.4 Strategische Partnerschaften

Im Filialnetz arbeitet die Österreichische Post mit strategischen Partnern im Telekom- und Finanzbereich zusammen. Insbesondere das Finanzdienstleistungsgeschäft ist einem strukturellen Wandel durch veränderte Kundenbedürfnisse unterworfen. Im Jahr 2017 wurde die Kooperationsvereinbarung durch den Bankpartner BAWAG P.S.K. gekündigt. Die Österreichische Post und BAWAG P.S.K. vereinbarten eine einvernehmliche und schrittweise Entflechtung der Kooperation bis zum Ende des Jahres 2020. Von der ursprünglich geplanten Gründung und Kapitalisierung eines 50:50 Joint Ventures zur Erbringung von Finanzdienstleistungen mit der FinTech Group AG wurde einvernehmlich Abstand genommen. Mittelfristig plant die Österreichische Post, weiterhin Finanzdienstleistungen über das Filialnetz anzubieten, da dieses Geschäft als sinnvolle Ergänzung zum Postdienstleistungsangebot gesehen wird. Es wird an einer zukünftigen Lösung gearbeitet. Konkrete Entscheidungen sollten im Laufe des Jahres 2019 getroffen werden. Sollte es nicht gelingen, eine Alternativlösung zu etablieren, bestehen durch etwaige notwendige Restrukturierungsmaßnahmen

abhängig vom gewählten Geschäftsmodell Umsatz- und Kostenrisiken für den Österreichischen Post-Konzern.

4.2.5 Rückgang bei Werbemengen

Das Geschäft mit Werbesendungen wird von der konjunkturellen Entwicklung beeinflusst und hängt stark von der Intensität der Werbeaktivitäten von Unternehmen ab. Gerade der stationäre Handel – als wichtigste Werbepost-Kundengruppe – ist weiterhin mit folgenden strukturellen Trends konfrontiert: So ist eine zunehmende Marktkonzentration spürbar, andererseits leidet der stationäre Handel unter dem starken Wachstum des E-Commerce-Marktes. Infolgedessen kann es zu einer Reduktion bei Werbemitteln und -mengen und damit auch zu einer Beeinträchtigung des Ergebnisses kommen.

4.3 Sonstige Risiken

Die Österreichische Post unterliegt wie jedes Unternehmen einer Reihe von Risiken, die sich aus der Branche bzw. dem Marktumfeld ergeben. Diese Risiken werden mit Maßnahmen, die dem Stand der Technik entsprechen, auf wirtschaftliche Art und Weise minimiert, können aber nicht vollkommen ausgeschlossen werden.

4.3.1 Operative Risiken

MARKT- UND WETTBEWERBSRISIKEN

Der Österreichische Post-Konzern erwirtschaftet den überwiegenden Teil seines Umsatzes in Österreich. Sollten sich die aktuellen Prognosen zum Wirtschaftswachstum verschlechtern, könnten Planungsprämissen verworfen werden müssen und damit könnte die Planungssicherheit eingeschränkt werden. Ferner erwirtschaftet das Unternehmen einen nicht unbedeutenden Anteil seines Umsatzes mit einer geringen Anzahl von Großkunden. Das wirtschaftlich erfolgreiche Weiterbestehen dieser Großkunden ist somit wesentlich für die stabile Entwicklung des Österreichischen Post-Konzerns. Großkunden sind zudem vertraglich nicht verpflichtet, ihre Postsendungen vom Österreichischen Post-Konzern befördern zu lassen, und könnten sich entscheiden, mittelfristig zumindest einen Teil ihrer Postsendungen Wettbewerbern der Österreichischen Post zur Zustellung zu übergeben. Das Paketgeschäft – hier nimmt die Österreichische Post eine führende Stellung im österreichischen Markt ein – ist zum einen von der wirtschaftlichen Entwicklung seiner Kunden und zum anderen von Wettbewerberschärfungen durch das Auftreten weiterer Anbieter abhängig, sodass Umsatzeinbußen nicht ausgeschlossen werden können. Das Unternehmen ist deshalb bestrebt, Kunden durch attraktive Leistungsangebote an

sich zu binden. Die erwähnten Markt- und Wettbewerbsrisiken können zu nicht unerheblichen Volumentrüben und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

TECHNISCHE UND CYBER-RISIKEN

Der Österreichische Post-Konzern ist in hohem Maß auf die Verwendung von komplexen technischen Systemen angewiesen und setzt bei der Erbringung seiner Dienstleistungen maßgeblich auf den Einsatz von Datenverarbeitungssystemen, modernen Kommunikationsmedien und anderen technischen Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund hat der Österreichische Post-Konzern in den vergangenen Jahren umfangreiche Investitionen vorgenommen, um sein Verteil- und Zustellnetz zu modernisieren. Die Leistungserbringung des Unternehmens hängt dabei von der Funktionsfähigkeit weniger wichtiger Standorte ab. Sollten technische Systeme vorübergehend oder dauerhaft ausfallen, sollte es zu unberechtigten Datenzugriffen und Datenmanipulationen beispielsweise durch Cyberkriminalität kommen, könnte dies zu Störungen des Geschäftsablaufs und zum Verlust von Reputation und Kunden führen sowie zusätzliche Kosten verursachen. Zur Reduzierung von technischen und Cyber-Risiken wurden Sicherheitsmaßnahmen und Regeln festgelegt, die einen reibungslosen Ablauf sicherstellen sollen. Im Betrieb von Rechenzentren verfolgt der Österreichische Post-Konzern eine Outsourcing-Strategie. Durch entsprechende Vertragsgestaltung und gezieltes Servicelevel-Management wird die Verfügbarkeit aller ausgegliederten Tätigkeiten abgesichert. Die Vertragspartner sind verpflichtet, einschlägige gültige Zertifizierungen vorzuweisen.

BESCHAFFUNGSRISIKEN

Die Beschaffungsrisiken der Österreichischen Post beschränken sich im Wesentlichen auf Schwankungen der Energiepreise. Eine Erhöhung der Energiepreise kann geringe negative Auswirkungen auf das Ergebnis haben.

4.3.2 Finanzrisiken

Finanzielle Risiken des Österreichischen Post-Konzerns umfassen das Liquiditäts-, das Kredit- und Kontrahenten- sowie das Zinsänderungsrisiko. Auch das Währungsrisiko kann das Ergebnis beeinträchtigen. Die Österreichische Post wickelt jedoch 99% der operativen Geschäftstätigkeiten im Euro-Raum ab, was das Risiko aus Wechselkursschwankungen insgesamt begrenzt. Weiters wird laufend geprüft, ob Absicherungsinstrumente für Währungen vorteilhaft für die Österreichische Post sind.

Eine detaillierte Darstellung der Finanzinstrumente und der damit verbundenen finanziellen Risiken findet sich in Punkt 10 des Anhangs zum Konzernabschluss des Österreichischen Post-Konzerns.

Der Konzern hat im Zuge seiner Expansion Firmenwerte und nicht abnutzbare Markenrechte bilanziert. Diese müssen mindestens einmal jährlich einem Werthaltigkeitstest (Impairment Test) unterzogen werden. Falls dabei Wertminderungen festgestellt werden, sind diese Firmenwerte und nicht abnutzbare Markenrechte abzuschreiben.

4.3.3 Beteiligungen

Ein Bestandteil der Strategie des Österreichischen Post-Konzerns ist das Wachstum durch selektive Akquisitionen und Kooperationen. Dabei ist es wichtig, passende Akquisitionsziele zu finden und erworbene Unternehmen erfolgreich zu integrieren. Die Chancen und Risiken von Beteiligungen sind in hohem Maß von politischen, wirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen abhängig.

4.3.4 Externe Risiken

REGULATORISCHE UND RECHTLICHE RISIKEN

Mit Inkrafttreten des Postmarktgesetzes am 1. Jänner 2011 erfolgte die vollständige Öffnung des österreichischen Postmarktes. Daraus ergeben sich Risiken einer Marktanteilsveränderung. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Zeit nach der vollständigen Liberalisierung wurden mit dem Postmarktgesetz ebenfalls neu geregelt. Das Postmarktgesetz sieht in vielen Bereichen keine Gleichbehandlung zwischen der Österreichischen Post und ihren Mitbewerbern vor, sondern eine Mehrbelastung der Österreichischen Post: Die Österreichische Post ist im Rahmen des Universaldienstes verpflichtet, in ganz Österreich ein Mindestangebot von Postdienstleistungen in vergleichbarer Qualität anzubieten und ein flächendeckendes Netz von mindestens 1.650 Post-Geschäftsstellen sicherzustellen. Mit eigenem Personal betriebene Post-Geschäftsstellen dürfen nur nach Durchführung eines behördlichen Verfahrens geschlossen werden, sodass nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Österreichische Post – zumindest vorübergehend – zur Führung unrentabler Standorte verpflichtet ist.

Die Österreichische Post geht derzeit nicht davon aus, dass sie verpflichtet wird, ihren Mitbewerbern Zugang zu Teilleistungen einzuräumen. In einem solchen Fall könnten diese jedoch in besonders lukrativen Marktsegmenten Postdienstleistungen selbst erbringen und in weniger lukrativen Marktsegmenten zu regulierten Preisen auf Teilleistungen der Österreichischen Post zurückgreifen. Dies könnte zu erheblichen Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

In der Öffentlichkeitsarbeit des Österreichischen Post-Konzerns sowie im Dialog mit allen Stakeholdern nimmt die Thematik der Gleichbehandlung der Österreichischen Post mit anderen Marktteilnehmern einen hohen

Stellenwert ein. Das Unternehmen sieht es als seine Aufgabe, auf die ungenügende Abgeltung des Universaldienstes und die Problematik der asymmetrischen Marktöffnung hinzuweisen.

Die Österreichische Post unterliegt in der Gestaltung ihrer Geschäftsbedingungen (einschließlich ihrer Entgelte) im Universaldienst der Kontrolle durch die Regulierungsbehörde. Die Gesellschaft kann deshalb im Bereich des Universaldienstes nur eingeschränkt durch Preisanpassungen auf Marktveränderungen reagieren. Unterschiedliche Definitionen der Grenzen des Universaldienstes seitens der Regulierungsbehörde und des Unternehmens können sich in der Gestaltung des Produktportfolios und der Preisfestsetzung niederschlagen.


Die kartellrechtliche Zulässigkeit von Vereinbarungen und Geschäftspraktiken des Österreichischen Post-Konzerns war in der Vergangenheit bereits Gegenstand kartellrechtlicher Untersuchungen und Verfahren. Sonstige rechtliche Risiken ergeben sich auch aus nicht vorhersehbaren Gerichtsverfahren mit Mitbewerbern, Kunden und Lieferanten sowie aus dem Themenbereich Datenschutz. Zur bestmöglichen Vermeidung von Ergebnisbeeinträchtigungen durch regulatorische und rechtliche Risiken ist der Österreichische Post-Konzern bestrebt, in seinen Kernprozessen eine Erweiterung der Wertschöpfung und des Produktportfolios zu erzielen, um seinen Kunden ein breiteres Leistungsspektrum anzubieten und eine Qualitätsoptimierung zu erreichen. Darüber hinaus beabsichtigt der Österreichische Post-Konzern, vermehrt Umsätze im nicht regulierten Bereich zu erwirtschaften. Der Rechtsrahmen für neue innovative Produkte und Dienstleistungen und die damit verbundenen Datenverarbeitungen lässt Interpretationsspielräume bei den seit Mai 2018 anwendbaren datenschutzrechtlichen Vorschriften offen und ist aktuell und kann zukünftig laufend Gegenstand von Diskussionen und datenschutzrechtlichen Verfahren mit finanziellen Auswirkungen insbesondere auf das Werbe-postgeschäft sein.

Nach dem Poststrukturgesetz 1996 sind Änderungen des Beamtendienstrechts, die für Bundesbeamte eingeführt werden, grundsätzlich auch auf die der Gesellschaft zugewiesenen Beamten anwendbar. Im Ergebnis können Änderungen des Beamtendienstrechts daher unmittelbar die Kostenstruktur der Gesellschaft verändern. Weiters können Risiken aufgrund unterschiedlicher Interpretationen des Poststrukturgesetzes grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden. Betreffend die Thematik der Festlegung des korrekten Vorrückungstags bei Beamten wurde die vorgesehene Besoldungsreform im Jahr 2015 umgesetzt. Mit dieser Reform wurde der Hauptkritikpunkt des EuGHs aufgegriffen und umfassend beseitigt. Diese Besoldungsreform wurde selbstverständlich auch für die bei der Österreichischen Post AG beschäftigten Beamten umgesetzt. Für den Fall, dass es zu einer

Neueinstufung eines Beamten in Zeiträumen vor der Überleitung in das neue Besoldungsschema kommt, wurde eine eindeutige Neuregelung der Anrechnungszeiten auf das Besoldungsdienstalter festgeschrieben, sodass kein Spielraum mehr für weitere Verfahren betreffend „Vorrückungstichtag“ gegeben ist. Ein derzeit beim EuGH anhängiges Verfahren zur Anrechnung von Vordienstzeiten betreffend den Vertragsbediensteten des Bundes könnte das Besoldungssystem der Beamten beeinflussen. Mit einer Entscheidung des EuGH ist noch im Jahr 2019 zu rechnen. Zum 31. Dezember 2018 ist davon auszugehen, dass der Gesetzgeber die Kritikpunkte des EuGH neuerlich aufgreifen und beseitigen wird und daher von keinen finanziellen Belastungen für die Österreichische Post AG auszugehen ist. Diese Einschätzung wurde mit externen Experten abgestimmt.

CSR-RISIKEN

CSR- und Umweltmanagement nehmen im Österreichischen Post-Konzern einen wesentlichen Stellenwert ein. CSR-Risiken werden umfassend betrachtet und gesteuert. Für eine detaillierte Aufstellung sei dazu auf den Bericht über nichtfinanzielle Informationen verwiesen.

 siehe S. 35ff

4.4 Wesentliche Chancen

Da die Veränderungen, denen das Unternehmen ausgesetzt ist, auch zu positiven Zielabweichungen führen können, wird im Risikomanagementsystem ein weiterer Fokus auf die Erfassung und Steuerung der Chancen gelegt. Das Ziel ist es, Chancen aufzuzeigen und durch geeignete Maßnahmensetzung das entsprechende Potenzial zu verwirklichen. Die Identifizierung, Bewertung, Steuerung und das Reporting erfolgen gemäß dem oben dargestellten Prozess. Im Detail erfolgt die Erfassung einerseits im Rahmen der Mittelfristplanung durch den Bereichsplaner (Bottom-up), zusätzlich werden die Chancen durch das Risikogremium (Top-down) verifiziert und ergänzt. Der Österreichische Post-Konzern führt daher eine kontinuierliche Chancenevaluierung durch, um alle Potenziale wahrnehmen zu können.

In der ersten strategischen Stoßrichtung – **Verteidigung der Marktführerschaft im Kerngeschäft** – wird die Erweiterung und Adaptierung des Produktportfolios im Segment Brief, Werbepost & Filialen sowie Paket & Logistik gemäß den Anforderungen der Kunden als Chance betrachtet. So wird das Leistungsangebot laufend durch diverse Zusatzleistungen im physischen und elektronischen Bereich erweitert. Chancen ergeben sich vor allem durch den wachsenden Online-Handel. Hier punktet die Post durch neue schnelle und schlanke Lösungen für

Online-Bestellungen und deckt alle Geschwindigkeitsanforderungen inkl. Same Day ab. Die Österreichische Post hat klare Wettbewerbsvorteile hinsichtlich Qualität und Kostenstruktur und versucht Marktanteile zu gewinnen. Eine kontinuierliche E-Substitution von Briefen wird in der Planung der Österreichischen Post bereits berücksichtigt, womit ein im Vergleich zu den ursprünglichen Annahmen langsames Voranschreiten des Rückgangs als Chance zu bewerten ist.

Im zweiten strategischen Feld – **Profitables Wachstum in definierten Märkten** – ergeben sich einerseits Chancen über die internationalen Beteiligungen in Wachstumsmärkten in Südost- und Osteuropa, andererseits aber auch durch die Erhöhung der Wertschöpfungstiefe am Heimmarkt in Österreich. Wettbewerbsvorteile ergeben sich hierbei durch die vorhandene Infrastruktur und das umfangreiche Logistik-Know-how. Chancen für zukünftiges Wachstum liegen beispielsweise im Online-Bereich, im Finanzdienstleistungsgeschäft sowie in der Forcierung internationaler Sendungsvolumen.

Die dritte Stoßrichtung – **Effizienzsteigerung und Flexibilisierung der Kostenstruktur** – kann durch den Einsatz modernster Sortiertechnologie in der Brief- und Paketlogistik forciert werden. Weiters können sowohl durch Maßnahmen zur Personalkostenoptimierung als auch durch Einkaufsinitiativen Impulse gesetzt und Chancen erkannt werden. Die nunmehrige Bündelung der Logistiknetze unter einer Führung zielt ebenso auf die Effizienzsteigerung ab.

Für den vierten strategischen Eckpfeiler – **Kundenorientierung und Innovation** – ergeben sich beispielsweise Potenziale durch den Ausbau des Online- und Selbstbedienungsangebots sowie durch neue Geschäftsmodelle im Bereich E-Commerce.

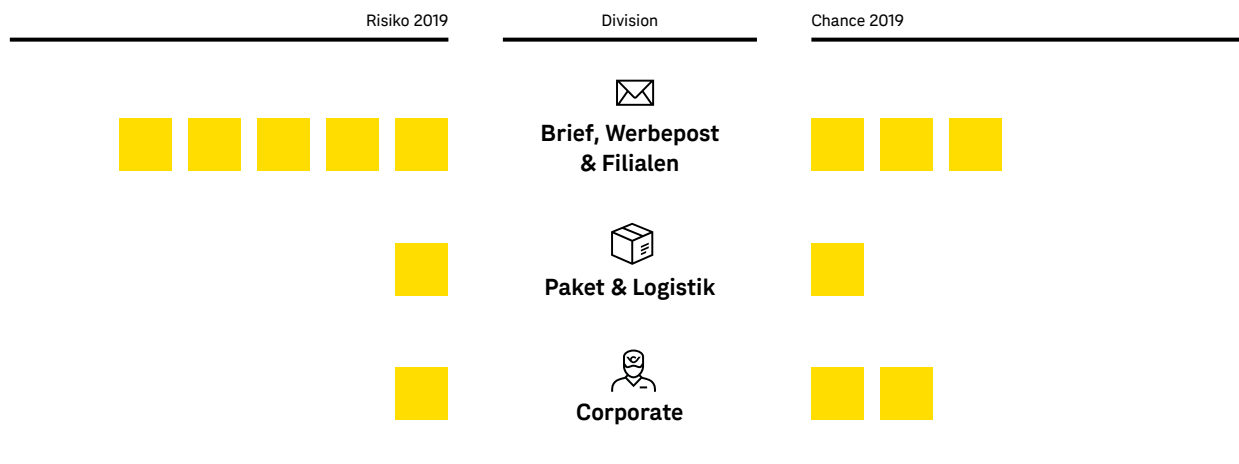
4.5 Gesamtaussage zur Risiko- und Chancensituation des Konzerns

Die vorstehend beschriebenen Risiken und Chancen des Unternehmens werden stetig beobachtet und entsprechende Maßnahmen gesetzt bzw. Initiativen ergriffen. Aus heutiger Sicht ist der Bestand des Unternehmens nicht gefährdet.

Nachfolgende Grafik zeigt zusammengefasst die unterschiedlichen Chancen- und Risikoprofile der einzelnen Segmente. Das Segment Brief, Werbepost & Filialen ist geprägt von der E-Substitution klassischer Briefsendungen. Mengen-, Marktanteils- und Durchschnittserlösentwicklungen beeinflussen das Segment Paket & Logistik. Wesentliche Chancen-Faktoren für das Segment Corporate sind die Kostenoptimierung und

Effizienzsteigerungsmaßnahmen. Personal- sowie IT-Risiken wirken sich auf alle Segmente aus.

Risikobandbreiten



WESENTLICHE CHANCEN-/RISIKOFAKTOREN JE DIVISION

Brief, Werbepost & Filialen

- E-Substitution klassischer Briefsendungen
- Mengenentwicklung & Marktanteilsverschiebung
- Entwicklung klassischer Versandhandel

Paket & Logistik

- Mengen- und Marktanteilsentwicklung
- Entwicklung Durchschnittserlöse B2C
- Chancen und Risiken in Beteiligungen

Corporate

- Personalkostenoptimierung
- Kostenmanagement/Effizienzsteigerung

Alle Divisionen

- Personalkosten(-optimierung)/Struktur der Dienstverhältnisse
- IT-Risiken

5. WEITERE RECHTLICHE ANGABEN

5.1 Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Der Österreichische Post-Konzern ist – als international tätiges Logistik- und Dienstleistungsunternehmen – im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit operativen Risiken ausgesetzt, mit denen sich das Unternehmen bewusst auseinandersetzt. Durch die Konzentration auf das Kerngeschäft sowie die jahrzehntelange Erfahrung in diesem Geschäft ist es dem Österreichischen Post-Konzern möglich, diese Risiken frühzeitig zu identifizieren und zu bewerten sowie rasch geeignete Vorsorgemaßnahmen zur Sicherung zu setzen. Für den gesamten Österreichischen Post-Konzern besteht ein einheitliches Risikomanagement, das alle Organisationseinheiten und wesentlichen Konzernunternehmen sowie ein internes Kontrollsystem für alle wesentlichen Prozesse einschließt. Dieses richtet sich grundsätzlich nach dem COSO-Standard „Enterprise Risk Management – Integrated Framework“. Das interne Kontrollsystem als Teil des Risikomanagementsystems ist risikoorientiert aufgebaut und in die Betriebsabläufe integriert. Dies bedeutet, dass Maßnahmen arbeitsbegleitend erfolgen oder dem Arbeitsvollzug unmittelbar vor- oder nachgelagert sind. Das interne Kontrollsystem basiert auf genauen Informationen über die Prozesse für die Rechnungslegung und Finanzberichterstattung und schließt auch deren vorgelagerte Unternehmensprozesse mit ein. Änderungen der Organisation bzw. der Geschäftsprozesse haben unmittelbare Auswirkungen auf das interne Kontrollsystem, das jeweils unmittelbar an die aktuellen Gegebenheiten angepasst wird. Für die Durchführung der Kontrollen ist die jeweilige Unternehmenseinheit verantwortlich.

5.1.1 Kontrollumfeld

Im Bereich Konzernrechnungslegung setzt sich die Aufbauorganisation aus den lokal in den Konzernunternehmen für das Rechnungswesen verantwortlichen Abteilungen sowie dem zentralen Konzern-Rechnungswesen der Österreichischen Post AG zusammen. Die

Konzernunternehmen erstellen auf Gesellschaftsebene zeitgerecht vollständige und richtige IFRS-Reporting-Packages gemäß den konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften. Die IFRS-Reporting-Packages sind die Ausgangsbasis für die Weiterverarbeitung im Zuge der Konzernkonsolidierung. Die Erstellung des Konzernabschlusses obliegt dem Konzern-Rechnungswesen, dessen Aufgaben- und Verantwortungsbereiche im Wesentlichen die Betreuung der Meldedatenübernahme der Konzernunternehmen, die Durchführung der Konsolidierungs- und Eliminierungsmaßnahmen sowie die analytische Aufbereitung der Konzernabschlussdaten und die entsprechende Erstellung von Finanzberichten umfassen. Die Ablauforganisation für die Erstellung des Konzernabschlusses folgt einem strikten Terminplan. Die Termine werden jeweils für ein gesamtes Geschäftsjahr erstellt und veröffentlicht. Zusätzlich erhalten die Konzernunternehmen quartalsweise bzw. im Anlassfall in Form von Konzerninformationsschreiben detaillierte Informationen und Konzernvorgaben zu ausgewählten Themen bezüglich der Erstellung von Quartalsabschlüssen. Entsprechend dem Fertigstellungs-/Veröffentlichungstermin des Monats-/ Quartalsabschlusses bestehen sowohl in den lokalen Organisationseinheiten als auch im Konzern-Rechnungswesen detaillierte Terminpläne und Arbeitskalender zur Abschlusserstellung und Berichtsaufbereitung.

5.1.2 Risikobeurteilung

Zur Vermeidung von wesentlichen Fehldarstellungen bei der Abbildung von Transaktionen wurden mehrstufig aufgebaute Qualitätssicherungsmaßnahmen mit der Zielsetzung implementiert, die IFRS-Reporting-Packages für die Zwecke der Konsolidierung richtig zu erfassen. Diese Maßnahmen umfassen einerseits automatisierte Kontrollen (Validierungen) in SAP SEM-BCS und andererseits manuelle Kontrollen der Mitarbeiter der Konzernunternehmen sowie der Mitarbeiter des Konzern-Rechnungswesens. Ausgehend von den Abschlüssen der Konzernunternehmen führt das Konzern-Rechnungswesen in mehreren Stufen umfangreiche Plausibilitäts- und Datenqualitätschecks durch. Sie sollen sicherstellen, dass die Daten, welche die Transaktionen der Konzernunternehmen abbilden, für die Zwecke der Konsolidierung bzw. die Erstellung des Konzernabschlusses richtig erfasst sind.

Erst nach Durchführung der Qualitätskontrollen auf allen Stufen erfolgt die Freigabe des Konzernabschlusses.

5.1.3 Kontrollmaßnahmen

Der Konzernabschluss der Österreichischen Post wird auf Grundlage von SAP SEM-BCS monatlich in Form einer Simultankonsolidierung erstellt. Die Erfassung der Anhangangaben sowie die Ermittlung der latenten Steuern erfolgen ebenfalls über SAP SEM-BCS. Die konzernheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Konzernhandbuch zusammengefasst. IFRS-Neuerungen werden vom Konzern-Rechnungswesen laufend überwacht und quartalsweise als IFRS-Updates in Konzerninformationsschreiben veröffentlicht. Einmal jährlich erfolgt die Einarbeitung der Updates in das Konzernhandbuch, dessen aktualisierte Jahresversion daraufhin zur Verfügung gestellt wird. Zusätzlich zum Konzernhandbuch bestehen Richtlinien und Fachkonzepte zu ausgewählten Konzernprozessen, insbesondere zu Konsolidierungskreisänderungen. Im Bereich der Stammdaten (z. B. SAP SEM-Positionen, SAP-Konzernkontenplan, Kundendaten) sind zentrale Anlage-/Änderungsprozesse definiert worden. Die Konsolidierungsprozesse sind im Konsolidierungshandbuch beschrieben. Das Konsolidierungshandbuch vermittelt einen zusammenfassenden Überblick zum Ablauf der Erstellung des Konzernabschlusses mittels SAP SEM-BCS, zu den Qualitätssicherungsmaßnahmen und zur Berichterstattung im Konzern-Rechnungswesen. Aufbauend auf den betriebswirtschaftlichen Konsolidierungsregeln werden die Konsolidierungsmethoden im Österreichischen Post-Konzern dokumentiert und spezifiziert. Die monatlichen Abschlüsse werden überwiegend mittels SAP R/3 erstellt. Die IFRS-Überleitung erfolgt im Zuge der parallelen (dualen) SAP-Rechnungslegung. Die Übernahme der Meldedaten in SAP SEM-BCS erfolgt durch einen automatisierten Upload. Zu Zwecken der Überwachung und Kontrolle wird der Konzernabschluss durch eine EBIT-Überleitung überprüft. Dabei wird eine Überleitung der Einzelabschlüsse auf den Konzernabschluss unter Berücksichtigung der im Konzern durchgeführten Buchungen und Eliminierungen vorgenommen.

5.1.4 Information und Kommunikation

Zur Wahrnehmung der Überwachungs- und Kontrollfunktionen werden wesentlichen Führungsebenen vorläufige Konzernabschlussdaten zur Verfügung gestellt. Im Zuge der Erstellung des Konzernabschlusses werden folgende Berichte erstellt: Aufsichtsratsbericht, Monatsbericht inklusive Strategie-Cockpit, Zwischenberichte, Beteiligungsbericht, Datenanalyse und -auswertung. Adressanten des vierteljährlich erstellten Aufsichtsratsberichts sind in erster Linie der Vorstand und der Aufsichtsrat der

Österreichischen Post AG. Neben dem Aufsichtsratsbericht und dem gesetzlich vorgeschriebenen Jahresfinanzbericht/Geschäftsbericht sowie den Zwischenberichten werden unterjährig weitere interne Berichte, die weiterführende Erläuterungen zu ausgewählten Positionen, Ergebnisüberleitungen und Kennzahlen enthalten, erstellt. Der Monatsbericht fasst die wesentlichen Finanz- und Leistungskennzahlen des Unternehmens zusammen. Ausgehend von den vier strategischen Handlungsfeldern und den damit verbundenen Messgrößen werden Kennzahlen vor allem zu Absatz- und Personaldaten bereitgestellt. Die weitere interne Berichtsstruktur orientiert sich am Monatsbericht und leitet sich von ihm ab. Ein weiterer wesentlicher Punkt in der internen Berichterstattung des Österreichischen Post-Konzerns ist die Datenanalyse und -auswertung. Diese beinhaltet vor allem die Berechnung des Konzern-Cashflows sowie die dazugehörigen detaillierten Erläuterungen und die Berechnung von ergebnis- und wertorientierten Kennzahlen sowie von Liquiditätskennzahlen. Vom Konzern-Controlling wird monatlich ein Beteiligungsbericht erstellt, der Informationen über die Entwicklung der Konzernunternehmen enthält. Die Berichterstattung an die Aktionäre der Österreichischen Post AG erfolgt in Übereinstimmung mit dem Österreichischen Corporate Governance Kodex sowohl über die Investor-Relations-Website (post.at/ir) als auch über direkte Gespräche mit den Investoren. Die veröffentlichten Informationen werden allen Investoren zeitgleich zur Verfügung gestellt. Zusätzlich zu den Publikationen (Jahresfinanzbericht/Geschäftsbericht, Zwischenbericht über das erste Quartal, Halbjahresfinanzbericht und Zwischenbericht für die ersten drei Quartale jedes Jahres) stehen den Investoren auf der Investor-Relations-Website zahlreiche weitere Informationen – unter anderem Investoren-Präsentationen, Informationen rund um die Aktie, veröffentlichte Insiderinformationen oder der Finanzkalender – zur Verfügung.

5.1.5 Überwachung

Kernpunkt des operativen Risikomanagements ist die Identifizierung, Evaluierung und Beherrschung von wesentlichen Risiken aus dem Kerngeschäft. Dieser Prozess wird von Schlüsselpersonen in den Divisionen getragen. Der Österreichische Post-Konzern gliedert sich in die auf dem Markt tätigen Divisionen Brief, Werbepost & Filialen sowie Paket & Logistik und in die Division Corporate, die zusätzlich vor allem Dienstleistungen im Bereich der Konzernverwaltung erbringt. Die Konzernunternehmen des Österreichischen Post-Konzerns werden dabei im Wesentlichen je nach Tätigkeitsschwerpunkt den einzelnen Divisionen zugeordnet. Die in den jeweiligen Einheiten bestehenden wesentlichen Geschäftsrisiken werden identifiziert und laufend beobachtet. Auf dieser Basis

werden angemessene Risikomaßnahmen, wie z. B. Backups oder Notfallpläne, festgelegt. Weitere zentrale Instrumente der Risikoüberwachung und -kontrolle sind die konzernweiten Richtlinien über den Umgang mit wesentlichen Risiken, der Planungs- und der Controlling-Prozess sowie die laufende Berichterstattung. Die Richtlinien umfassen beispielsweise die Festsetzung und Kontrolle von Limit-Kategorien und Handlungsabläufen zur Begrenzung finanzieller Risiken sowie die strikte Vorgabe des Vier-Augen-Prinzips. Diese Richtlinien sind Teil des internen Kontrollsystems und stellen unter anderem die ordnungsgemäße interne und externe Finanzberichterstattung sicher. Der Planungs- und Berichtsprozess dient als Frühwarnsystem und als Basis für die Beurteilung der Wirksamkeit der eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen. Dabei folgen auf den Bericht an den Gesamtvorstand zu Spitzenkennzahlen monatliche Performance-Reviews in den auf dem Markt tätigen Einheiten, die gemäß dem integrierten Planungs- und Berichtswesen stufenweise fortgesetzt werden. Wesentliches Merkmal des Planungs- und Berichtswesens ist neben der vertikalen Integration die Konvergenz zwischen internem und externem Berichtswesen. Zudem werden Chancen und Risiken bereits in der Planungsphase berücksichtigt, um Planungsziele zu plausibilisieren. Die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems wird regelmäßig von der Konzernrevision überprüft.

5.2 Informationen gemäß § 243a UGB

Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt 337.763.190 EUR und ist geteilt in 67.552.638 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien mit einem Nominalwert von jeweils 5 EUR. Es liegen keine Stimmrechtsbeschränkungen oder Syndikatsvereinbarungen vor, die der Gesellschaft bekannt sind.

Die Republik Österreich hält über die Österreichische Beteiligungs AG (kurz ÖBAG, vormals Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH, ÖBIB) 52,85% der Anteile an der Österreichischen Post AG (auf Basis der in Umlauf befindlichen 67.552.638 Stück Aktien). Der Gesellschaft sind keine anderen Aktionäre bekannt, die mehr als 10% der Anteile halten.

Soweit der Gesellschaft bekannt ist, gibt es keine Inhaber von Aktien mit besonderen Kontrollrechten. Mitarbeiter, die auch Aktionäre der Österreichische Post AG sind, üben ihre Stimmrechte individuell aus. Es existieren keine sich nicht unmittelbar aus dem Gesetz ergebenden Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

Genehmigtes Kapital: Gemäß § 5a der Satzung der Österreichische Post AG wurde der Vorstand gemäß § 169 AktG ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis 14. April 2020 um bis zu weitere 33.776.320 EUR durch Ausgabe von bis zu 6.755.264 Stück neue, auf Inhaber lautende Stammaktien (Stückaktien) gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, in bestimmten Fällen auch unter Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionäre, zu erhöhen. Die Satzungsänderung wurde am 11. Juni 2015 in das Firmenbuch eingetragen.

Bedingtes Kapital: Gemäß § 5 b der Satzung der Österreichische Post AG wurde das Grundkapital gemäß § 159 AktG um bis zu 16.888.160 EUR durch Ausgabe von bis zu 3.377.632 Stückaktien erhöht. Die Kapitalerhöhung darf nur zum Zweck der Gewährung von Umtausch- und Bezugsrechten an Gläubiger von Finanzinstrumenten im Sinne von § 174 AktG sowie zum Zweck der Einräumung von Aktienoptionen an Arbeitnehmer und leitende Angestellte der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens durchgeführt werden. Der Vorstand ist ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Die Satzungsänderung wurde am 11. Juni 2015 in das Firmenbuch eingetragen.

Aktienrückerwerb: Die ordentliche Hauptversammlung vom 20. April 2017 hat den Vorstand gemäß § 65 Abs 1 Z 4 und 8 sowie Abs 1a und 1b AktG ermächtigt, auf den Inhaber oder auf Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft im Ausmaß von bis zu 10% des Grundkapitals der Gesellschaft während einer Geltungsdauer von 30 Monaten ab dem 20. April 2017 sowohl über die Börse als auch außerbörslich und zwar auch nur von einzelnen Aktionären oder einem einzigen Aktionär, insbesondere der ÖBAG, zu einem niedrigsten Gegenwert von 20 EUR (Euro zwanzig) je Aktie und einem höchsten Gegenwert von 60 EUR (Euro sechzig) je Aktie zu erwerben.

Der Handel mit eigenen Aktien ist als Zweck des Erwerbs ausgeschlossen. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 228 Absatz 3 UGB) oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden. Der Erwerb durch den Vorstand kann insbesondere vorgenommen werden, wenn die Aktien Arbeitnehmern, leitenden Angestellten und Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft oder eines mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmens im Rahmen eines Mitarbeiterbeteiligungsprogramms oder eines Aktienoptionsprogramms und/oder zur Ausgabe an eine Mitarbeiterbeteiligung-Privatstiftung angeboten werden sollen.

Den Erwerb über die Börse kann der Vorstand der Österreichische Post AG beschließen, doch muss der Aufsichtsrat im Nachhinein von diesem Beschluss in Kenntnis

gesetzt werden. Der außerbörsliche Erwerb unterliegt der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats. Im Falle des außerbörslichen Erwerbs kann dieser auch unter Ausschluss des quotenmäßigen Veräußerungsrechts durchgeführt werden (umgekehrter Bezugsrechtsausschluss).

Der Vorstand wurde für die Dauer von fünf Jahren ab Beschlussfassung gemäß § 65 Abs 1b AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats und ohne neuerliche Beschlussfassung der Hauptversammlung für die Veräußerung beziehungsweise Verwendung eigener Aktien eine andere Art der Veräußerung als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot, unter sinngemäßer Anwendung der Regelungen über den Bezugsrechtsausschluss der Aktionäre, insbesondere wenn die Aktien Arbeitnehmern, leitenden Angestellten und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft oder eines mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmens im Rahmen eines Mitarbeiterbeteiligungsprogramms oder eines Aktienoptionsprogramms und/oder zur Ausgabe an eine Mitarbeiterbeteiligung-Privatstiftung angeboten werden sollen, zu beschließen und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 228 Abs 3 UGB) oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden.

Der Vorstand wurde ferner ermächtigt mit Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlichenfalls das Grundkapital durch Einziehung dieser eigenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss gemäß § 65 Abs 1 Z 8 letzter Satz i. V. m. § 122 AktG herabzusetzen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Einziehung von Aktien ergeben, zu beschließen.

Gewinnschuldverschreibungen: Weiters wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis 14. April 2020 Finanzinstrumente im Sinne des § 174 AktG – insbesondere Wandelschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und Genussrechte, mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu 250.000.000 EUR, die auch das Umtausch- und/oder Bezugsrecht auf den Erwerb von insgesamt bis zu 3.377.632 Aktien der Gesellschaft einräumen können und/oder auch so ausgestaltet sind, dass ihr Ausweis als Eigenkapital erfolgen kann – auch in mehreren Tranchen und in unterschiedlicher Kombination auszugeben, und zwar auch mittelbar im Wege

der Garantie für die Emission von Finanzinstrumenten durch ein verbundenes Unternehmen der Gesellschaft mit Umtausch- und/oder Bezugsrechten auf Aktien der Gesellschaft.

Für die Bedienung der Umtausch- und/oder Bezugsrechte kann der Vorstand das bedingte Kapital oder eigene Aktien oder eine Kombination aus bedingtem Kapital und eigenen Aktien verwenden.

Ausgabebetrag und Ausgabebedingungen der Finanzinstrumente sind vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates festzusetzen, wobei der Ausgabebetrag nach Maßgabe anerkannter finanzmathematischer Methoden sowie des Kurses der Aktien der Gesellschaft in einem anerkannten Preisfindungsverfahren zu ermitteln ist.


Der Vorstand ist berechtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Finanzinstrumente im Sinne des § 174 AktG mit Zustimmung des Aufsichtsrates auszuschließen.

Es gibt keine bedeutsamen Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich wesentlich ändern oder enden.

Es gibt keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

5.3 Nichtfinanzielle Informationen gemäß NaDiVeG

Die Österreichische Post erstellt einen gesonderten nichtfinanziellen Bericht, der die gesetzlichen Anforderungen gemäß § 243b UGB i. V. m. § 267a UGB erfüllt und von unabhängiger dritter Stelle geprüft wird.

 siehe S. 35ff

6. AUSBLICK 2019

Die aktuellen Entwicklungen im Kerngeschäft der Österreichischen Post zeigen, dass mit unveränderten Basistrends im Brief- und Paketgeschäft gerechnet werden muss.

Im klassischen adressierten Briefgeschäft ist auch zukünftig von Volumentrüben von etwa 5 % p. a. auszugehen. Die Mengenentwicklung bei Werbesendungen hingegen ist stark vom Konjunkturmilieu sowie vom Werbeverhalten großer Versender abhängig.

Klar positiv wird die Marktentwicklung im Paketgeschäft eingeschätzt. Gestützt durch weitere Zuwächse im Online-Handel ist von einem Marktwachstum im oberen einstelligen Bereich auszugehen. Geprägt ist diese Branche einerseits von hohen Anforderungen hinsichtlich Zustellqualität und -geschwindigkeit sowie innovativer Serviceleistungen, andererseits aber auch durch veränderte Wettbewerbsbedingungen und Preisdruck.

Angesichts dieses Marktumfelds geht die Österreichische Post auch für das Geschäftsjahr 2019 von einer stabilen Umsatzentwicklung aus (Umsatz 2018: 1.958,5 Mio EUR).

Die darin enthaltenen Planungsprämissen sind anhaltende Trends im Brief- und Werbemarkt. Es ist auch anzunehmen, dass das mit 1. Juli 2018 eingeführte Tarifmodell (PRIO-Zustellung am nächsten Tag und ECO-Zustellung innerhalb von 2–3 Tagen) weiterhin gut angenommen wird.

Das Paketgeschäft der Österreichischen Post wird auch im Jahr 2019 weiter wachsen. Trotz hoher Wettbewerbsintensität, erhöhtem Preisdruck sowie der Eigenzustellung eines Großversenders in Wien ist davon auszugehen, dass die Qualitäts- und Leistungsvorteile der Österreichischen Post sich in einer Umsatzsteigerung widerspiegeln werden.

Im Filialnetz des Unternehmens erfolgt derzeit eine Entflechtung der Finanzdienstleistungskooperation mit dem bisherigen Bankpartner. Aber auch zukünftig bleibt das Ziel aufrecht Finanzdienstleistungen über das Filialnetz anzubieten, da es eine wichtige und sinnvolle Ergänzung für die Kunden zum Post-Leistungsspektrum darstellt.

Neben zahlreichen Markt-Initiativen hat das Investitionsprogramm zur Kapazitätserweiterung im

Paketgeschäft einen wichtigen Stellenwert in der Weiterentwicklung des Unternehmens. Ziel ist es, die Sortierkapazität des Jahres 2018 in den nächsten Jahren stufenweise zu verdoppeln. Auch für 2019 sind daher zusätzlich zu den Basis-Investitionen in Höhe von ca. 70 Mio EUR wiederum Wachstumsinvestitionen in Höhe von über 50 Mio EUR geplant. Darüber hinaus sind Erweiterungen bzw. Zukäufe von Grundstücken möglich, etwa beim bestehenden Logistikzentrum im Süden Wiens. Mit der Inbetriebnahme eines Paketzentrums in Hagenbrunn nördlich von Wien soll ab Sommer 2019 die Kapazität bereits um 25 % erhöht werden.

Auch hinsichtlich der Ertragsentwicklung verfolgt die Österreichische Post im Jahr 2019 das Ziel Stabilität im operativen Ergebnis des Kerngeschäfts zu erzielen (EBIT 2018: 210,9 Mio EUR). Hier sollen die Effizienz der Leistungsbereiche erhöht und Strukturen und Prozesse verändert werden. So wurde etwa Anfang 2019 die Logistik der Brief- und Paket-Sparte unter einer operativen Führung vereint. Ziel ist es, basierend auf den Mengenprognosen des Brief- und Paketgeschäfts der Österreichischen Post, in der neuen Struktur weitere Synergien zu heben, um die Rolle des Qualitätsführers am österreichischen Brief- und Paketmarkt weiter auszubauen. Darüber hinaus werden im Jahr 2019 Business-Pläne geprüft, wie Finanzdienstleistungen auch zukünftig angeboten werden.

Stabilität und Sicherheit sind die Grundpfeiler in der Finanzgebarung des Unternehmens. Die Mittel für die notwendigen Wachstumsinvestitionen wurden in den letzten Jahren erwirtschaftet und dienen nun dazu, die strategische Positionierung auszubauen. Daneben wird der Cashflow aus dem operativen Geschäft auch weiterhin umsichtig und zielgerichtet für nachhaltige Investitionen des operativen Betriebes und für die Dividende verwendet.

Der Vorstand wird der Hauptversammlung am 11. April 2019 die Ausschüttung einer Dividende von 2,08 EUR je Aktie vorschlagen. Damit setzt das Unternehmen auf der Grundlage seiner soliden Bilanzstruktur und der erwirtschafteten Cashflows seine attraktive Dividendenpolitik weiter fort: Die Österreichische Post verfolgt weiterhin das Ziel, zumindest 75 % des Nettoergebnisses an die Aktionäre auszuschütten.

Wien, am 22. Februar 2019

Der Vorstand



DI DR. GEORG PÖLZL
Vorstandsvorsitzender
Generaldirektor



DI WALTER OBLIN
Stv. Vorstandsvorsitzender
Brief & Werbepost, Finanzen



DI PETER UMUNDUM
Vorstandsmitglied
Paket & Logistik, Logistiknetzwerke

Konzernabschluss

98	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
99	Konzerngesamtergebnisrechnung
100	Konzernbilanz
101	Konzern-Cashflow-Statement
102	Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals
104	Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2018
104	1. Berichtendes Unternehmen
104	2. Grundlagen der Rechnungslegung
104	3. Änderungen in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
116	4. Konsolidierungskreis
118	5. Währungsumrechnung
119	6. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
133	7. Zukunftsbezogene Annahmen und Schätzunsicherheiten
135	8. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
135	8.1 Segmentberichterstattung
138	8.2 Erlöse aus Verträgen mit Kunden
139	8.3 Sonstige betriebliche Erträge
139	8.4 Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen
140	8.5 Personalaufwand
140	8.6 Abschreibungen
141	8.7 Sonstige betriebliche Aufwendungen
141	8.8 Sonstiges Finanzergebnis
142	8.9 Ergebnis je Aktie
142	9. Erläuterungen zur Bilanz
142	9.1 Geschäfts- oder Firmenwerte
144	9.2 Immaterielle Vermögenswerte
145	9.3 Sachanlagen
147	9.4 Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property)
148	9.5 Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen
150	9.6 Andere finanzielle Vermögenswerte
151	9.7 Vorräte
151	9.8 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen
152	9.9 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente
152	9.10 Eigenkapital
154	9.11 Rückstellungen
158	9.12 Andere finanzielle Verbindlichkeiten
158	9.13 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten
159	9.14 Ertragsteuern
162	10. Finanzinstrumente und damit verbundene Risiken
171	11. Sonstige Angaben

KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für das Geschäftsjahr 2018

Mio EUR	Anhang	2017	2018
Umsatzerlöse	(8.2)	1.938,9	1.958,5
Sonstige betriebliche Erträge	(8.3)	112,7	96,2
Gesamte betriebliche Erträge		2.051,6	2.054,6
Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen	(8.4)	-409,9	-441,2
Personalaufwand	(8.5)	-1.020,1	-1.008,7
Abschreibungen	(8.6)	-86,8	-94,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(8.7)	-325,0	-295,7
Gesamte betriebliche Aufwendungen		-1.841,9	-1.840,2
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit		209,7	214,5
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	(9.5)	-1,9	-3,6
Finanzerträge		16,4	8,5
Finanzaufwendungen		-3,6	-21,6
Sonstiges Finanzergebnis	(8.8)	12,8	-13,1
Finanzergebnis		10,9	-16,7
Ergebnis vor Ertragsteuern		220,6	197,8
Ertragsteuern	(9.14)	-55,6	-53,6
Periodenergebnis		165,0	144,2
Zuzurechnen an:			
Aktionäre des Mutterunternehmens	(9.10)	165,2	143,7
Nicht beherrschende Anteile	(9.10)	-0,2	0,6
ERGEBNIS JE AKTIE (EUR)			
Unverwässertes Ergebnis je Aktie	(8.9)	2,45	2,13
Verwässertes Ergebnis je Aktie	(8.9)	2,45	2,13

KONZERNGESAMTERGEBNIS- RECHNUNG

für das Geschäftsjahr 2018

Mio EUR	Anhang	2017	2018
Periodenergebnis		165,0	144,2
Posten, die nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können:			
Währungsumrechnungsdifferenzen – ausländische Geschäftsbetriebe	(9.10)	0,6	-0,1
Zeitwertänderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	(10.1)	-3,0	-
Zeitwertänderungen FVOCI – Fremdkapitalinstrumente	(10.1)	0,0	-0,1
Steuereffekt auf Zeitwertänderungen	(9.14)	1,2	0,0
Summe der Posten, die umgegliedert werden können		-1,2	-0,2
Posten, die nicht nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:			
Zeitwertänderungen FVOCI – Eigenkapitalinstrumente	(10.1)	0,0	-18,9
Steuereffekt auf Zeitwertänderungen	(9.14)	0,0	4,4
Neubewertung von leistungsorientierten Verpflichtungen	(9.11)	-1,2	4,1
Steuereffekt auf Neubewertung	(9.14)	0,3	-1,0
Summe der Posten, die nicht umgegliedert werden		-0,9	-11,4
Sonstiges Ergebnis		-2,1	-11,5
Gesamtperiodenergebnis		162,9	132,7
Zuzurechnen an:			
Aktionäre des Mutterunternehmens	(9.10)	163,1	132,1
Nicht beherrschende Anteile	(9.10)	-0,2	0,6

KONZERNBILANZ

zum 31. Dezember 2018

Mio EUR	Anhang	31.12.2017	31.12.2018
AKTIVA			
Langfristige Vermögenswerte			
Geschäfts- oder Firmenwerte	(9.1)	62,1	58,7
Immaterielle Vermögenswerte	(9.2)	24,7	24,5
Sachanlagen	(9.3)	615,7	652,8
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(9.4)	85,0	78,4
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	(9.5)	8,1	9,2
Andere finanzielle Vermögenswerte	(9.6)	86,4	62,4
Vertragsvermögenswerte		0,0	0,1
Sonstige Forderungen	(9.8)	19,0	14,5
Latente Steueransprüche	(9.14)	72,2	77,6
		973,1	978,2
Kurzfristige Vermögenswerte			
Andere finanzielle Vermögenswerte	(9.6)	44,6	45,4
Vorräte	(9.7)	22,0	17,3
Vertragsvermögenswerte		0,0	23,5
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	(9.8)	343,6	305,7
Steuererstattungsansprüche		1,0	1,0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	(9.9)	290,0	310,0
		701,1	702,8
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte		0,0	0,3
		1.674,2	1.681,2
PASSIVA			
Eigenkapital			
	(9.10)		
Grundkapital		337,8	337,8
Kapitalrücklagen		91,0	91,0
Gewinnrücklagen		287,7	298,5
Andere Rücklagen		-18,5	-30,1
Eigenkapital der Aktionäre des Mutterunternehmens		697,9	697,1
Nicht beherrschende Anteile		0,9	2,0
		698,8	699,1
Langfristige Schulden			
Rückstellungen	(9.11)	385,1	386,3
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	(9.12)	3,4	3,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	(9.13)	39,3	31,1
Latente Steuerschulden	(9.14)	1,1	0,8
		428,9	421,7
Kurzfristige Schulden			
Rückstellungen	(9.11)	178,6	164,8
Steuerschulden		13,2	6,8
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	(9.12)	3,4	6,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	(9.13)	351,2	333,0
Vertragsverbindlichkeiten		0,0	49,0
		546,5	560,4
		1.674,2	1.681,2

KONZERN-CASHFLOW-STATEMENT

für das Geschäftsjahr 2018

Mio EUR	Anhang	2017 angepasst ¹	2018
GESCHÄFTSTÄTIGKEIT			
Ergebnis vor Ertragsteuern		220,6	197,8
Abschreibungen	(8.6)	86,8	94,5
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	(9.5)	1,9	3,6
Rückstellungen unbar		70,3	42,4
Sonstige zahlungsunwirksame Vorgänge	(11.1)	-63,1	14,6
Cashflow aus dem Ergebnis		316,6	352,9
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen		-23,5	52,3
Vorräte		-3,2	-4,2
Vertragsvermögenswerte		0,0	-16,5
Rückstellungen		-12,9	-49,7
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten		21,6	7,3
Vertragsverbindlichkeiten		0,0	18,0
Gezahlte Steuern		-42,9	-64,2
Cashflow aus Geschäftstätigkeit		255,7	295,9
INVESTITIONSTÄTIGKEIT			
Erwerb von immateriellen Vermögenswerten		-8,2	-10,6
Erwerb von Sachanlagen/als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien		-102,1	-139,4
Einzahlungen aus Anlagenverkäufen		7,3	21,3
Erwerb von Tochterunternehmen	(4.2)	-5,2	-0,9
Verkauf von Tochterunternehmen	(4.2)	0,8	0,0
Erwerb von nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	(4.2)	-5,6	-2,6
Verkauf von nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	(4.2)	3,3	0,1
Erwerb von sonstigen Finanzinstrumenten		-0,1	-35,0
Einzahlungen aus dem Verkauf von sonstigen Finanzinstrumenten		19,0	0,0
Erwerb von Wertpapieren		-35,0	-5,0
Einzahlungen aus dem Verkauf von Wertpapieren		15,3	28,0
Gewährte Darlehen	(11.1)	-1,4	-1,8
Erhaltene Ausschüttungen von nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	(9.5)	0,2	0,2
Erhaltene Zinsen		2,5	8,3
Cashflow aus Investitionstätigkeit		-109,1	-137,5
Free Cashflow		146,6	158,4
FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT			
Veränderung von anderen finanziellen Verbindlichkeiten	(11.1)	0,7	1,6
Ausschüttungen		-135,1	-138,8
Gezahlte Zinsen		-0,3	-1,0
Einzahlungen von nicht beherrschenden Anteilen		0,0	0,1
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-134,6	-138,1
Veränderung des Finanzmittelbestandes		12,0	20,2
Finanzmittelbestand am 1. Jänner		278,0	290,0
Finanzmittelbestand am 31. Dezember	(11.1)	290,0	310,2

¹ Umgliederung der gezahlten Steuern - siehe Konzernanhang Punkt 3.2

ENTWICKLUNG DES KONZERN-EIGENKAPITALS

im Geschäftsjahr 2017

Mio EUR	Grundkapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Andere Rücklagen			Eigenkapital der Aktionäre des Mutterunternehmens	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital
				IAS 19 Rücklage	Marktbeurteilungsrücklage	Währungsumrechnungsrücklage			
Stand am 1. Jänner 2017	337,8	91,0	257,6	-18,3	4,2	-2,3	670,0	0,1	670,0
Periodenergebnis	0,0	0,0	165,2	0,0	0,0	0,0	165,2	-0,2	165,0
Sonstiges Ergebnis	0,0	0,0	0,0	-0,9	-1,8	0,6	-2,1	0,0	-2,1
Gesamtperiodenergebnis	0,0	0,0	165,2	-0,9	-1,8	0,6	163,1	-0,2	162,9
Ausschüttung	0,0	0,0	-135,1	0,0	0,0	0,0	-135,1	-0,1	-135,2
Transaktionen mit Eigentümern	0,0	0,0	-135,1	0,0	0,0	0,0	-135,1	-0,1	-135,2
Sukzessiver Erwerb eines Tochterunternehmens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,1	1,1
Andere Veränderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,1	1,1
Stand am 31. Dezember 2017	337,8	91,0	287,7	-19,2	2,4	-1,7	697,9	0,9	698,8

ENTWICKLUNG DES KONZERN-EIGENKAPITALS

im Geschäftsjahr 2018

Mio EUR	Grundkapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Andere Rücklagen			Eigenkapital der Aktionäre des Mutterunternehmens	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital
				IAS 19 Rücklage	Marktbeurteilungsrücklage/ FVOCI-Rücklage	Währungsrechnungsrücklage			
Stand am 31. Dezember 2017	337,8	91,0	287,7	-19,2	2,4	-1,7	697,9	0,9	698,8
Anpassung Erstanwendung IFRS 9 (netto nach Steuern)	0,0	0,0	0,6	0,0	-0,1	0,0	0,5	0,0	0,5
Anpassung Erstanwendung IFRS 15 (netto nach Steuern)	0,0	0,0	5,1	0,0	0,0	0,0	5,1	0,0	5,1
Angepasster Stand am 1. Jänner 2018	337,8	91,0	293,3	-19,2	2,3	-1,7	703,5	0,9	704,4
Periodenergebnis	0,0	0,0	143,7	0,0	0,0	0,0	143,7	0,6	144,2
Sonstiges Ergebnis	0,0	0,0	0,0	3,1	-14,5	-0,1	-11,5	0,0	-11,5
Gesamtperiodenergebnis	0,0	0,0	143,7	3,1	-14,5	-0,1	132,1	0,6	132,7
Ausschüttung	0,0	0,0	-138,5	0,0	0,0	0,0	-138,5	-0,3	-138,8
Einzahlungen von nicht beherrschenden Anteilen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Transaktionen mit Eigentümern	0,0	0,0	-138,5	0,0	0,0	0,0	-138,5	-0,2	-138,7
Sukzessiver Erwerb eines Tochterunternehmens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,8	0,8
Andere Veränderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,8	0,8
Stand am 31. Dezember 2018	337,8	91,0	298,5	-16,1	-12,2	-1,8	697,1	2,0	699,1

KONZERNANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2018

1. Berichtendes Unternehmen

Die Österreichische Post AG und ihre Tochterunternehmen sind Logistik- und Dienstleistungsunternehmen im Brief- und Paketbereich. Zu den Geschäftsbereichen des Österreichischen Post-Konzerns zählen die Erbringung von Leistungen des Brief- und Paketdienstes, Speziallogistik wie Expresszustellung und Wertlogistik sowie der Vertrieb von Telekomprodukten und die Erbringung von Finanzdienstleistungen im Filialnetz. Zudem umfasst das Dienstleistungsangebot unter anderem Fulfillment-Dienstleistungen, diverse Online-Services wie den E-Brief und crossmediale Lösungen, Daten- und Outputmanagement sowie Dokumentenerfassung, -digitalisierung und -veredelung.

Der Sitz der Österreichischen Post AG befindet sich in Wien, Österreich. Die Anschrift lautet Österreichische Post AG, Rochusplatz 1, 1030 Wien. Die Gesellschaft ist in das Firmenbuch beim Handelsgericht Wien zu FN 180219d eingetragen.

2. Grundlagen der Rechnungslegung

Die Erstellung des Konzernabschlusses der Österreichischen Post AG für das Geschäftsjahr 2018 erfolgte in Übereinstimmung mit den zum 31. Dezember 2018 vom International Accounting Standards Board (IASB)

herausgegebenen International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union verpflichtend anzuwenden sind und den zusätzlichen Anforderungen des § 245a UGB.

Der Konzernabschluss der Österreichischen Post AG besteht aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Konzerngesamtergebnisrechnung, der Konzernbilanz, dem Konzern-Cashflow-Statement, der Entwicklung des Konzern-Eigenkapitals und dem Konzernanhang. Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt. Alle Beträge sind, sofern nichts anderes angeführt ist, in Millionen Euro (Mio EUR) angegeben. Bei der Summierung gerundeter Beträge und Prozentangaben können durch die Verwendung automatisierter Rechenhilfen Rundungsdifferenzen auftreten.

3. Änderungen in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3.1 Neuerungen in den International Financial Reporting Standards

3.1.1 VERPFLICHTEND ANGEWANDTE NEUE UND GEÄNDERTE STANDARDS

Im Geschäftsjahr 2018 wurden folgende neue und geänderte Standards erstmals verpflichtend zur Anwendung gebracht:

Verpflichtend angewandte neue Standards		Inkrafttreten EU ¹
IFRS 9	Finanzinstrumente	01.01.2018
IFRS 15	Erlöse aus Verträgen mit Kunden	01.01.2018
IFRIC 22	Transaktionen in fremder Währung und im Voraus gezahlte Gegenleistungen	01.01.2018

¹ Anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem angegebenen Datum beginnen.

Verpflichtend angewandte geänderte Standards		Inkrafttreten EU ¹
Diverse	Verbesserungen an den IFRS, Zyklus 2014–2016	01.01.2018
IFRS 2	Klassifizierung und Bewertung von anteilsbasierten Vergütungen	01.01.2018
IFRS 4	Anwendung von IFRS 9 Finanzinstrumente gemeinsam mit IFRS 4 Versicherungsverträge	01.01.2018
IFRS 15	Klarstellungen zu IFRS 15 Erlöse aus Verträgen mit Kunden	01.01.2018
IAS 40	Übertragungen von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	01.01.2018

¹ Anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem angegebenen Datum beginnen.

In der aktuellen Berichtsperiode traten zahlreiche neue oder geänderte Standards in Kraft. Durch die erstmalige Anwendung der neuen Standards IFRS 9 Finanzinstrumente und IFRS 15 Erlöse aus Verträgen mit Kunden kam es dabei zu Änderungen von Rechnungslegungsmethoden des Österreichischen Post-Konzerns. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung dieser beiden Standards werden im Folgenden unter Punkt 3.3 Wesentliche Änderungen aufgrund der erstmaligen Anwendung von IFRS 9 Finanzinstrumente und IFRS 15 Erlöse aus Verträgen mit Kunden beschrieben. Aus den anderen

Standardänderungen resultieren keine Auswirkungen auf die Rechnungslegungsgrundsätze des Österreichischen Post-Konzerns.

3.1.2 VERÖFFENTLICHTE, ABER NOCH NICHT ANGEWANDTE STANDARDS UND INTERPRETATIONEN

Folgende Standards und Interpretationen sind durch die Europäische Union anerkannt worden bzw. befinden sich im Anerkennungsprozess. Eine verpflichtende Anwendung ist jedoch erst für die Zukunft vorgesehen.

Noch nicht angewandte neue Standards/Interpretationen		Endorsement EU	Inkrafttreten EU ¹
IFRS 16	Leasingverhältnisse	31.10.2017	01.01.2019
IFRS 17	Versicherungsverträge	offen	geplant 01.01.2022
IFRIC 23	Unsicherheit bezüglich der ertragsteuerlichen Bahndlung	23.10.2018	01.01.2019

Noch nicht angewandte geänderte Standards		Endorsement EU	Inkrafttreten EU ¹
Diverse	Verbesserungen an den IFRS, Zyklus 2015–2017	geplant Q1 2019	geplant 01.01.2019
Diverse	Änderungen der Verweise auf das Rahmenkonzept in den IFRS	geplant 2019	geplant 01.01.2020
IFRS 3	Definition eines Geschäftsbetriebs	geplant 2019	geplant 01.01.2020
IFRS 9	Negative Vorfälligkeitsentschädigungen	22.03.2018	01.01.2019
IAS 1/IAS 8	Definition von Wesentlichkeit	geplant 2019	geplant 01.01.2020
IAS 19	Planänderungen, -kürzungen oder -abgeltungen	geplant Q1 2019	geplant 01.01.2019
IAS 28	Langfristige Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen	08.02.2019	geplant 01.01.2019

¹ Anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem angegebenen Datum beginnen.

IFRS 16 Leasingverhältnisse IFRS 16 Leasingverhältnisse wurde im Januar 2016 veröffentlicht und ist erstmals auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen, verpflichtend anzuwenden. IFRS 16 ersetzt die bisherigen Vorschriften des IAS 17 und die zugehörigen Interpretationen, wobei insbesondere die bilanzielle Abbildung von Leasingverträgen beim Leasingnehmer neu geregelt wurde. Nach dem neuen Standard ist für die bilanzielle

Erfassung eines Leasingverhältnisses im Wesentlichen entscheidend, ob es sich bei dem geleasteten Objekt um einen identifizierbaren Vermögenswert handelt, der Leasingnehmer die Nutzung bestimmen kann und ihm die wirtschaftlichen Vorteile aus dem Vermögenswert zustehen. Eine Unterscheidung in Finanzierungs- oder Operating-Leasingverhältnis besteht nicht mehr. Der Leasingnehmer erfasst nunmehr auch für jedes Operating-Leasingverhältnis eine

Verbindlichkeit für die zukünftig zu leistenden Leasingzahlungen. Gleichzeitig wird ein Nutzungsrecht (Right-of-Use-Asset) in Höhe des Barwerts der künftigen Leasingzahlungen aktiviert und in weiterer Folge linear abgeschrieben.

Für kurzfristige Leasingverträge, deren Vertragslaufzeit zwölf Monate oder weniger beträgt, sieht IFRS 16 ein Ansatzwahlrecht vor. Des Weiteren muss die Leasingbilanzierung nicht auf geringwertige Leasinggegenstände angewendet werden. Die Österreichische Post wird beide Wahlrechte in Anspruch nehmen und erfasst daher die entsprechenden Leasingzahlungen weiterhin ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung. Ebenso erfolgt kein Ansatz für Leasingverhältnisse von immateriellen Vermögenswerten.

IFRS 16 schreibt für Leasinggeber für Bilanzierungszwecke weiterhin die Unterscheidung zwischen Finanzierungs- oder Operating-Leasingvereinbarungen vor. Das Bilanzierungsmodell des IFRS 16 unterscheidet sich hierbei nicht wesentlich von dem des IAS 17 Leasingverhältnisse.

Die Österreichische Post wendet IFRS 16 modifiziert retrospektiv an, es erfolgt damit keine Anpassung der Vergleichsinformationen. Ein etwaiger kumulativer Anpassungseffekt im Zeitpunkt der Erstanwendung am 1. Jänner 2019 wird im Eigenkapital erfasst. In diesem Zusammenhang wird der Ansatz gewählt, die Nutzungsrechte im Umstellungszeitpunkt in Höhe der Leasingverbindlichkeit zu erfassen, angepasst um den Betrag von vorausgezahlten oder abgegrenzten Leasingzahlungen. Damit kommt es zu keiner Auswirkung auf das Konzern-Eigenkapital im Zeitpunkt der Erstanwendung.

In der Bilanz werden Nutzungsrechte in die gleichen Bilanzposten aufgenommen, in denen auch die den Leasingverhältnissen zugrunde liegenden Vermögenswerte dargestellt würden.

Im Rahmen der Erstanwendung soll von den folgenden praktischen Erleichterungen Gebrauch gemacht werden:

- Anwendung eines Abzinsungssatzes je Portfolio von Leasingverträgen
- Leasingverhältnisse mit einer Restlaufzeit von maximal zwölf Monaten werden als kurzfristige Leasingverhältnisse behandelt
- Rückgriff auf die Rückstellungsbeurteilung zu belastenden Verträgen anstelle einer separaten Prüfung auf Wertminderung nach IAS 36

Darüber hinaus macht die Österreichische Post von dem Wahlrecht Gebrauch, auf eine erneute Beurteilung zu verzichten, ob ein Vertrag ein Leasingverhältnis im Sinne des IFRS 16 enthält oder nicht, sofern dieses zum Erstanwendungszeitpunkt bereits bestand. Dementsprechend wird die Definition eines Leasingverhältnisses gemäß IAS 17 und IFRIC 4 weiterhin für diejenigen bestehenden Leasingverhältnisse gelten, die vor dem 1. Jänner 2019 bestanden haben.

Den aus Leasingnehmersicht wichtigsten Anwendungsfällen im Post-Konzern stellen Immobilienleasingverträge für Logistikstandorte, Filialen und Verwaltungsgebäude dar. Daneben bestehen vor allem noch Leasingverträge zu Fahrzeugen. Die wesentlichsten Auswirkungen resultieren aus der Erhöhung der Bilanzsumme durch die Erfassung der Nutzungsrechte und der Leasingverbindlichkeiten für diese Leasingverhältnisse. Des Weiteren wird sich auch die Art der Aufwendungen ändern, die mit diesen Leasingverhältnissen verbunden sind, da mit IFRS 16 die linearen Aufwendungen für Operating-Leasingverhältnisse im Sinne des IAS 17 durch einen Abschreibungsaufwand für Nutzungsrechte und Zinsaufwendungen für Leasingverbindlichkeiten ersetzt werden.

Die Österreichische Post geht auf Basis ihrer aktuellen Einschätzung davon aus, dass es zum 1. Jänner 2019 zu einem Ansatz von Nutzungsrechten und Leasingverbindlichkeiten in Höhe von 269,4 Mio EUR kommen wird. Aus dem resultierenden Anstieg der Bilanzsumme wird ein Rückgang der Eigenkapitalquote um 5,7%-Punkte erwartet. Für bestehende Finanzierungsleasingverhältnisse wird es in der Bilanz zu keinem Umgliederungsbedarf kommen, da die Nutzungsrechte innerhalb der jeweiligen Bilanzposten (vor allem Sachanlagen) ausgewiesen werden.

Auf Basis einer vorläufigen Einschätzung wird erwartet, dass sich auf Basis der zum 1. Jänner 2019 bestehenden Verhältnissen die Mietaufwendungen der Österreichischen Post im Jahr 2019 um 32,1 Mio EUR reduzieren und sich dagegen die planmäßigen Abschreibungen um 30,0 Mio EUR sowie die Aufwendungen aus Zinsen um 4,2 Mio EUR erhöhen werden. Es wird ein Anstieg des EBITDA um 32,1 Mio EUR und ein Anstieg der EBITDA-Marge um 1,6%-Punkte erwartet.

Gemäß IAS 17 werden alle Leasingzahlungen für Operating-Leasingverhältnisse im Rahmen des Cashflows aus Geschäftstätigkeit dargestellt. Die Anwendung von IFRS 16 wird den Cashflow aus Geschäftstätigkeit voraussichtlich um 32,1 Mio EUR erhöhen und den Cashflow aus Finanzierungstätigkeit um denselben Betrag verringern, da sowohl die Tilgungskomponente als auch die Zinskomponente der Leasingzahlung zukünftig im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ausgewiesen werden.

Aus den bestehenden Leasingverhältnissen, in denen die Österreichische Post als Leasinggeber auftritt, als auch aus Subleasingverhältnissen, in denen die Österreichische Post als Zwischenleasinggeber fungiert, werden keine wesentlichen Änderungen erwartet.

Sonstige Die anderen neuen und geänderten Standards haben voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Österreichischen Post AG.

3.2 Änderungen in der Darstellung des Konzernabschlusses und Anpassung der Vorjahreszahlen

Konzern-Cashflow-Statement Der Ausweis von gezahlten Steuern im Konzern-Cashflow-Statement wurde im Geschäftsjahr 2018 angepasst. Diese wurden bisher

gesondert innerhalb der Überleitung vom Ergebnis vor Ertragsteuern zum Cashflow aus dem Ergebnis ausgewiesen. Nunmehr erfolgt der Ausweis nach dem Cashflow aus dem Ergebnis im Rahmen der Ermittlung des Cashflows aus Geschäftstätigkeit.

Die Ausweisanpassung wirkt sich wie folgt auf das Konzern-Cashflow-Statement aus:

Mio EUR	2017 (bisherige Darstellung)	2017 (neue Darstellung)	2018 (bisherige Darstellung)	2018 (neue Darstellung)
Gezahlte Steuern	-42,9	0,0	-64,2	0,0
Cashflow aus dem Ergebnis	273,7	316,6	288,7	352,9
Gezahlte Steuern	0,0	-42,9	0,0	-64,2
Cashflow aus der Geschäftstätigkeit	255,7	255,7	295,9	295,9

3.3 Wesentliche Änderungen aufgrund der erstmaligen Anwendung von IFRS 9 Finanzinstrumente und IFRS 15 Erlöse aus Verträgen mit Kunden

Die Österreichische Post hat IFRS 9 und IFRS 15 erstmalig zum 1. Jänner 2018 angewendet. Vergleichsinformationen für vorhergehende Perioden wurden nicht angepasst. Ergebniswirksame Effekte aus der Anwendung der neuen Standards sind in der Gewinnrücklage zum 1. Jänner 2018 erfasst. Die Anpassungen aus den neuen Standards sind daher nicht rückwirkend in der Bilanz zum 31. Dezember 2017, sondern in der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 2018 erfasst.

Die folgende Tabelle zeigt die notwendigen Anpassungen auf Ebene der einzelnen Bilanzposten. Die Anpassungen im Einzelnen werden nachfolgend je Standard im Detail erläutert.

Mio EUR	31.12.2017	Anpassungen IFRS 9	Anpassungen IFRS 15	01.01.2018
AKTIVA				
Langfristige Vermögenswerte				
Geschäfts- oder Firmenwerte	62,1			62,1
Immaterielle Vermögenswerte	24,7			24,7
Sachanlagen	615,7			615,7
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	85,0			85,0
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	8,1			8,1
Andere finanzielle Vermögenswerte	86,4			86,4
Vertragsvermögenswerte	0,0		0,3	0,3
Sonstige Forderungen	19,0			19,0
Latente Steueransprüche	72,2	-0,1		72,0
	973,1	-0,1	0,3	973,2
Kurzfristige Vermögenswerte				
Andere finanzielle Vermögenswerte	44,6			44,6
Vorräte	22,0		-8,8	13,3
Vertragsvermögenswerte	0,0		6,6	6,6
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	343,6	0,8	15,2	359,6
Steuererstattungsansprüche	1,0			1,0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	290,0	-0,1		289,8
	701,1	0,7	13,1	714,9
	1.674,2	0,5	13,4	1.688,1
PASSIVA				
Eigenkapital				
Grundkapital	337,8			337,8
Kapitalrücklagen	91,0			91,0
Gewinnrücklagen	287,7	0,6	5,1	293,3
Andere Rücklagen	-18,5	-0,1		-18,6
Eigenkapital der Aktionäre des Mutterunternehmens	697,9	0,5	5,1	703,5
Nicht beherrschende Anteile	0,9			0,9
	698,8	0,5	5,1	704,4
Langfristige Schulden				
Rückstellungen	385,1			385,1
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	3,4			3,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	39,3			39,3
Vertragsverbindlichkeiten	0,0			0,0
Latente Steuerschulden	1,1		1,7	2,8
	428,9	0,0	1,7	430,6
Kurzfristige Schulden				
Rückstellungen	178,6			178,6
Steuerschulden	13,2			13,2
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	3,4			3,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	351,2		-24,2	327,0
Vertragsverbindlichkeiten	0,0		30,9	30,9
	546,5	0,0	6,6	553,2
	1.674,2	0,5	13,4	1.688,1

3.3.1 IFRS 9 FINANZINSTRUMENTE

IFRS 9 Finanzinstrumente enthält Vorschriften für Ansatz, Klassifizierung, Bewertung und Ausbuchung von Finanzinstrumenten und ersetzt in diesen Bereichen den bisher relevanten Standard IAS 39 Finanzinstrumente.

Die erstmalige Anwendung von IFRS 9 mit 1. Jänner 2018 führte zur Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie zur Adaptierung der bis zum 31. Dezember 2017 im Konzernabschluss erfassten

Beträge. In Übereinstimmung mit IFRS 9.7.2.15 wurden Vergleichszahlen nicht rückwirkend angepasst. Ergebniswirksame Effekte aus der Anwendung der neuen Standards wurden in der Gewinnrücklage zum 1. Jänner 2018 erfasst.

Auswirkungen auf das Eigenkapital

Aus der erstmaligen Anwendung des IFRS 9 Finanzinstrumente ergeben sich die folgenden Anpassungen im Eigenkapital zum 1. Jänner 2018:

Mio EUR	Erläuterung	Markt- bewertungs- rücklage	FVOCI- Rücklage	Gewinnrücklagen	Eigenkapital
Stand zum 31. Dezember 2017 (IAS 39)		2,4	-	287,7	698,8
Klassifizierung					
Umgliederung Wertpapiere von zur Veräußerung verfügbar in FVTPL	A)	-0,1	0,0	0,1	0,0
Umgliederung Andere Anteile von zur Veräußerung verfügbar in FVOCI	C)	-2,2	2,2	0,0	0,0
Umgliederung Wertpapiere von zur Veräußerung verfügbar in FVOCI	B)	-0,1	0,1	0,0	0,0
		-2,4	2,3	0,1	0,0
Wertminderung					
Erwartete Kreditverluste Wertpapiere FVOCI	B)	0,0	0,0	0,0	0,0
Erwartete Kreditverluste Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	F)	0,0	0,0	0,7	0,7
Latente Steuern auf erwartete Kreditverluste		0,0	0,0	-0,1	-0,1
		0,0	0,0	0,5	0,5
Stand zum 1. Jänner 2018 (IFRS 9)		0,0	2,3	288,3	699,3

Die Anpassungen hatten keinen Effekt auf die nicht beherrschenden Anteile.

Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten

Mit der erstmaligen Anwendung von IFRS 9 Finanzinstrumente zum 1. Jänner 2018 hat der Österreichische Post-Konzern beurteilt, welche Geschäftsmodelle für

die vom Konzern gehaltenen finanziellen Vermögenswerte gelten, und hat die Finanzinstrumente den IFRS-9-Bewertungskategorien zugeordnet. Die Auswirkungen der damit verbundenen Neuklassifizierung stellen sich wie folgt dar:

Mio EUR	Erläuterung	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (FVTPL)	Zur Veräußerung verfügbar	Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert (FVOCI)	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Gesamt
Finanzielle Vermögenswerte zum 31. Dezember 2017 (IAS 39)		0,1	130,8	0,0	547,9	678,8
Umgliederung Wertpapiere	A), B)	60,1	-80,6	20,5	0,0	0,0
Umgliederung Andere Anteile	C)	0,0	-50,2	50,2	0,0	0,0
Umgliederung von Vorräten zu sonstigen Forderungen (Erstanwendung IFRS 15)	D)	0,0	0,0	0,0	4,3	4,3
Umgliederung der Forderung noch nicht erbrachte Leistungen zu Vertragsverbindlichkeiten (Erstanwendung IFRS 15)	E)	0,0	0,0	0,0	10,9	10,9
Anpassung der Wertberichtigung beim Übergang auf IFRS 9	F)	0,0	0,0	0,0	0,7	0,7
Finanzielle Vermögenswerte zum 1. Jänner 2018 (IFRS 9)		60,3	0,0	70,7	563,8	694,7

Bei den finanziellen Verbindlichkeiten ergaben sich gegenüber der Einstufung zum 31. Dezember 2017 keine Änderungen.

A) Umgliederung Wertpapiere Wertpapiere (Anteile an Investmentfonds und Schuldverschreibungen) mit einem Buchwert von 60,1 Mio EUR wurden von der Kategorie Zur Veräußerung verfügbar in die Kategorie Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert umgegliedert. Bei diesen Wertpapieren war das Zahlungsstromkriterium nicht erfüllt, da Zahlungsströme generiert werden, die gemäß IFRS 9 nicht nur Tilgungs- und Zinszahlungen darstellen. Die in der Marktbewertungsrücklage erfassten Anpassungen an den beizulegenden Zeitwert wurden in die Gewinnrücklagen umgegliedert.

B) Umgliederung Wertpapiere Wertpapiere (Schuldverschreibungen) mit einem Buchwert von 20,5 Mio EUR wurden von der Kategorie Zur Veräußerung verfügbar in die Kategorie Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert umgegliedert. Diese Titel erfüllen das Zahlungsstromkriterium und werden im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten, dessen Zielsetzung sowohl in der Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme als auch in dem Verkauf der finanziellen Vermögenswerte besteht. Die in der Marktbewertungsrücklage erfassten Anpassungen an den beizulegenden Zeitwert wurden in die FVOCI-Rücklage umgegliedert. Erwartete Kreditverluste zum 1. Jänner 2018 in betraglich unwesentlicher Höhe wurden ebenfalls in der FVOCI-Rücklage erfasst.

C) Umgliederung andere Anteile Andere Anteile (Eigenkapitalinstrumente) mit einem Buchwert von 50,2 Mio EUR wurden von der Kategorie Zur Veräußerung verfügbar in die Kategorie Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert umgegliedert. Da die genannten Anteile ausschließlich aus strategischen Zwecken gehalten werden, wurde die sogenannte FVOCI-Option gemäß IFRS 9.4.1.4 ausgeübt. Die in der Marktbewertungsrücklage erfassten Anpassungen an den beizulegenden Zeitwert wurden in die FVOCI-Rücklage umgegliedert.

D) Umgliederung von Vorräten zu sonstigen Forderungen (Erstanwendung IFRS 15) Im Zusammenhang mit dem Vertrieb von A1-Hardware und anderen Produkten sind vertragliche Vorauszahlungen zu leisten, die zum 31. Dezember 2017 unter den Vorräten ausgewiesen wurden. Da diese Vertriebstätigkeit nach IFRS 15 als Vermittlungsleistung einzustufen ist, wurden geleistete Vorauszahlungen in Höhe von 4,3 Mio EUR zum 1. Jänner 2018 als Finanzierungsforderung unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Forderungen ausgewiesen.

E) Umgliederung der Forderung noch nicht erbrachte Leistungen zu Vertragsverbindlichkeiten (Erstanwendung IFRS 15) Bis zum 31. Dezember 2017 wurde der noch nicht erfüllte Teil einer bereits fakturierten Leistungsverpflichtung von den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Forderungen in Abzug gebracht (Nettoausweis). Nach Neueinstufung dieses Sachverhaltes

gemäß IFRS 15 besteht bereits ein unbedingter Anspruch auf den Erhalt einer Zahlung, weshalb der bislang von den Forderungen in Abzug gebrachte Betrag unter den Vertragsverbindlichkeiten ausgewiesen wird (Bruttoausweis).

F) Anpassung der Wertberichtigungen beim Übergang auf IFRS 9 Die Umstellung von den zum 31. Dezember 2017 bestehenden Wertberichtigungen auf die Wertberichtigungen für erwartete Kreditverluste gemäß den Vorschriften des IFRS 9 führte zu einer Buchwertänderung in Höhe von 0,7 Mio EUR. Dieser Effekt wurde in den Gewinnrücklagen erfasst.

Der Österreichische Post-Konzern hat folgende Arten an finanziellen Vermögenswerten und Vertragsvermögenswerten, die dem neuen Modell der erwarteten Kreditverluste gemäß IFRS 9 unterliegen:

- Wertpapiere der Kategorie FVOCI
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- Sonstige Forderungen
- Forderungen gegenüber Banken
- Vertragsvermögenswerte

Bei den Wertpapieren der Kategorie FVOCI sowie bei den Forderungen gegenüber Banken waren die zum 1. Jänner 2018 erstmalig zu bildenden Wertberichtigungen betraglich unwesentlich. Bei den Vertragsvermögenswerten liegt eine treuhändische Hinterlegung in Höhe der erfassten bedingten Forderungen und damit eine vollständige Besicherung vor. Entsprechend wurden keine Wertberichtigungen erfasst.

Die Wertberichtigung für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zum 31. Dezember 2017 wird wie folgt auf den Eröffnungsbilanzwert der Wertberichtigung zum 1. Jänner 2018 übergeleitet:

Mio EUR	Wertberichtigung – Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
Stand zum 31. Dezember 2017 (IAS 39)	7,1
Anpassung Wertberichtigung	-0,6
Ausbuchungen	-2,8
Stand zum 1. Jänner 2018 (IFRS 9)	3,7

Zum 1. Jänner 2018 wurden bereits im Status der Insolvenz befindliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bis auf die noch zu erwartenden Zahlungseingänge im Rahmen des Insolvenzverfahrens ausgebucht. Im Ausmaß der Ausbuchung waren diese Forderungen bereits zum 31. Dezember 2017 vollständig wertberichtigt.

Die Wertberichtigung für sonstige Forderungen zum 31. Dezember 2017 wird wie folgt auf den Eröffnungsbilanzwert der Wertberichtigung zum 1. Jänner 2018 übergeleitet:

Mio EUR	Wertberichtigung – Sonstige Forderungen
Stand zum 31. Dezember 2017 (IAS 39)	13,7
Anpassung Wertberichtigung	-0,2
Ausbuchungen	-7,2
Stand zum 1. Jänner 2018 (IFRS 9)	6,3

Zum 1. Jänner 2018 wurden bereits vollständig wertberichtigte sonstige Forderungen aus Schadensersatzansprüchen in Höhe von 7,2 Mio EUR vollständig bzw. teilweise ausgebucht, da nach angemessener Einschätzung nicht mehr davon auszugehen war, dass diese Forderungen eingehen werden.

3.3.2 IFRS 15 ERLÖSE AUS VERTRÄGEN MIT KUNDEN

IFRS 15 Erlöse aus Verträgen mit Kunden ersetzt die bisherigen Vorschriften zur Erlösrealisierung gemäß IAS 18 Erträge und IAS 11 Fertigungsaufträge sowie die dazugehörigen Interpretationen. Mit dem neuen Standard werden einheitlich Grundprinzipien festgelegt, in welcher Höhe und zu welchem Zeitpunkt bzw. über welchen Zeitraum hinweg Erlöse zu realisieren sind. Der Standard bietet dafür ein prinzipienbasiertes fünfstufiges Modell, das auf alle Kategorien von Umsatztransaktionen mit Kunden anzuwenden ist, die in den Anwendungsbereich von IFRS 15 fallen. Umsatzerlöse werden realisiert, wenn der Kunde die Verfügungsmacht über die Güter oder Dienstleistungen erhält.

Die erstmalige Anwendung von IFRS 15 mit 1. Jänner 2018 führte zur Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und zur Anpassung der bis zum 31. Dezember 2017 im Konzernabschluss erfassten Beträge. Die Anwendung des neuen Standards erfolgte nach dem modifizierten retrospektiven Ansatz gemäß IFRS 15.C. Damit kommt es zu keiner Anpassung der Vergleichsinformationen für vorhergehende Perioden, sondern zu einer kumulierten Anpassung ergebniswirksamer Effekte im Eigenkapital zum 1. Jänner 2018.

Auswirkungen auf das Eigenkapital

Aus der erstmaligen Anwendung des IFRS 15 Erlöse aus Verträgen mit Kunden ergeben sich die folgenden Anpassungen im Eigenkapital zum 1. Jänner 2018:

Mio EUR	Erläuterung	Gewinnrücklage
Stand zum 1. Jänner 2018 (IAS 18 – nach Anpassung IFRS 9)		288,3
Zeitraumbezogene Erlösrealisierung des Kerngeschäfts	G)	2,6
Zeitraumbezogene Erlösrealisierung des Immobilienprojektes	J)	3,9
Kosten für die Anbahnung eines Vertrages	K)	0,3
Erhöhung der latenten Steuerschulden	J), K)	-1,7
Gesamteffekt (IFRS 15)		5,1
Stand zum 1. Jänner 2018 (IFRS 9 und IFRS 15)		293,3

Auswirkungen auf die Bilanz

Zusammenfassend wurden zum Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung (1. Jänner 2018) folgende Anpassungen an den in der Bilanz zum 31. Dezember 2017 ausgewiesenen Beträgen vorgenommen:

Mio EUR	Erläuterung	31.12.2017 (IAS 18)	Umgliederung	Neubewertung	01.01.2018 (IFRS 15)
AKTIVA					
Langfristige Vermögenswerte					
Vertragsvermögenswerte	K)	0,0		0,3	0,3
Kurzfristige Vermögenswerte					
Vorräte	J), L)	22,0	-8,8		13,3
Vertragsvermögenswerte	I), J)	0,0	2,8	3,9	6,6
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	H), L)	343,6	15,2		358,8
PASSIVA					
Eigenkapital					
Gewinnrücklagen		287,7		5,1	292,7
Langfristige Schulden					
Latente Steuerschulden	J), K)	1,1		1,7	2,8
Kurzfristige Schulden					
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	I)	351,2	-24,2		327,0
Vertragsverbindlichkeiten	G), H), I)	0,0	33,4	-2,6	30,9

G) Zeitraumbezogene Erlösrealisierung des Kerngeschäfts Im Bereich der wesentlichen Geschäftstätigkeit der Österreichischen Post, mithin der Annahme, Sortierung und Zustellung von Brief- und Paketsendungen, ergaben sich nur geringfügige Anpassungen. Diese ergaben sich daraus, dass derartige Leistungsverpflichtungen nach IFRS 15 als über einen Zeitraum erfüllt (over time) einzustufen sind, während bisher die Leistungserfüllung mit Abgabe der Sendung an den Adressaten als erfüllt galt. Dadurch erfolgt eine geringfügige zeitliche Vorverlegung der Umsatzrealisierung. Entsprechend wird die Vorgehensweise bei der Ermittlung der Erlösabgrenzungen zu den Stichtagen angepasst. Der Effekt aus der Anpassung in Höhe von 2,6 Mio EUR wurde in den Gewinnrücklagen erfasst und führte in gleicher Höhe zu einer Reduktion der Vertragsverbindlichkeiten.

H) Vertragsverbindlichkeiten Die Annahme einer Sendung in einer Post-Aufgabestelle (d. h. zu Beginn der Leistungsverpflichtung) löst die Fakturierung und damit verbunden die Realisation von Umsatzerlösen sowie den Ansatz einer Forderung aus. Da zu diesem Zeitpunkt im Regelfall nur ein Teil der Leistungsverpflichtung bereits erbracht wurde, wurden unter IAS 18 die noch nicht erbrachten Leistungen als Erlösabgrenzung und Verringerung der Forderungen erfasst. Nach IFRS 15 ist eine Forderung einzustellen, sobald ein unbedingter Anspruch auf den Erhalt einer Zahlung besteht. Mit Annahme der Sendung in einer Post-Aufgabestelle verpflichtet sich der Österreichische Post-Konzern, innerhalb kurzer Zeit eine Leistung zu erbringen und hat gleichzeitig einen Anspruch auf Inrechnungstellung und Erhalt einer Zahlung vom Kunden. Der noch nicht erbrachte Teil der Leistungsverpflichtung wird ab 1. Jänner 2018 als Vertragsverbindlichkeit statt als Verringerung der Forderungen ausgewiesen. Dies führt zu einer aktivseitigen Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und einer korrespondierenden Einstellung einer Vertragsverbindlichkeit in Höhe von 10,9 Mio EUR.

I) Vertragsverbindlichkeiten Erhaltene Vorauszahlungen für noch nicht erbrachte Leistungen, insbesondere im Zusammenhang mit Postwertzeichen und Erlösen aus Absender-Freistempelmaschinen, wurden bisher in der Bilanz in den sonstigen Verbindlichkeiten als passiver Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Da sich der Österreichische Post-Konzern mit Erhalt der Vorauszahlung zur Erbringung einer Leistung verpflichtet, wurde mit 1. Jänner 2018 eine Umgliederung in die Vertragsverbindlichkeiten in Höhe von 24,2 Mio EUR vorgenommen. 1,6 Mio EUR bereits erhaltener Vorauszahlungen im Zusammenhang mit dem Immobilienprojekt Neutorgasse 7 wurden mit den kurzfristigen Vertragsvermögenswerten saldiert.

J) Zeitraumbezogene Erlösrealisierung des Immobilienprojektes Für das Immobilienprojekt Neutorgasse 7

ergaben sich grundsätzliche Änderungen in der Realisierung von Umsatzerlösen nach IFRS 15. Anstelle einer zeitpunktbezogenen Umsatzrealisation bei Übergabe einer Wohnung nach IAS 18 ist nach IFRS 15 die Umsatzrealisierung vertragsbezogen über den Zeitraum der Herstellung der Wohneinheiten vorzunehmen. Als Maßstab für die Bestimmung des Leistungsfortschrittes wird der Fertigstellungsgrad auf Basis der Relation von bisher angefallenen zu den gesamten erwarteten Herstellungskosten (Cost-to-cost Method) herangezogen. Somit wurde der vormals im Vorratsvermögen ausgewiesene Leistungsfortschritt im Ausmaß von 4,4 Mio EUR zu den Vertragsvermögenswerten umgegliedert. Saldiert mit den zum 1. Jänner 2018 bereits vorhandenen Vertragsverbindlichkeiten in Form von erhaltenen Vorauszahlungen in Höhe von 1,6 Mio EUR ergibt sich insgesamt eine Umgliederung in Höhe von 2,8 Mio EUR. Weiters wurden Vertragsvermögenswerte in Höhe des anteilig zu realisierenden Ertrags von 3,9 Mio EUR aktiviert. Diese Aktivierung führte zu einer Erhöhung der latenten Steuerschulden in Höhe von 1,0 Mio EUR.

K) Kosten für die Anbahnung eines Vertrages Im Zuge der Anbahnung und des Abschlusses eines Vertrages über den Verkauf von Wohnungen des Immobilienprojektes Neutorgasse 7 wurden bislang zusätzliche Kosten in Form von Maklergebühren als Aufwand erfasst, da sie keines der Ansatzkriterien für einen Vermögenswert erfüllten. Diese Kosten sind nach IFRS 15 zu aktivieren und über die Vertragslaufzeit abzuschreiben. Zum 1. Jänner 2018 kam es somit zu einem Ansatz dieser Kosten unter Berücksichtigung der bereits vorzunehmenden Abschreibung von Vertragskosten gegen die Gewinnrücklagen in Höhe von 0,3 Mio EUR sowie einer Erhöhung der latenten Steuerschulden von 0,1 Mio EUR. Der Vermögenswert wird im weiteren Verlauf linear über die Vertragslaufzeit abgeschrieben.

L) Vorräte Anpassungen waren im Geschäftsbereich der Erbringung von Vertriebsleistungen in den Filialen, insbesondere bei Telekomprodukten, notwendig. Diese ergaben sich aufgrund der im Vergleich zu IAS 18 geänderten Vorgaben des IFRS 15 zur Beurteilung der Konstellation Prinzipal oder Agent. Entsprechend waren hier einzelne Verträge als Erbringung von Vermittlungsleistungen einzustufen, weshalb ab 1. Jänner 2018 anstelle der Umsatzerlöse aus dem Verkauf der Produkte (Bruttomethode) nur die Umsatzerlöse in Höhe der erhaltenen Provision (Nettomethode) auszuweisen sind. Im Zusammenhang mit der Vermittlung dieser Produkte sind vertragliche Vorauszahlungen zu leisten, die zum 31. Dezember 2017 unter den Vorräten ausgewiesen wurden. Da diese Vertriebstätigkeit nach IFRS 15 als Vermittlungsleistung einzustufen ist, wurden geleistete Vorauszahlungen in Höhe von 4,3 Mio EUR zum 1. Jänner 2018 als Finanzierungsforderung unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Forderungen ausgewiesen.

Auswirkungen auf die Berichtsperiode

In der nachfolgenden Tabelle sind die Auswirkungen aus der Anwendung von IFRS 15 für die betroffenen Abschlussposten der Berichtsperiode dargestellt:

Mio EUR	2018 (wie berichtet unter IFRS 15)	Überleitung	2018 (ohne Anwendung von IFRS 15)
Umsatzerlöse	1.958,5	7,5	1.966,0
Sonstige betriebliche Erträge	96,2	-17,9	78,2
Gesamte betriebliche Erträge	2.054,6	-10,5	2.044,2
Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen	-441,2	-7,3	-448,6
Personalaufwand	-1.008,7	0,0	-1.008,7
Abschreibungen	-94,5	0,0	-94,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-295,7	11,0	-284,8
Gesamte betriebliche Aufwendungen	-1.840,2	3,6	-1.836,6
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	214,5	-6,8	207,6
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	-3,6	0,0	-3,6
Finanzerträge	8,5	0,0	8,5
Finanzaufwendungen	-21,6	0,0	-21,6
Sonstiges Finanzergebnis	-13,1	0,0	-13,1
Finanzergebnis	-16,7	0,0	-16,7
Ergebnis vor Ertragsteuern	197,8	-6,8	191,0
Ertragsteuern	-53,6	1,9	-51,7
Periodenergebnis	144,2	-5,0	139,2

Mio EUR	31.12.2018 (wie berichtet unter IFRS 15)	Überleitung	31.12.2018 (ohne Anwendung von IFRS 15)
AKTIVA			
Langfristige Vermögenswerte			
Geschäfts- oder Firmenwerte	58,7	0,0	58,7
Immaterielle Vermögenswerte	24,5	0,0	24,5
Sachanlagen	652,8	0,0	652,8
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	78,4	0,0	78,4
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	9,2	0,0	9,2
Andere finanzielle Vermögenswerte	62,4	0,0	62,4
Vertragsvermögenswerte	0,1	-0,1	0,0
Sonstige Forderungen	14,5	0,0	14,5
Latente Steueransprüche	77,6	0,6	78,2
	978,2	0,5	978,7
Kurzfristige Vermögenswerte			
Andere finanzielle Vermögenswerte	45,4	0,0	45,4
Vorräte	17,3	18,8	36,1
Vertragsvermögenswerte	23,5	-23,5	0,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	305,7	-3,6	302,1
Steuererstattungsansprüche	1,0	0,0	1,0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	310,0	0,0	310,0
	702,8	-8,2	694,6
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	0,3	0,0	0,3
	1.681,2	-7,7	1.673,5
PASSIVA			
Eigenkapital			
Grundkapital	337,8	0,0	337,8
Kapitalrücklagen	91,0	0,0	91,0
Gewinnrücklagen	298,5	-10,1	288,4
Andere Rücklagen	-30,1	0,0	-30,1
Eigenkapital der Aktionäre des Mutterunternehmens	697,1	-10,1	687,1
Nicht beherrschende Anteile	2,0	0,0	2,0
	699,1	-10,1	689,1
Langfristige Schulden			
Rückstellungen	386,3	0,0	386,3
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	3,5	0,0	3,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	31,1	0,0	31,1
Vertragsverbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0
Latente Steuerschulden	0,8	-2,9	-2,1
	421,7	-2,9	418,8
Kurzfristige Schulden			
Rückstellungen	164,8	0,0	164,8
Steuerschulden	6,8	0,0	6,8
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	6,8	0,0	6,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	333,0	54,2	387,2
Vertragsverbindlichkeiten	49,0	-49,0	0,0
	560,4	5,3	565,7
	1.681,2	-7,7	1.673,5

Die Auswirkungen aus der Anwendung von IFRS 15 ergeben sich im Wesentlichen aus den folgenden Sachverhalten. Betreffend die Erläuterung der wesentlichen Unterschiede in der Bilanzierung dieser Sachverhalte im Vergleich zu den bis 31. Dezember 2017 geltenden IFRS-Standards verweisen wir auf die obigen Ausführungen:

Erlösrealisierung des Immobilienprojektes

Neutorgasse 7

Ohne der zeitraumbezogenen Erlösrealisierung nach IFRS 15 des Immobilienprojektes Neutorgasse 7 wären die sonstigen betrieblichen Erträge um 17,9 Mio EUR und das Periodenergebnis um 5,1 Mio EUR im Geschäftsjahr 2018 geringer. Ebenso wären die Vertragsvermögenswerte mit einem Buchwert von 23,4 Mio EUR, unter Abzug des darin bereits enthaltenen Ergebnisbeitrages sowie der darin enthaltenen Saldierung mit den Vertragsverbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen, zum 31. Dezember 2018 in Höhe von 15,2 Mio EUR unter den Vorräten auszuweisen.

Vorräte – Beurteilung Prinzipal oder Agent

Ohne die nach IFRS 15 geänderte Einstufung von Vertriebsleistungen in den Filialen, insbesondere bei Telekomprodukten, wäre der Umsatz im Geschäftsjahr 2018 um 7,5 Mio EUR höher gewesen. Weiters wären zum Stichtag 31. Dezember 2018 3,6 Mio EUR an Handelswaren wieder unter den Vorräten anstelle unter den sonstigen Forderungen auszuweisen. Aus der geänderten Bilanzierung ergab sich kein Ergebniseffekt.

Vertragsverbindlichkeiten

Vertragsverbindlichkeiten in Höhe von 49,0 Mio EUR zum 31. Dezember 2018 enthalten mit 41,0 Mio EUR erhaltene Vorauszahlungen, die ohne Anwendung des IFRS 15 unter den sonstigen Verbindlichkeiten auszuweisen wären. Weitere 7,8 Mio EUR an Vertragsverbindlichkeiten betreffen die Fakturierung und Realisation von Umsatzerlösen bereits bei Übernahme von Brief- und Paketsendungen und damit vor vollständiger Leistungserbringung. Diese wären ebenfalls unter den sonstigen Verbindlichkeiten auszuweisen.

4. Konsolidierungskreis

4.1 Konsolidierungsgrundsätze

In den Konzernabschluss werden alle Unternehmen, die unter der Beherrschung der Österreichischen Post AG stehen (Tochterunternehmen), im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Die Einbeziehung beginnt mit dem Zeitpunkt des Erlangens der Beherrschung und endet mit deren Wegfall. Die erstmalige Einbeziehung in den Konzernabschluss erfolgt im Erwerbsfall unter Verwendung der Erwerbsmethode nach IFRS 3. Nach der Erwerbsmethode entsprechen die Anschaffungskosten des Erwerbes dem beizulegenden Zeitwert der übertragenen Gegenleistung (z. B. Zahlungsmittel, sonstige Vermögenswerte, bedingte Gegenleistungen, Eigenkapitalinstrumente), die den Zeitwerten der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden gegenübergestellt werden. Positive Unterschiedsbeträge aus der Gegenüberstellung werden als Geschäfts- oder Firmenwerte erfasst, negative Unterschiedsbeträge werden sofort ergebniswirksam erfasst. Anschaffungsnebenkosten werden nicht angesetzt, sondern ergebniswirksam erfasst.

Gemeinschaftsunternehmen nach IFRS 11 sowie Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird (assoziierte Unternehmen), werden nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen. Bei der Equity-Methode werden die Anteile zunächst mit den Anschaffungskosten angesetzt und in der Folge um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen der Unternehmen erhöht bzw. vermindert. Negative Eigenkapitalveränderungen werden über die fortgeschriebenen Anschaffungskosten hinaus gegen langfristige sonstige Anteile (z. B. Darlehen) erfasst, sofern diese nach ihrem wirtschaftlichen Gehalt Teil der Nettoinvestition in das assoziierte Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen sind.

Alle konzerninternen Vermögenswerte, Schulden und Eigenkapital sowie Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit Geschäftsvorfällen zwischen Konzernunternehmen werden im Rahmen der Konsolidierung eliminiert.

4.2 Änderungen im Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss sind neben der Österreichischen Post AG 24 inländische (31.12.2017: 23) und elf ausländische (31.12.2017: elf) Tochterunternehmen einbezogen. Weiters werden vier inländische (31.12.2017: fünf) und zwei ausländische (31.12.2017: zwei) Unternehmen nach der Equity-Methode bilanziert.

Im Jahr 2018 haben folgende Änderungen im Konsolidierungskreis sowie Unternehmenszusammenschlüsse im Österreichischen Post-Konzern stattgefunden:

Name der Gesellschaft	Anteil am Kapital		Transaktionszeitpunkt	Erläuterung
	von	auf		
BRIEF, WERBEPOST & FILIALEN				
Weber Escal d.o.o., Hrvatski Leskovac	100,00%	0,00%	01.01.2018	Segmentwechsel
sendhybrid ÖPBD GmbH, Graz	26,00%	51,00%	01.07.2018	Akquisition
PAKET & LOGISTIK				
Weber Escal d.o.o., Hrvatski Leskovac	0,00%	100,00%	01.01.2018	Segmentwechsel
PHS Logistiktechnik GmbH, Graz	26,00%	40,00%	23.10.2018	Akquisition
CORPORATE				
Verteilzentrum Hagenbrunn Vermietungs GmbH, Wien	0,00%	100,00%	09.04.2018	Akquisition
Verteilzentrum Hagenbrunn Vermietungs GmbH, Wien (Österreichische Post AG, Wien) ¹	100,00%	0,00%	21.12.2018	Verschmelzung
ADELHEID GmbH, Berlin	50,12%	50,44%	26.02.2018	Kapitalerhöhung

¹ Das erstgenannte Konzernunternehmen wurden auf das in Klammer angeführte Konzernunternehmen verschmolzen und ist somit nicht mehr im Konsolidierungskreis vorhanden.

BRIEF, WERBEPOST & FILIALEN

sendhybrid ÖPBD GmbH Mit Stichtag 1. Juli 2018 wurden weitere 25% der Anteile an der sendhybrid ÖPBD GmbH, Graz, erworben, womit sich der Anteil von 26% auf 51% erhöhte. Die Gesellschaft wird ab diesem Zeitpunkt als vollkonsolidiertes Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Davor war die Gesellschaft als assoziiertes Unternehmen im Sinne des IAS 28 eingestuft und wurde unter Anwendung der Equity-Methode bilanziert. Die sendhybrid ÖPBD GmbH ist ein Beratungs- und Kommunikationsunternehmen mit den Schwerpunkten

Prozess- und Marktberatung beim Dokumentenempfang und -versand.

Im Zuge der Kaufpreisallokation wurden Software in Höhe von 3,8 Mio EUR und ein Firmenwert in Höhe von 0,9 Mio EUR angesetzt. Die restlichen beizulegenden Zeitwerte der identifizierbaren Vermögensgegenstände und Schulden der Gesellschaft sind insgesamt unwesentlich. Der Firmenwert resultiert aus den mit der Gesellschaft verbundenen Ertragserwartungen im Zusammenhang mit der E-Brief Strategie der Österreichischen Post.

Mio EUR	Beizulegende Zeitwerte
Ermittlung des Geschäfts- oder Firmenwertes	
Gesamtbetrag der übertragenen Gegenleistung	1,2
Nicht beherrschende Anteile auf Basis des Anteils am Saldo des identifizierbaren Nettovermögens	0,8
Beizulegender Zeitwert des zuvor gehaltenen Anteils	0,6
Saldo der identifizierbaren Vermögenswerte und übernommenen Schulden	-1,7
Geschäfts- oder Firmenwert	0,9
Aufgliederung des Zahlungsmittelab-/zuflusses	
Gesamtbetrag der übertragenen Gegenleistung in bar	0,9
Erworbene Zahlungsmittel	0,0
Tatsächlicher Zahlungsmittelab-/zufluss	0,9

Der Gesamtbetrag der übertragenen Gegenleistung enthält den Buchwert zum Closing Stichtag der für die Anteilserhöhung gehaltenen Call Option in Höhe von 0,2 Mio EUR.

CORPORATE

Verteilzentrum Hagenbrunn Vermietungs GmbH

Am 9. April 2018 hat die Österreichische Post 100 % der Anteile an der Verteilzentrum Hagenbrunn Vermietungs GmbH übernommen. Die Gesellschaft wird ab diesem Zeitpunkt als vollkonsolidiertes Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Die mit der Gesellschaft erworbenen Vermögensgegenstände bestanden im Wesentlichen aus einer Betriebsliegenschaft in Hagenbrunn, Niederösterreich, welche für die Errichtung eines neuen Verteilzentrums vorgesehen ist. Bei den erworbenen Vermögensgegenständen handelt es sich um keinen Geschäftsbetrieb im Sinne des IFRS 3 Unternehmenszusammenschlüsse. Entsprechend wurde der Zugang des Grundstückes als Anschaffungsvorgang unter den Grundstücken und Bauten (15,8 Mio EUR) beziehungsweise Anlagen in Bau (0,8 Mio EUR) erfasst.

Die Gesellschaft wurde im Dezember 2018 auf die Österreichische Post AG verschmolzen.

5. Währungsumrechnung

Die Berichtswährung des Österreichischen Post-Konzerns ist der Euro. Die in ausländischer Währung erstellten Jahresabschlüsse der Konzernunternehmen werden gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währung

in Euro umgerechnet. Die funktionale Währung bestimmt sich nach dem primären wirtschaftlichen Umfeld, in dem die Unternehmen hauptsächlich Zahlungsmittel erwirtschaften und verwenden. Die funktionale Währung für Konzernunternehmen in Österreich und aus Ländern der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist der Euro. Für die übrigen Unternehmen ist die funktionale Währung die jeweilige lokale Währung.

Fremdwährungstransaktionen in der funktionalen Währung Die Konzernunternehmen erfassen in ihren Abschlüssen Geschäftsfälle in der funktionalen Währung mit dem Kurs zum Transaktionszeitpunkt. Die Folgebewertung monetärer Posten erfolgt zum am Bilanzstichtag gültigen Devisenreferenzkurs der Europäischen Zentralbank. Kursgewinne und -verluste werden ergebniswirksam erfasst.

Umrechnung eines ausländischen Geschäftsbetriebes Für die Umrechnung der Abschlüsse von Tochterunternehmen sowie von nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen, deren funktionale Währung nicht der Euro ist, wird die modifizierte Stichtagskursmethode angewendet. Alle Bilanzposten mit Ausnahme des Eigenkapitals werden mit dem zum Bilanzstichtag gültigen Devisenreferenzkurs der Europäischen Zentralbank umgerechnet, die Eigenkapitalposten mit dem historischen Anschaffungs- oder Entstehungskurs. Aufwendungen und Erträge werden mit den durchschnittlichen Devisenreferenzkursen des Geschäftsjahres umgerechnet. Die hieraus entstehenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden ergebnisneutral direkt im Eigenkapital erfasst.

Die der Währungsumrechnung zugrunde gelegten Wechselkurse haben sich im Verhältnis zum Euro wie folgt verändert:

1 EUR	Devisenreferenzkurs am Bilanzstichtag		Jahresdurchschnittskurs	
	31.12.2017	31.12.2018	2017	2018
Bosnische konvertible Mark	1,9558	1,9558	1,9558	1,9558
Bulgarischer Lew	1,9558	1,9558	1,9558	1,9558
Kroatische Kuna	7,4400	7,4125	7,4637	7,4182
Polnischer Zloty	4,1770	n/a	4,2570	n/a
Rumänischer Leu	4,6585	n/a	4,5688	n/a
Serbischer Dinar	118,4727	118,1946	121,3111	118,2617
Tschechische Krone	25,5350	25,7240	25,7603	25,6470
Türkische Lira	4,5464	6,0588	4,1206	5,7077
Ungarischer Forint	310,3300	320,9800	309,1933	318,8897

6. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Den Jahresabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen liegen einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (zusammen die Rechnungslegungsmethoden) zugrunde. In der Anwendung der Rechnungslegungsmethoden hat der Vorstand Ermessensentscheidungen zu treffen. Die zusammenfassende Darstellung der wesentlichen Rechnungslegungsmethoden enthält dazu Angaben über die Anwendung und Auswirkungen der getroffenen Ermessensentscheidungen.

6.1 Erlöse aus Verträgen mit Kunden

Erlöse aus Verträgen mit Kunden werden realisiert, wenn der Kunde die Verfügungsmacht über die Güter bzw. Dienstleistungen erhält. Nachfolgend werden Informationen über die Art, die Höhe, den Zeitpunkt und die Unsicherheit von Erlösen und Zahlungsströmen für die wesentlichen Produktgruppen des Österreichischen Post Konzerns dargestellt.

BRIEFPOST, WERBEPOST & MEDIENPOST

Der Österreichische Post-Konzern erbringt die Annahme, Sortierung und Zustellung von diversen Briefsendungen, Werbesendungen und Printmedien. Unter IFRS 15 sind derartige Leistungsverpflichtungen als über einen Zeitraum erfüllt anzusehen. Insgesamt zeichnen sich die bestehenden Verträge bzw. die zu erbringenden Dienstleistungen in diesem Geschäftsbereich durch einen sehr hohen Grad an Uniformität und sehr kurze Durchlaufzeiten in der Leistungserbringung aus. Als Universaldienstleister ist die Österreichische Post grundsätzlich zur Annahme und Zustellung jeder Sendung verpflichtet. Zusatzleistungen (wie z. B. Einschreiben) werden in der Regel als im Vertragskontext nicht eigenständig abgrenzbare Leistung eingestuft und somit gebündelt mit der Postsendung als einzige Leistungsverpflichtung bilanziert. Bei Auslandssendungen erfolgt im Regelfall die Zustellung an den Empfänger im Ausland in Zusammenarbeit mit internationalen Postbetreibern.

Zur Messung des Leistungsfortschritts werden statistische Erfahrungswerte unter anderem aus regelmäßig durchgeführten Laufzeitmessungen herangezogen. Die Höhe der zu realisierenden Umsatzerlöse wird auf Basis der Relation von bisher angefallenen zu den gesamten Kosten der Zustellung von Briefsendungen, Werbesendungen und Printmedien (Cost-to-cost Method) bestimmt.

Die Annahme einer Sendung in einer Post-Aufgabestelle (d. h. zu Beginn der Leistungsverpflichtung) löst die Fakturierung und damit verbunden die Realisation

von Umsatzerlösen sowie den Ansatz einer Forderung aus. Nach IFRS 15 ist eine Forderung einzustellen, sobald ein unbedingter Anspruch auf den Erhalt einer Zahlung besteht. Mit Annahme der Sendung in einer Post-Aufgabestelle verpflichtet sich die Österreichische Post, innerhalb kurzer Zeit eine Leistung zu erbringen, und hat gleichzeitig einen Anspruch auf Inrechnungstellung und Erhalt einer Zahlung vom Kunden. Für den noch nicht erbrachten Teil der Leistungsverpflichtung wird eine Erlösabgrenzung vorgenommen und eine Vertragsverbindlichkeit erfasst.

Die Bezahlung des Transaktionspreises erfolgt entweder über Vorauszahlung der beauftragten Beförderungsleistung (Verkauf von Briefmarken bzw. Barfreimachung in der Filiale) bzw. bei Geschäftskunden im Nachhinein bei einem durchschnittlichen Zahlungsziel von einem bis zwei Monaten. Entsprechend enthalten Forderungen in der Österreichischen Post im Regelfall keine signifikante Finanzierungskomponente.

Für Vorauszahlungen, die im Zusammenhang mit Postwertzeichen und Erlösen aus Absender-Freistempelmaschinen erhalten werden, wird die noch ausstehende Leistung der Österreichischen Post als Abgrenzung in den Vertragsverbindlichkeiten erfasst. Die Ermittlung der ausstehenden Leistung erfolgt auf Basis von Erfahrungswerten (im Fall von Wertzeichen) bzw. durch Übermittlung historischer Daten im Zuge des Ladeprozesses (im Fall von Absender-Freistempelmaschinen).

Für den Verkauf von Briefsendungen, Werbesendungen und Printmedien an Geschäftskunden werden oftmals Volumenrabatte basierend auf den Umsätzen eines Geschäftsjahres vereinbart, die als variable Gegenleistungen im Sinne des IFRS 15 zu klassifizieren sind. Die Erlöse aus diesen Verkäufen werden in Höhe des im Vertrag festgelegten Preises – abzüglich der geschätzten Volumenrabatte – erfasst. Die Schätzung der erwarteten Volumina basiert auf Erfahrungswerten und wird zu jedem Stichtag aktualisiert. Notwendige Anpassungen erfolgen kumuliert in der Periode der Schätzungsänderung.

MAIL SOLUTIONS

Leistungen im Bereich Mail Solutions umfassen die elektronische Zustellung von Sendungen, das Datenmanagement, Dokumenten-Scanning sowie Poststellenmanagement.

Diese Leistungsverpflichtungen werden überwiegend über einen Zeitraum erfüllt, wobei die Umsatzerlösrealisierung nach Zeitablauf erfolgt. Der Zeitraum der Leistungserstellung liegt grundsätzlich unter einem Monat. Die Bezahlung erfolgt im Regelfall im Nachhinein bei einem durchschnittlichen Zahlungsziel von einem bis zwei Monaten.

FILIALDIENSTLEISTUNGEN

Die vom Filialnetz erbrachten Leistungen umfassen den Verkauf- bzw. die Vermittlung diverser Handelswaren und Post- und Telekomprodukte sowie Leistungen im Rahmen der Kooperation mit der BAWAG P.S.K.

Die Erlöse aus dem Verkauf von Handelswaren werden zeitpunktbezogen mit Übergabe der Ware an den Kunden erfasst. Die Zahlung des Transaktionspreises ist sofort fällig, sobald ein Kunde eine Handelsware erwirbt.

Des Weiteren erbringt die Österreichische Post Vermittlungsleistungen, insbesondere bei Telekomverträgen und -produkten für den Partner A1 Telekom Austria AG. Entsprechend werden diese Umsatzerlöse zum Zeitpunkt der Erbringung der Vermittlungsleistung (z. B. bei Unterzeichnung eines Telekomvertrages durch den A1-Kunden bzw. der Übergabe eines Mobiltelefons an den A1-Kunden) in Höhe der erhaltenen Provisionen (Netto-Methode) erfasst. Im Zusammenhang mit der Vermittlung dieser Produkte sind vertraglich Vorauszahlungen zu leisten, die als Finanzierungsforderung unter den sonstigen Forderungen ausgewiesen werden.

Mit der BAWAG P.S.K. bestand auf Basis einer Kooperationsvereinbarung eine langjährige Zusammenarbeit in den Bereichen Vertrieb von Finanzprodukten, Schaltertransaktionen und gemeinsame Nutzung von Infrastruktur (Filialstandorte). Mit Abschluss der Änderungsvereinbarung Ende 2017 und der Entflechtungsvereinbarung vom 21. Februar 2018 wurde die einvernehmliche und schrittweise Entflechtung der Kooperation bis Ende 2020 vertraglich vereinbart. Für einzelne Leistungen besteht allerdings die Möglichkeit einer vorzeitigen Beendigung. In der Entflechtungsvereinbarung wurden die Modalitäten der Beendigung der Kooperationsvereinbarung sowie Umfang und Vergütung der noch zu erbringenden Leistungen, rückwirkend beginnend mit 1. Jänner 2018, festgelegt. Die zu erbringenden Dienstleistungen umfassen weiterhin den Vertrieb von Finanzprodukten, die Durchführung von Schaltertransaktionen und die Zurverfügungstellung von Filialinfrastruktur, die nach IFRS 15 jeweils als eigenständige Leistungsverpflichtungen einzustufen sind. Die gesamten in der Entflechtungsvereinbarung vorgesehenen Vergütungen umfassen sowohl eine pauschale Abgeltung in Höhe von 20,1 Mio EUR für die vorzeitige Beendigung der Kooperationsvereinbarung, die nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 15 fällt, als auch Vergütungen für noch zu erbringende Dienstleistungen im Anwendungsbereich des IFRS 15. Die Aufteilung der gesamten Vergütung auf die pauschale Abgeltung und Leistungsvergütung einerseits und auf einzelne Leistungsverpflichtungen andererseits erfolgte auf Basis der relativen Einzelveräußerungspreise. Die Erfüllung der Leistungsverpflichtungen und damit die Erfassung der Erlöse erfolgt für alle drei Dienstleistungen im Geschäftsjahr 2018 zeitraumbezogen. Hintergrund dieser Einstufung sind die Art der

Vergütung, die im Wesentlichen pauschale Zahlungen vorsieht, und der Charakter der Leistungserbringung, der in hohem Ausmaß im Vorhalten von Kapazitäten besteht. Anfang 2018 wurde seitens BAWAG P.S.K. zudem eine Vorauszahlung in Höhe von 76,0 Mio EUR auf die erwartete zukünftige Vergütung geleistet. Die zusätzlichen Vergütungen werden jährlich abgerechnet und beglichen. Die Bestimmung der Höhe der pauschalen Abgeltung sowie die Aufteilung der Vergütung auf die einzelnen Leistungsverpflichtungen erfordert Ermessensentscheidungen, insbesondere hinsichtlich der Höhe der relativen Einzelveräußerungspreise und des erwarteten Umfangs der tatsächlich zu erbringenden Leistungen. Ebenso war bei der Festlegung der Erfassung der Erlöse Ermessen im Hinblick auf den Charakter der Leistungserbringung auszuüben.

PAKET & LOGISTIK

Der Österreichische Post-Konzern erbringt die Abholung, Annahme, Sortierung und Zustellung von diversen Paket- und Express-Sendungen. Unter IFRS 15 sind derartige Leistungsverpflichtungen als über einen Zeitraum erfüllt anzusehen. Ein hoher Grad an Standardisierung, Sendungsverfolgung und sehr kurze Durchlaufzeiten charakterisieren die Leistungserbringung dieses Geschäftsbereichs. Zusatzleistungen (wie z. B. Cash on Delivery) werden in der Regel als im Vertragskontext nicht eigenständig abgrenzbare Leistung eingestuft und somit gebündelt mit der Paketsendung als einzige Leistungsverpflichtung bilanziert. Im Innenverhältnis bedient sich die Post diverser Subunternehmen und Frächter, die Teile des Zustellprozesses übernehmen. Bei Auslandssendungen erfolgt im Regelfall die Zustellung an den Empfänger im Ausland in Zusammenarbeit mit internationalen Postbetreibern bzw. Paketdienstleistern.

Zur Messung des Leistungsfortschritts werden die Daten aus der Sendungsverfolgung je Paket herangezogen. Die Höhe der zu realisierenden Umsatzerlöse wird auf Basis der Relation von bisher angefallenen zu den gesamten Kosten der Paketzustellung (Cost-to-cost Method) bestimmt.

Die Annahme einer Sendung in einer Post-Aufgabestelle (d. h. zu Beginn der Leistungsverpflichtung) löst die Fakturierung und damit verbunden die Realisation von Umsatzerlösen sowie den Ansatz einer Forderung aus. Nach IFRS 15 ist eine Forderung einzustellen, sobald ein unbedingter Anspruch auf den Erhalt einer Zahlung besteht. Mit Annahme der Sendung in einer Post-Aufgabestelle verpflichtet sich der Österreichische Post-Konzern innerhalb kurzer Zeit eine Leistung zu erbringen, und hat gleichzeitig einen Anspruch auf Inrechnungstellung und Erhalt einer Zahlung vom Kunden. Für den noch nicht erbrachten Teil der Leistungsverpflichtung wird eine Erlösabgrenzung vorgenommen und eine Vertragsverbindlichkeit erfasst.

Für den Verkauf von Paketen an Geschäftskunden werden oftmals Volumenrabatte basierend auf den Umsätzen eines Geschäftsjahres vereinbart, die als variable Gegenleistungen im Sinne des IFRS 15 zu klassifizieren sind. Die Erlöse aus diesen Verkäufen werden in Höhe des im Vertrag festgelegten Preises – abzüglich der geschätzten Volumenrabatte – erfasst. Die Schätzung der erwarteten Volumina basiert auf Erfahrungswerten und wird zu jedem Stichtag aktualisiert. Die Anpassung erfolgt in der Periode der Schätzungsänderung.

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die Erlöse aus Verträgen mit Kunden des Immobilienprojektes Neutorgasse 7 werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Die Neutorgasse 7 Projektentwicklungs AG & Co OG entwickelt und verkauft Wohnungseinheiten in Wien. Mit Abschluss eines Kaufvertrages für eine bestimmte Wohneinheit ist die Möglichkeit einer alternativen Nutzung nicht mehr gegeben. Somit ergibt sich eine vertragsbezogene Erlösrealisierung über den Zeitraum der Herstellung der Wohneinheiten.

Als Maßstab für die Bestimmung des Leistungsfortschrittes wird der Fertigstellungsgrad auf Basis der Relation von bisher angefallenen zu den gesamten erwarteten Herstellungskosten (Cost-to-cost Method) herangezogen. Die so erfassten Vertragsvermögenswerte werden mit den bislang erhaltenen Zahlungen saldiert.

Maklergebühren, die im Zuge der Anbahnung und des Abschlusses eines Vertrages über den Verkauf von Wohnungen des Immobilienprojektes Neutorgasse 7 anfallen, werden aktiviert und über die Vertragslaufzeit abgeschrieben.

6.2 Beendigung der Zusammenarbeit mit der BAWAG P.S.K.

Mit der BAWAG P.S.K. besteht auf Basis einer Kooperationsvereinbarung eine langjährige Zusammenarbeit in den Bereichen Vertrieb von Finanzprodukten, Schaltertransaktionen und gemeinsame Nutzung von Infrastruktur (Filialstandorte). Mit Schreiben vom 9. November 2017 hat die BAWAG P.S.K. die Kooperationsvereinbarung mit Wirkung zum 31. Dezember 2020 gekündigt. In der Folge wurde zwischen den Parteien die einvernehmliche und schrittweise Entflechtung der Kooperation bis Ende 2020 vertraglich vereinbart. Für einzelne Leistungen besteht allerdings die Möglichkeit einer vorzeitigen Beendigung. Auf Basis der Vereinbarung wird die Österreichische Post weiterhin Schaltertransaktionen für die BAWAG P.S.K. erbringen und Finanzprodukte vertreiben, allerdings in einem im Vergleich zu den Vorjahren insgesamt geringeren Umfang. Zur bilanziellen Behandlung der Entflechtungsvereinbarungen verweisen wir auf Punkt 6.1 Erlöse aus Verträgen mit Kunden.

Aufgrund der erwarteten Reduktion der zu erbringenden Leistungen waren im Geschäftsjahr 2018 weiters Vorsorgen in Form einer Rückstellung für Restrukturierungen in Höhe von insgesamt 21,5 Mio EUR zu bilden. Die notwendigen Restrukturierungen betreffen den geplanten Abbau von Mitarbeitern im Filialbereich.

Bereits im Vorjahr waren aufgrund der notwendigen Reduktion der Anzahl der für die BAWAG P.S.K. tätigen Finanzberater Vorsorgen in Form der Rückstellung für Unterauslastung in Höhe von insgesamt 56,2 Mio EUR zu bilden. Dem standen Zahlungen eines Beitrages in Höhe von 31,0 Mio EUR der BAWAG P.S.K. gegenüber. Davon wurden 26,9 Mio EUR gegen den Aufwand für die Bildung der Rückstellungen unter den Personalaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung saldiert. 4,1 Mio EUR wurden als Gegenleistung für 2018 noch zu erbringende Vertriebsleistungen eingestuft und entsprechend in diesem Geschäftsjahr als Umsatzerlöse realisiert.

6.3 Ertragsteuern

Angaben zu Steuergruppen Die Österreichische Post hat die in Österreich eingeräumte Möglichkeit zur Bildung steuerlicher Unternehmensgruppen zwecks gemeinsamer Besteuerung in Anspruch genommen; es bestehen zwei Unternehmensgruppen mit den Gruppenträgern Österreichische Post AG und Post 001 Finanzierungs GmbH. Sämtliche Gruppenmitglieder haben den Sitz im Inland.

In den steuerlichen Unternehmensgruppen werden grundsätzlich die Gruppenmitglieder vom Gruppenträger mit den auf sie entfallenden Körperschaftssteuerbeträgen mittels Steuerumlagen be- oder entlastet. Dabei erfolgt die Verrechnung positiver und negativer Steuerumlagen in Höhe von 25% des steuerlichen Ergebnisses (Stand-alone-Methode).

Die Systematik der Gruppenbesteuerung führt zu einer gemeinsamen Veranlagung der tatsächlichen Ertragsteuern und zu einer Saldierung von latenten Steueransprüchen und latenten Steuerschulden innerhalb der Unternehmensgruppen gemäß IAS 12.74. Der Steuervorteil aus der Firmenwertabschreibung (§ 9 Abs 7 KStG) wird als temporäre Differenz beim Firmenwert behandelt (IAS 12.32a).

Angaben zu Ertragsteuern Die Ertragsteuern beinhalten laufende und latente Steuern. Diese werden stets in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen, sofern sie nicht aus Sachverhalten herrühren, die im sonstigen Ergebnis (OCI) oder im Eigenkapital angesetzt wurden bzw. aus einem Unternehmenszusammenschluss stammen.

Die Österreichische Post ist der Auffassung, dass mögliche Zinsaufwendungen und Strafzahlungen i. Z. m. Ertragsteuerzahlungen nicht die Definition von Ertragsteuern

nach IAS 12 erfüllen. Etwaige Beträge werden somit allgemein nach den Bestimmungen des IAS 37 bilanziert.

Ermittlung der laufenden Steuern Laufende Steuern beinhalten die erwarteten Steuerzahlungen oder -gutschriften des laufenden Jahres sowie die im laufenden Jahr erfolgten Anpassungen der erwarteten Steuernachzahlungen oder -gutschriften der Vorjahre. Der ausgewiesene Betrag stellt die bestmögliche Schätzung dar und beinhaltet auch Quellensteuern aus Ausschüttungen.

Tatsächliche Steuerforderungen und -verbindlichkeiten können unter gewissen Umständen saldiert ausgewiesen werden. Dies ist im Österreichischen Post-Konzern dann der Fall, wenn sich die Steuern auf Ertragsteuern beziehen, die von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden und das Unternehmen ein einklagbares Recht zur gegenseitigen Aufrechnung von Steuerforderungen und -verbindlichkeiten hat.

Ermittlung der latenten Steuern Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt nach der Balance-Sheet-Liability-Methode für alle temporären Differenzen zwischen dem Buchwert laut IFRS-Konzernabschluss und den korrespondierenden steuerlichen Werten. Vom Ansatz von latenten Steuern wird jedoch in folgenden Fällen Abstand genommen:

- temporäre Differenzen, die aus dem erstmaligen Ansatz eines Vermögenswertes oder einer Schuld entstehen, dem kein Unternehmenszusammenschluss zugrunde liegt und der zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles weder das bilanzielle Ergebnis vor Steuern noch das zu versteuernde Ergebnis (den steuerlichen Verlust) beeinflusst („Initial Recognition Exemption – IRE“)
- temporäre Differenzen in Verbindung mit Anteilen an Tochterunternehmen, Zweigniederlassungen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an gemeinsamen Vereinbarungen, sofern das

Mutterunternehmen in der Lage ist, den Verlauf der Auflösung der temporären Differenzen zu steuern und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporäre Differenz in absehbarer Zeit nicht auflösen wird

- zu versteuernde Differenzen in Zusammenhang mit dem erstmaligen Ansatz eines Geschäfts- oder Firmenwertes

Der Ansatz von aktiven latenten Steuern aus temporären Differenzen aus Bilanzposten sowie aus Verlustvorträgen erfolgt in dem Umfang, in dem a) ausreichend passive latente Steuern vorhanden sind oder es b) bei einer Gewinnhistorie wahrscheinlich ist, dass in absehbarer Zeit steuerpflichtiges Einkommen zur Verfügung steht und der Steueraufwand somit künftig realisierbar ist. Erzielt ein Unternehmen in jüngster Vergangenheit (in einem der letzten zwei Jahre) steuerpflichtige Verluste, so wird im letzteren Fall von der Aktivierung von latenten Steuern Abstand genommen.

Dabei werden zu jedem Bilanzstichtag die nicht angesetzten latenten Steuern neu bewertet und gegebenenfalls angesetzt, sofern die Auffassung vertretbar ist, dass der Steuervorteil realisiert werden kann.

Aktive und passive latente Steuern können unter gewissen Umständen saldiert ausgewiesen werden. Die obigen Angaben unter „Ermittlung der laufenden Steuern“ gelten analog bei den latenten Steuern.

Die latenten Steuern werden auf Basis der Steuersätze ermittelt, die in den einzelnen Ländern zum Bilanzstichtag gelten oder für den Zeitpunkt bereits beschlossen sind, in dem die latenten Steueransprüche und -schulden realisiert werden. Für österreichische Konzernunternehmen wurde zur Ermittlung der Steuerabgrenzungen ein Körperschaftsteuersatz von 25% angewendet.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die für ausländische Gesellschaften bei der Berechnung der latenten Ertragsteuern angewendeten Steuersätze:

Land	Steuersatz
Bosnien und Herzegowina	10%
Bulgarien	10%
Deutschland	32%
Kroatien	18%

Land	Steuersatz
Montenegro	9%
Serbien	15%
Slowakei	21%
Ungarn	9%

6.4 Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird ermittelt, indem der auf die Aktionäre der Österreichischen Post AG entfallende Anteil am Periodenergebnis durch den gewichteten Durchschnitt der im Geschäftsjahr im Umlauf befindlichen Aktien dividiert wird. Während einer Periode neu ausgegebene oder zurückgekauft Aktien werden zeitanteilig für den Zeitraum, in dem sie sich im Umlauf befinden, berücksichtigt. Für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie wird die durchschnittliche Aktienanzahl sowie der auf die Aktionäre der Österreichischen Post AG entfallende Anteil am Periodenergebnis um verwässernde Effekte bereinigt.

Eine Verwässerung des Ergebnisses je Aktie kann sich derzeit potenziell aufgrund des aktienbasierten Vergütungsprogramms der Österreichischen Post AG ergeben. Nachdem die teilnehmenden Vorstände für die Auszahlung in bar optiert haben und auch für die teilnehmenden Führungskräfte der Ausgleich in bar festgelegt wurde, ergeben sich aus den derzeit laufenden Programmen keine Verwässerungseffekte.

6.5 Geschäfts- oder Firmenwerte und Allokation auf zahlungsmittelgenerierende Einheiten (ZGE)

Geschäfts- oder Firmenwerte werden zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungen bewertet. Geschäfts- oder Firmenwerte aus dem Erwerb eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden in dessen funktionaler Währung geführt und zum Stichtagskurs umgerechnet. Wertminderungen werden nach den unter Punkt 6.10 Wertminderung IAS 36 beschriebenen Grundsätzen vorgenommen. Wertaufholungen sind unzulässig. Geschäfts- oder Firmenwerte sind jeweils zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (ZGE) zugeordnet. ZGE werden durch die Zusammenfassung von Vermögenswerten auf der niedrigsten Ebene gebildet, auf der unabhängig von anderen Vermögenswerten Cashflows erzielt werden. Die niedrigste Ebene entspricht im Österreichischen Post-Konzern im Regelfall einzelnen operativen Gesellschaften bzw. Gruppen von operativen Gesellschaften. In der Österreichischen Post AG selbst erfolgt die Zuordnung auf der Ebene von Geschäftsfeldern.

6.6 Immaterielle Vermögenswerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und entsprechend ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer oder Vertragsdauer von drei bis zehn Jahren linear abgeschrieben. Bei Markenrechten wird grundsätzlich von einer unbegrenzten Nutzungsdauer ausgegangen, da ein Ende der wirtschaftlichen Nutzung nicht abzusehen ist.

Immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern jährlich einem Wertminderungstest unterzogen.

Der Ansatz von selbst geschaffenen immateriellen Vermögenswerten erfolgt, sofern die allgemeinen Ansatzkriterien sowie die besonderen Anwendungsleitlinien des IAS 38 erfüllt sind. Dazu wird der Erstellungsprozess in eine Forschungs- und eine Entwicklungsphase unterteilt. Der erstmalige Ansatz erfolgt in Höhe der direkt zurechenbaren Herstellungskosten ab dem Zeitpunkt, zu dem der selbst geschaffene immaterielle Vermögenswert die Ansatzkriterien des IAS 38 erfüllt. Im Österreichischen Post-Konzern betrifft dies in erster Linie selbstgeschaffene Software.

Liegen Anhaltspunkte für eine Wertminderung vor, werden immaterielle Vermögenswerte gemäß den in Punkt 6.10 Wertminderung IAS 36 angeführten Grundsätzen auf Werthaltigkeit geprüft.

6.7 Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungssätze richten sich nach der erwarteten wirtschaftlichen Nutzungsdauer.

Die planmäßigen Abschreibungen werden linear unter Zugrundelegung folgender konzernerneinheitlicher Nutzungsdauern berechnet:

Nutzungsdauer	Jahre
Gebäude	10–50
Technische Anlagen und Maschinen	5–10
Fuhrpark	2–8
IT- und technische Ausstattung	3–6
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–20

Liegen Anhaltspunkte für eine Wertminderung vor, werden Sachanlagen gemäß den in Punkt 6.10 Wertminderung IAS 36 angeführten Grundsätzen auf Werthaltigkeit geprüft. Liegen Anhaltspunkte dafür vor, dass eine erfasste Wertminderung nicht mehr vorliegt, wird der erzielbare Betrag erneut geschätzt und gegebenenfalls eine Zuschreibung, unter Beachtung der fortgeschriebenen Anschaffungskosten ohne Wertminderung, vorgenommen.

Investitionszuschüsse werden nach der Bruttomethode erfolgsneutral in einem Passivposten erfasst, der unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wird. Investitionszuschüsse werden planmäßig über die Nutzungsdauer der betroffenen Anlagen als sonstige Erträge im Gewinn oder Verlust erfasst.

6.8 Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts nach IFRS 13

Die Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten erfolgt im Österreichischen Post-Konzern nach den Grundsätzen des IFRS 13. Nach diesem Standard wird der beizulegende Zeitwert als der Preis definiert, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen den Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt würde. In diesem Zusammenhang werden unter anderem die folgenden Punkte festgelegt: die Vermögenswerte bzw. Schulden, die Gegenstand der Bewertung sind; die Bewertungsprämisse für nichtfinanzielle Vermögenswerte (Annahme der höchsten und besten Verwendung); der für den Vermögenswert oder die Schuld vorrangige (oder vorteilhafteste) Markt; die sachgerechte Bewertungstechnik (abhängig von den zur Verfügung stehenden Daten); die Stufe in der Bemessungshierarchie, der diese Daten (Inputfaktoren) zugewiesen wurden. Abhängig vom Vermögenswert und von den zur Verfügung stehenden Inputdaten kommen im Österreichischen Post-Konzern sowohl marktbasierende als auch kostenbasierte und einkommensbasierte Ansätze zur Anwendung. Dabei wird der Verwendung beobachtbarer Inputfaktoren höchste Priorität eingeräumt.

6.9 Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property)

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien umfassen jene Immobilien, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck von Wertsteigerungen gehalten werden und gesondert veräußert werden könnten. Bei einem betrieblich genutzten Anteil erfolgt die Aufteilung auf Basis der jeweils genutzten Fläche. Der Ansatz und die Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien erfolgen nach der Anschaffungskostenmethode. Die planmäßigen Abschreibungen werden linear unter Zugrundelegung einer Nutzungsdauer von 20 bis 50 Jahren vorgenommen.

Immobilien, die mit dem Ziel des späteren Verkaufes entwickelt werden, werden ab Beginn der Entwicklung (Zeitpunkt der Baubewilligung) in das Vorratsvermögen umgliedert.

Die im Anhang angegebenen beizulegenden Zeitwerte der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wurden von Experten der Österreichischen Post AG sowie von externen Sachverständigen nach den Vorgaben des IFRS 13 ermittelt. Die Bewertung erfolgt vorrangig auf Basis von einkommensbasierten Ansätzen (insbesondere Barwerttechniken). Im Regelfall wird das Ertragswertverfahren und bei komplexeren Objekten das Discounted-Cashflow-Verfahren angewendet. Dabei handelt es sich um Stufe-3-Bewertungen im Sinn von IFRS 13

(Fair-Value-Hierarchie). Die verwendeten Inputfaktoren umfassen insbesondere objektbezogene Planungsdaten, Zinsstrukturkurven und Markttrenditen. Für unbebaute und in Entwicklung befindliche Grundstücke werden auch marktbasierende Ansätze (insbesondere Vergleichswertverfahren) herangezogen. Dabei handelt es sich um Stufe-2-Bewertungen im Sinn von IFRS 13. Die verwendeten Inputfaktoren umfassen insbesondere Preisinformationen aus Vergleichstransaktionen in aktiven Märkten.

6.10 Wertminderung IAS 36

Zu jedem Bilanzstichtag wird geprüft, ob Anhaltspunkte für eine Wertminderung der Buchwerte von immateriellen Vermögenswerten, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien vorliegen. Liegen derartige Anhaltspunkte vor, wird ein Werthaltigkeitstest durchgeführt. Bei immateriellen Vermögenswerten mit unbestimmter Nutzungsdauer sowie bei Geschäfts- oder Firmenwerten wird zusätzlich und unabhängig davon, ob derartige Hinweise vorliegen, einmal jährlich ein Wertminderungstest durchgeführt.

Bei Geschäfts- oder Firmenwerten sowie einzelnen Vermögenswerten, für die der erzielbare Betrag nicht gesondert ermittelt werden kann, erfolgt der Wertminderungstest auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (ZGE). Geschäfts- oder Firmenwerte, die ursprünglich unter Verwendung der sogenannten Partial-Goodwill-Methode ermittelt wurden, werden für Zwecke des Wertminderungstests unter Anwendung der aktuellen Beteiligungsquote auf 100 % hochgerechnet.

Im Rahmen der Werthaltigkeitstests wird der erzielbare Betrag des einzelnen Vermögenswerts oder der ZGE ermittelt und mit dem jeweiligen Buchwert verglichen. Der erzielbare Betrag entspricht dem höheren Betrag aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Verkaufskosten und Nutzungswert. Werden die erzielbaren Beträge unter Verwendung kapitalwertorientierter Verfahren ermittelt, werden als Abzinsungssatz die gewichteten durchschnittlichen Kapitalkosten (Weighted Average Cost of Capital) unter Anwendung des Capital Asset Pricing Model (CAPM) verwendet. Zur Abbildung von Länder-, Währungs- und Preisrisiken werden entsprechende Zuschläge im Abzinsungssatz berücksichtigt. Sofern die Mittelzuflüsse in Fremdwährung erfolgen, wird der erzielbare Betrag in Fremdwährung ermittelt und anschließend mit dem Stichtagskurs in Euro umgerechnet.

Ist der Buchwert höher als der erzielbare Betrag, erfolgt eine Wertminderung. Bei Wegfall der Gründe für eine Wertminderung erfolgt, ausgenommen bei Geschäfts- oder Firmenwerten, eine Wertaufholung. Der infolge der Zuschreibung erhöhte Buchwert darf dabei die fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht überschreiten. Die Wertminderungen und Wertaufholungen

werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Abschreibungen bzw. sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

6.11 Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen

Die Bilanzierung von Beteiligungsunternehmen erfolgt nach der Equity-Methode, wenn aufgrund vertraglicher Rechte oder der faktischen Gegebenheiten maßgeblicher Einfluss auf die Unternehmen besteht. Die Beurteilung des Vorliegens von maßgeblichem Einfluss erfolgt anhand der Kriterien des IAS 28.5 ff.

In Fällen, in denen das Vorliegen von maßgeblichem Einfluss nicht eindeutig zu bestimmen ist, hat der Vorstand Ermessensentscheidungen zu treffen. Hierbei wird, wie im Falle der Aras Kargo a.s., Türkei, nicht vordringlich auf formale Kriterien abgestellt, sondern darauf, ob tatsächlich die Möglichkeit besteht an den finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen mitzuwirken.

Zu jedem Bilanzstichtag wird geprüft, ob Anhaltspunkte für eine Wertminderung für Nettoinvestitionen in assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen im Sinn des IAS 39 vorliegen. Liegen derartige Anhaltspunkte vor, wird ein Werthaltigkeitstest durchgeführt. Liegt der Buchwert der Nettoinvestition über dem erzielbaren Betrag, wird eine Wertminderung erfasst. Steigt der erzielbare Betrag in Folge wieder an, erfolgt eine Wertaufholung bis maximal in Höhe der ursprünglichen Wertminderung. Der auf den Buchwert der Anteile entfallende Teil der Wertminderung wird im Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen ausgewiesen. Der Ausweis von Wertminderungen von Buchwerten anderer Elemente der Nettoinvestition ist abhängig von der Art dieser Elemente.

6.12 Finanzierungsleasing

Gehen bei geleasteten Vermögenswerten alle mit dem Eigentum verbundenen wesentlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand auf den Österreichischen Post-Konzern über (Finanzierungsleasing gemäß IAS 17), so werden diese zum beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts oder zum niedrigeren Barwert der künftigen Mindestleasingzahlungen in den langfristigen Vermögenswerten aktiviert. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen über die wirtschaftliche Nutzungsdauer oder, wenn kürzer, über die Laufzeit des Leasingvertrags. Die aus den Leasingverträgen resultierenden Zahlungsverpflichtungen sind unter den finanziellen Verbindlichkeiten passiviert.

6.13 Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Im Österreichischen Post-Konzern werden finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in folgende Klassen gemäß IFRS 7 eingeteilt: Wertpapiere, Andere Anteile, Derivative Finanzinstrumente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen, Forderungen gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen, Forderungen gegenüber Banken, Andere finanzielle Verbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und Andere Verbindlichkeiten sowie Verbindlichkeiten gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen.

KLASSIFIZIERUNG

Ab 1. Jänner 2018 stuft der Österreichische Post-Konzern seine finanziellen Vermögenswerte in die folgenden Bewertungskategorien ein:

- Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet (FVOCI) – Fremdkapitalinstrumente
- Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet (FVOCI) – Eigenkapitalinstrumente
- Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (FVTPL)
- Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet

Die Einstufung von finanziellen Vermögenswerten im Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung ist abhängig vom Geschäftsmodell des Unternehmens im Hinblick auf die Steuerung der finanziellen Vermögenswerte und die vertraglichen Zahlungsströme.

Das bestehende Wertpapierportfolio der Österreichischen Post wird im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten, dessen Zielsetzung sowohl in der Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme als auch in dem Verkauf finanzieller Vermögenswerte besteht. Abhängig von der Erfüllung des Zahlungsstromkriteriums gemäß IFRS 9 kommt es zu einer Klassifizierung als FVOCI (Zahlungsstromkriterium erfüllt) oder FVTPL (Zahlungsstromkriterium nicht erfüllt). Das Zahlungsstromkriterium ist erfüllt, sofern Zahlungsströme generiert werden, die gemäß IFRS 9 ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen ebenso wie Forderungen gegenüber Banken werden in der Österreichischen Post im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten, dessen Zielsetzung in der Vereinnahmung der vertraglichen Zahlungsströme besteht. Das Zahlungsstromkriterium ist bei diesen Instrumenten erfüllt. Entsprechend werden diese Forderungen als zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet klassifiziert.

Bei Investitionen in Eigenkapitalinstrumente (die nicht zu Handelszwecken gehalten werden) ist die Einstufung

davon abhängig, ob sich der Österreichische Post-Konzern zum Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung unwiderruflich für die Bilanzierung des Eigenkapitalinstruments als erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert (FVOCI) entschieden hat. Wird die sogenannte FVOCI-Option gemäß IFRS 9.4.1.4 nicht ausgeübt, sind die Instrumente der Kategorie erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (FVTPL) zuzuordnen.

Derivative finanzielle Vermögenswerte sind (außerhalb des Hedge Accounting) zwingend der Kategorie erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (FVTPL) zuzuordnen.

Finanzielle Verbindlichkeiten werden unverändert in folgende Bewertungskategorien eingestuft:

- Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (FVTPL)
- Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet

Gemäß IFRS 9 sind finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten, sofern sie nicht in die Ausnahmeregelung des IFRS 9.4.2.1 fallen. Entsprechend werden Andere finanzielle Verbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und Andere Verbindlichkeiten sowie Verbindlichkeiten gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die von der Österreichischen Post AG gehaltene bedingte Kaufpreisverbindlichkeit nach IFRS 3 fällt unter die Ausnahmeregelung des IFRS 9.4.2.1 und ist zwingend der Kategorie erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (FVTPL) zuzuordnen.

BEWERTUNG BEIM ERSTMALIGEN ANSATZ

Bei der erstmaligen Erfassung bewertet der Österreichische Post-Konzern einen finanziellen Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit zum beizulegenden Zeitwert, der im Regelfall mit dem Transaktionspreis übereinstimmt. Bei einem nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (FVTPL) bewerteten finanziellen Vermögenswert bzw. einer finanziellen Verbindlichkeit erfolgt zusätzlich der Ansatz der direkt auf den Erwerb dieses Vermögenswerts bzw. dieser Verbindlichkeit entfallenden Transaktionskosten. Der Ansatz von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen richtet sich nach den Vorgaben zur Umsatzrealisation von IFRS 15.

FOLGEBEWERTUNG UND DARSTELLUNG

Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert (FVOCI) bewertete Fremdkapitalinstrumente werden jeweils zum Stichtag zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Die Veränderungen des beizulegenden Zeitwertes werden, mit Ausnahme der Fremdwährungsbewertung, die in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden, erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis (OCI) bzw. in der FVOCI-Rücklage erfasst. Beim Abgang der

Fremdkapitalinstrumente erfolgt eine Umgliederung der erfolgsneutral erfassten Beträge in die Gewinn- und Verlustrechnung. Laufende Erträge und Wertberichtigungen werden unmittelbar in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Finanzinstrumente werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Gewinne oder Verluste aus dem Abgang werden ebenso wie laufende Erträge und Wertberichtigungen unmittelbar in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert (FVOCI) bewertete Eigenkapitalinstrumente werden jeweils zum Stichtag zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Die Veränderungen des beizulegenden Zeitwertes werden, inklusive Fremdwährungsbewertung, erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis (OCI) bzw. in der FVOCI-Rücklage erfasst. Beim Abgang der Eigenkapitalinstrumente erfolgt keine Umgliederung der erfolgsneutral erfassten Beträge in die Gewinn- und Verlustrechnung, sondern eine Umgliederung von der FVOCI-Rücklage in die Gewinnrücklagen. Laufende Erträge werden unmittelbar in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (FVTPL) bewertete Finanzinstrumente werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Sämtliche Änderungen des Buchwertes sowie laufende Erträge werden unmittelbar in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die Darstellung der Buchwerte der den einzelnen Kategorien zugeordneten Finanzinstrumente erfolgt in Punkt 10.1 Finanzinstrumente. Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Forderungen der Kategorie zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet sowie Wertminderungsaufwendungen nach IFRS 9 sind nach IAS 1.82 als gesonderte Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung angegeben. Mangels Wesentlichkeit der damit verbundenen Beträge für den Österreichischen Post-Konzern erfolgt die Angabe zu den Wertminderungen des Geschäftsjahres im Anhang in Punkt 10 Finanzinstrumente und damit verbundene Risiken.

WERTMINDERUNGEN

Fremdkapitalinstrumente der folgenden Bewertungskategorien unterliegen ab 1. Jänner 2018 dem neuen Wertminderungsmodell des IFRS 9:

- erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet (FVOCI) – Fremdkapitalinstrumente
- zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet

Weiters unterliegen im Österreichischen Post-Konzern Vertragsvermögenswerte nach IFRS 15 dem neuen Wertminderungsmodell.

Ab 1. Jänner 2018 erfasst der Österreichische Post-Konzern auf zukunftsgerichteter Basis Wertberichtigun-

gen in Höhe der erwarteten Kreditverluste. Die konkrete Wertminderungsmethode ist abhängig von der Klasse an Fremdkapitaltiteln und davon, ob eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos vorliegt.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden Wertberichtigungen in Höhe der über die Laufzeit erwarteten Kreditverluste gebildet. Methodisch wendet die Österreichische Post den gemäß IFRS 9 zulässigen vereinfachten Ansatz zur Ermittlung der erwarteten Kreditverluste in Form einer Wertminderungsmatrix an. Mittels dieser Matrix werden gestaffelt nach (Über-)Fälligkeiten Wertminderungen auf Basis historischer beobachteter Ausfallraten gebildet. Zusätzlich werden zukunftsgerichtete Informationen evaluiert und falls notwendig die verwendeten Ausfallraten angepasst. Forderungen mit einem Buchwert von mehr als 0,1 Mio EUR werden zusätzlich individuell auf die Erfassung weiterer über die Laufzeit erwarteter Kreditverluste geprüft. Die Ermittlung der erwarteten Kreditverluste erfolgt getrennt für in- und ausländische Kunden sowie für internationale Postbetreiber.

Übrige Fremdkapitalinstrumente Für alle anderen Fremdkapitalinstrumente, die dem Wertminderungsmodell unterliegen, werden Wertberichtigungen grundsätzlich in Höhe der erwarteten 12-Monats-Kreditverluste gebildet. Liegt allerdings eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos vor, werden Wertberichtigungen in Höhe der über die Laufzeit erwarteten Kreditverluste gebildet. Im Österreichischen Post-Konzern wird von einer signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos ausgegangen, wenn eine Forderung mehr als 30 Tage überfällig ist. Bei Forderungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden und deren Bonität beeinträchtigt ist, ist der Effektivzinsatz anstelle des Brutto-Buchwerts auf die fortgeführten Anschaffungskosten (also nach Abzug von Wertberichtigungen) anzuwenden. Im Österreichischen Post-Konzern wird die Bonität eines Schuldners insbesondere bei Vorliegen der folgenden Faktoren als beeinträchtigt angesehen:

- Die einzelne Forderung ist überfällig > 90 Tage
- Einleitung eines Insolvenzverfahrens

Methodisch erfolgt die Ermittlung der erwarteten Kreditverluste bei den Wertpapieren sowie bei den Forderungen gegenüber Banken nach dem sogenannten Loan-Loss-Provisioning-Modell. Ausgehend von der Probability of Default (PD) und dem Loss Given Default (LGD) wird der erwartete Kreditverlust somit als wahrscheinlichkeitsgewichteter Wert ermittelt. Zur Ermittlung der PD wird in erster Linie auf emittentenspezifische Daten von Bloomberg zurückgegriffen. Vereinfachend wird auch auf globalere Ausfallraten wie von Standard & Poor's oder Moody's veröffentlicht zurückgegriffen. Insgesamt sind jedoch die so ermittelten erwarteten Kreditverluste betraglich unwesentlich.

Für sonstige Forderungen hat sich die Österreichische Post aufgrund von Art und Umfang der Forderungen dazu entschieden, praktische Erleichterungen im Sinne des IFRS 9.B5.5.35 anzuwenden und analog zu den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen die Wertberichtigung methodisch unter Ansatz einer Wertminderungsmatrix zu ermitteln. Die Ableitung der Verlustraten erfolgt zum Teil aufgrund historischer Erfahrungswerte und zum Teil auf Basis angemessener Schätzungen. Forderungen mit einem Buchwert von mehr als 0,1 Mio EUR werden zusätzlich individuell auf die Erfassung über die Laufzeit erwarteter Kreditverluste geprüft. Die Ermittlung der erwarteten Kreditverluste erfolgt getrennt für Schadensersatzansprüche einerseits und sonstige übrige Forderungen andererseits.

Modifizierte finanzielle Vermögenswerte Werden die vertraglich vereinbarten Zahlungsströme eines finanziellen Vermögenswerts neu verhandelt oder modifiziert, wird überprüft, ob der bestehende finanzielle Vermögenswert auszubuchen ist. Führt die Neuverhandlung bzw. Modifizierung zu keiner Ausbuchung, wird der Brutto-Buchwert unter Berücksichtigung der modifizierten Zahlungsströme neu berechnet. Ebenso wird sowohl zum Zeitpunkt der Modifizierung als auch in den folgenden Bilanzstichtagen beurteilt, ob sich das Kreditrisiko des Finanzinstruments signifikant erhöht hat. Die Beurteilung einer signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos erfolgt durch Vergleich des Ausfallrisikos zum jeweiligen Bilanzstichtag mit jenem zum Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung. Eine Umstellung der Wertberichtigung im Ausmaß der über die Laufzeit erwarteten Kreditverluste auf die Höhe der erwarteten 12-Monats-Kreditverluste erfolgt, wenn der Schuldner eine wesentlich bessere Performance sowie positive wirtschaftliche Aussichten aufweist.

6.14 Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente sind der Kategorie erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet zugeordnet und werden bei Zugang sowie in den Folgeperioden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zum Zeitpunkt des Zuganges wird im Regelfall der Kaufpreis als bestmögliche Annäherung an den Fair Value zu Anschaffungskosten angesetzt. Unrealisierte Bewertungsgewinne und -verluste aus derivativen Finanzinstrumenten werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Vereinzelt werden im Österreichischen Post-Konzern zur Begrenzung und Steuerung von Zins-, Währungs- und Preisrisiken derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Im Geschäftsjahr 2018 bestanden keine derartigen Geschäfte. Weiters werden im Zusammenhang mit dem Erwerb von Unternehmensanteilen zukünftig ausübbar Rechte auf den Erwerb von weiteren Anteilen erworben (Call-Optionen) bzw. Verpflichtungen zum Erwerb eingegangen

(Put-Optionen), die nach IFRS 9 als derivative Finanzinstrumente einzustufen sind. Siehe dazu Punkt 9.6 Andere finanzielle Vermögenswerte.

Derivative Finanzinstrumente, deren Ausgleich unmittelbar in bar erfolgt, werden unter den Posten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Derivative Finanzinstrumente im Zusammenhang mit dem Erwerb von Unternehmensanteilen werden unter den Anderen finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

6.15 Vorräte

Die Bewertung der Vorräte erfolgt mit dem niedrigeren Betrag aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert am Bilanzstichtag. Wertminderungen aufgrund von Veralterung oder mangelnder Gängigkeit werden bei Ermittlung des Nettoveräußerungswerts berücksichtigt. Die Bestandswertermittlung bei den Hilfs- und Betriebsstoffen sowie den Handelswaren wird nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren durchgeführt.

Bei den unfertigen Bauten handelt es sich um Wohnungen, die im Rahmen des Immobilienprojektes Neutorgasse 7 in Wien Innere Stadt mit dem Ziel des Verkaufs hergestellt werden. Als Bilanzierungs- und Bewertungseinheit („unit of account“) wurde die einzelne Wohnung festgelegt, wobei die Aufteilung der Herstellungskosten auf Basis der jeweiligen Nutzflächen erfolgt. Veränderungen des Bestandes an unfertigen Bauten sowie Bewertungseffekte werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen ausgewiesen.

6.16 Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte

Langfristige Vermögenswerte werden als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, wenn der zugehörige Buchwert überwiegend durch ein Veräußerungsgeschäft und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird. Diese Bedingung wird nur dann als erfüllt angesehen, wenn die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist und der langfristige Vermögenswert in seiner jetzigen Beschaffenheit für einen sofortigen Verkauf verfügbar ist. Eine Veräußerung ist dann höchstwahrscheinlich, wenn die zuständige Managementebene einen Plan für den Verkauf des Vermögenswerts beschlossen hat und mit der Suche nach einem Käufer und der Durchführung des Plans aktiv begonnen wurde und zudem davon ausgegangen werden kann, dass der Veräußerungsvorgang innerhalb eines Jahres nach einer solchen Klassifizierung abgeschlossen wird.

Langfristige Vermögenswerte, die als zur Veräußerung gehalten klassifiziert sind, werden mit dem niedrigeren

Betrag aus ihrem Buchwert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet.

6.17 Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder

Rückstellungen für Abfertigungen Die Abfertigungsverpflichtungen des Österreichischen Post-Konzerns umfassen sowohl beitragsorientierte als auch leistungsorientierte Versorgungssysteme.

Rückstellungen für leistungsorientierte Verpflichtungen werden für gesetzliche Ansprüche von Angestellten gebildet. Beamte haben grundsätzlich keinen Anspruch auf Abfertigungszahlungen. Abfertigungsansprüche im Österreichischen Post-Konzern haben im Wesentlichen nur Mitarbeiter österreichischer Konzernunternehmen bei Erreichen des Pensionsantrittsalters sowie bei der Beendigung des Dienstverhältnisses durch den Dienstgeber. Die Höhe der Ansprüche ist von der Anzahl der Dienstjahre und dem bei Abfertigungsanfall maßgeblichen Bezug abhängig. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method).

Beitragsorientierte Verpflichtungen bestehen für Angestellte in österreichischen Konzernunternehmen, deren Dienstverhältnis erst nach dem 31. Dezember 2002 begonnen hat. Diese Abfertigungsverpflichtungen werden durch die laufende Entrichtung entsprechender Beiträge an eine Mitarbeitervorsorgekasse abgegolten. Darüber hinaus besteht für den Österreichischen Post-Konzern keine weitere Verpflichtung, sodass der Ansatz einer Rückstellung nicht erforderlich ist.

Rückstellungen für Jubiläumsgelder Im Österreichischen Post-Konzern bestehen zum Teil Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern, bei Erreichen einer bestimmten Dienstzugehörigkeit Jubiläumsgelder auszuzahlen.

Die Verpflichtungen bestehen insbesondere gegenüber Mitarbeitern der Österreichischen Post AG: In der Österreichischen Post AG bestehen zum Teil Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern, bei Erreichen einer bestimmten Dienstzugehörigkeit Jubiläumsgelder auszuzahlen. Jubiläumsgelder gebühren den Beamten und den Angestellten nach Dienstordnung der Österreichischen Post AG nach 25 Dienstjahren in Höhe eines 2-fachen Monatsgehaltes und nach 40 Dienstjahren in Höhe eines 4-fachen Monatsgehaltes. Eine Jubiläumszuwendung in Höhe des 4-fachen Monatsgehaltes kann gewährt werden, wenn der Beamte nach einer Dienstzeit von 35 Jahren aus dem Dienststand ausscheidet und spätestens am Tag des Ausscheidens das 65. Lebensjahr vollendet. Die Angestellten im Kollektivvertrag Teil 1 erhalten Jubiläumsgelder nach 20 Dienstjahren in Höhe eines Monatsbezuges, nach 25 Dienstjahren in Höhe eines 1,5-fachen Monatsgehaltes,

nach 35 Dienstjahren in Höhe eines 2,5-fachen Monatsgehaltes und nach 40 Dienstjahren in Höhe eines 3,5-fachen Monatsgehaltes.

Jubiläumsgeldrückstellungen werden analog zu den Rückstellungen für Abfertigungen nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) ermittelt.

Versicherungsmathematische Parameter Im Zuge der regelmäßigen Überprüfung und zur Gewährleistung

der bestmöglichen Schätzung der versicherungsmathematischen Parameter für die Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellungen hat der Österreichische Post-Konzern für die Berechnung dieser Rückstellungen unternehmensspezifische Parameter zugrunde gelegt, die nach einheitlichen Konzernvorgaben ermittelt wurden.

Folgende Parameter sind in die Berechnung der Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellungen eingeflossen:

	Abfertigungen		Jubiläumsgelder	
	2017	2018	2017	2018
Rechnungszinssatz	2,00%	2,00%	1,75%	1,75%
Gehaltssteigerung/Rentendynamik	3,25%	3,00%	3,00%	3,00%
Fluktuationsabschlag (gestaffelt)	0,24%-1,45%	0,19%-0,46%	6,93%-29,71%	6,82%-30,13%
Pensionsantrittsalter			2017	2018
Weibliche Angestellte			60-65	60-65
Männliche Angestellte			65	65
Beamte			65	65

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der definierten Leistungsverpflichtung (Duration) beträgt für Abfertigungen 14 Jahre (2017: 15 Jahre) und für Jubiläumsgelder elf Jahre (2017: 12 Jahre).

Zur Ermittlung des für die Abzinsung anzuwendenden Zinssatzes wird von einem Index für erstrangige, festverzinsliche Industrieanleihen (Mercer Pension Discount Yield Curve) ausgegangen und daraus der relevante Zinssatz gemäß der Fristigkeit (Duration) der einzelnen Verpflichtungen abgeleitet.

Die in der versicherungsmathematischen Berechnung berücksichtigten biometrischen Annahmen beruhen auf den von der Aktuarvereinigung Österreichs herausgegebenen Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung („Sterbetafeln“). Für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 wurden die in 2018 neu veröffentlichten Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung (Pensions tafeln AVÖ 2018-P) herangezogen.

Die zur Anwendung kommenden Gehaltssteigerungen erfolgen aus der Ableitung von zukünftig erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen. Diese basieren auf der Durchschnittsbetrachtung der vergangenen Jahre sowie auf den zukünftig erwarteten Gehaltssteigerungen. Die Ermittlung erfolgte für jede Rückstellung individuell unter Beachtung der gesetzlichen und kollektivvertraglichen Vorgaben, wie z.B. der Biennalsprünge bei Beamten.

Der Fluktuationsabschlag wurde basierend auf der Durchschnittsbetrachtung der vergangenen Jahre bestimmt.

Die Auswirkungen von geänderten versicherungsmathematischen Parametern führen zu versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten, die für Abfertigungsrückstellungen im sonstigen Ergebnis und für Jubiläumsgeldrückstellungen im Personalaufwand ausgewiesen werden. Die Effekte aus den Änderungen des Zinssatzes sowie den zukünftigen Gehaltssteigerungen sind in den versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten aus der Veränderung finanzieller Annahmen enthalten. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus der Veränderung demografischer Annahmen enthalten die Auswirkungen aus der Anpassung der Fluktuationsabschläge. Die Überleitung der Barwerte der einzelnen Verpflichtungen ist unter Punkt 9.11.1 Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder dargestellt.

Der Zinsaufwand aus den Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellungen wird im Finanzergebnis gezeigt. Alle übrigen Veränderungen werden im Personalaufwand erfasst.

Versorgungsverpflichtungen Die Versorgungsverpflichtungen des Österreichischen Post-Konzerns umfassen ausschließlich beitragsorientierte



Versorgungssysteme. Im Österreichischen Post-Konzern liegen keine Ansprüche aus leistungsorientierten Verpflichtungen vor.

Beitragsorientierte Verpflichtungen bestehen gegenüber Mitgliedern des Vorstands. Die Verpflichtungen werden durch die laufende Entrichtung entsprechender Beiträge an eine Pensionskasse erfüllt.

Gegenüber Beamten und Angestellten bestehen keine Pensionszusagen. Pensionsleistungen für Beamte und Angestellte werden grundsätzlich durch die Republik Österreich erbracht. Aufgrund gesetzlicher Bestimmungen ist der Österreichische Post-Konzern verpflichtet, Pensionsdeckungsbeiträge an die Republik Österreich zu entrichten. Die Beiträge für Beamte betragen (einschließlich der von den Beamten selbst zu tragenden Beiträge) seit dem 1. Jänner 2017 je nach Alter und Beitragsgrundlage bis maximal 25,10% der Vergütungen an aktive Beamte und werden im Personalaufwand ausgewiesen. Für Angestellte ergeben sich die Beiträge aus den aktuellen Bestimmungen des ASVG.

6.18 Rückstellungen für Unterauslastung

Unter der Rückstellung für Unterauslastung werden Vorsorgen im Zusammenhang mit Mitarbeitern subsidiert, die im Unternehmen ihren Arbeitsplatz verlieren bzw. ihre bisherige Tätigkeit nicht mehr ausüben können und anderweitig nicht mehr eingesetzt werden können. Dabei handelt es sich um Vorsorgen für Mitarbeiter, die der Organisationseinheit Post Arbeitsmarkt zugeordnet wurden und deren Dienstverhältnis als belastender Vertrag im Sinne des IAS 37 eingestuft wurde. Weiters handelt es sich um Rückstellungen für beamtete Mitarbeiter, die sich in einem Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit befinden, sowie um Vorsorgen für Mitarbeiter, die sich im Programm zum möglichen Ressortwechsel in verschiedene Bundesministerien befinden.

Die Rückstellung für den Post Arbeitsmarkt wird für künftige Personalaufwendungen von unkündbaren Mitarbeitern (vor allem beamtete Mitarbeiter) gebildet, die im Rahmen des laufenden post-internen Organisationsprozesses zur Anpassung an die sich ändernden Marktbedingungen ihren Arbeitsplatz verlieren und im Unternehmen nicht mehr oder nur mehr in einem untergeordneten Ausmaß zur Leistungserbringung eingesetzt

werden können. Bei diesen Dienstverhältnissen handelt es sich um belastende Verträge im Sinn des IAS 37, bei denen die unvermeidbaren Kosten zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen höher sind als der erwartete wirtschaftliche Nutzen. Die Berechnung des Rückstellungsbetrags erfolgt als Barwert der bis zur Pensionierung der jeweiligen Mitarbeiter anfallenden Aufwendungen unter Ansatz eines durchschnittlichen Unterauslastungsgrades sowie unter Berücksichtigung eines Fluktuationsabschlages. Sofern unkündbare Mitarbeiter mangels Einsatzmöglichkeit im Unternehmen zu nicht kostendeckenden Konditionen an externe Unternehmen verleast werden, erfolgt die Ermittlung der Rückstellung unter Ansatz der prozentuellen Kostenunterdeckung. Sämtliche Parameter werden laufend evaluiert und an sich ändernde Verhältnisse angepasst.

Für beamtete Mitarbeiter, die sich in einem Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit befinden, werden für noch zu erbringende Leistungen Vorsorgen gebildet. Die Ermittlung der Rückstellung erfolgt als Barwert der noch zu erbringenden Leistungen für den Zeitraum der erwarteten durchschnittlichen Verfahrensdauern.

Die Rückstellung für Mitarbeiter, die sich im Programm zum möglichen Ressortwechsel in verschiedene Bundesministerien befinden, basiert auf einer im Oktober 2013 mit dem Bund abgeschlossenen Rahmenvereinbarung zum möglichen Ressortwechsel von Post-Mitarbeitern in verschiedene Bundesministerien. Dabei werden Ansprüche für Mitarbeiter, die einem Wechsel bereits zugestimmt haben, für einen bestimmten festgelegten Zeitraum übernommen und entsprechend rückgestellt.

Der Barwert der einzelnen Rückstellungen wird unter Ansatz eines Abzinsungssatzes, der erwarteten Gehaltssteigerung sowie eines Fluktuationsabschlages ermittelt. Die Berechnung dieser Parameter erfolgt entsprechend der unter Punkt 6.17 Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder beschriebenen Vorgangsweise. Der Zinsaufwand wird im Personalaufwand erfasst.

Folgende Parameter wurden bei der Berechnung der Rückstellungen für den Post Arbeitsmarkt zugrunde gelegt und deren Veränderung führte – ceteris paribus – jeweils zu folgenden Änderungen der Rückstellung für den Post Arbeitsmarkt:

Post Arbeitsmarkt	2017	2018	Änderung Mio EUR
Rechnungszinssatz	1,25%	1,50%	-2,8
Gehaltssteigerung	2,75%	2,75%	0,0
Fluktuationsabschlag	28,80%	26,90%	4,6
Unterauslastungsgrad	88,70%	87,10%	-3,2

Folgende Parameter wurden bei der Berechnung der Rückstellungen für Mitarbeiter, die sich in einem Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand bzw. im Programm zum möglichen Ressortwechsel befinden, zugrunde gelegt:

Sonstige Unterauslastung	2017	2018
Rechnungszinssatz	0,25%–1,25%	0,50%–1,50%
Gehaltssteigerung	2,75%	2,75%

6.19 Rückstellungen für freiwillige Abfertigungsprogramme

Im Rahmen des laufenden post-internen Organisationsprozesses zur Anpassung an die sich ändernden Marktbedingungen kommt es laufend zu Arbeitsplatzverlusten bzw. werden zukünftige Arbeitsplatzverluste absehbar, die nur sehr bedingt innerhalb des Gesamtunternehmens ausgeglichen werden können. Um den damit zum Teil notwendig werdenden Abbau von Mitarbeitern sozial verträglich zu gestalten, werden Sozialpläne mit dem Betriebsrat verhandelt bzw. werden den Mitarbeitern freiwillige Abfertigungsangebote unterbreitet. Bei diesen Angeboten handelt es sich um Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Der Ansatz erfolgt, wenn das Unternehmen Angebote für derartiger Leistungen nicht mehr zurückziehen kann oder wenn diese Leistungen im Rahmen einer Restrukturierungsrückstellung gemäß IAS 37 erbracht werden. Die Bewertung erfolgt zum erstmaligen Ansatz, wobei je nach Fristigkeit entweder die Vorschriften des IAS 19 für kurzfristige fällige Leistungen an Arbeitnehmer oder für andere langfristige fällige Leistungen an Arbeitnehmer angewandt werden.

6.20 Sonstige Rückstellungen

Unter den sonstigen Rückstellungen werden gemäß IAS 37 rechtliche oder faktische Verpflichtungen gegenüber Dritten ausgewiesen, die auf zurückliegenden Ereignissen beruhen, bei denen es wahrscheinlich ist, dass sie zu einem Abfluss von Ressourcen führen werden und bei denen eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Die Rückstellungen werden mit jenen Werten angesetzt, die zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses nach bester Schätzung ermittelt werden können. Ist eine vernünftige Schätzung des Betrags nicht möglich, unterbleibt die Bildung einer Rückstellung. Unterscheidet sich der auf Basis eines marktüblichen Zinssatzes ermittelte Barwert der Rückstellung wesentlich vom geschätzten Zahlungsbetrag, wird der Barwert der Verpflichtung angesetzt.

Rückstellungen für belastende Verträge werden berücksichtigt, wenn die unvermeidbaren Kosten zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung höher sind als der erwartete wirtschaftliche Nutzen.

Restrukturierungsrückstellungen werden gemäß IAS 37 angesetzt, wenn ein ausreichend detaillierter, formaler Plan vorliegt und mit den Restrukturierungsmaßnahmen bereits begonnen oder der Plan bereits vor dem Bilanzstichtag kommuniziert wurde.

6.21 Aktienbasierte Vergütungsprogramme

Im Jahr 2009 hat der Aufsichtsrat der Österreichischen Post AG die Einführung eines aktienbasierten Vergütungsprogramms genehmigt. In den Geschäftsjahren 2010 bis 2018 wurden jeweils entsprechende Vergütungsprogramme für Vorstandsmitglieder und Führungskräfte realisiert (Long-Term-Incentive-Programme). Bei diesen Programmen handelt es sich um ein aktienbasiertes und performanceorientiertes Entlohnungsmodell, dessen Tranchen sich über eine dreijährige Laufzeit (Performancezeitraum) erstrecken und welches ein einmaliges Eigeninvestment als grundsätzliche Teilnahmebedingung vorsieht. Der Performancezeitraum erstreckt sich jeweils vom 1. Jänner des Jahres der Auflage der jeweiligen Tranche bis zum 31. Dezember des drittfolgenden Jahres.

Alle Vorstandsmitglieder nehmen zum 31. Dezember 2018 an den Vergütungsprogrammen teil (derzeit offene Tranchen sieben bis neun).

Die für das Eigeninvestment nötige Anzahl an Aktien der Österreichischen Post AG bei Programmbeginn ergibt sich für die Mitglieder des Vorstands als definierter Prozentsatz des Bruttofixgehalts, dividiert durch den Referenzkurs des vierten Quartals des jeweiligen Vorjahres. Das Eigeninvestment der Führungskräfte orientiert sich an der gewählten Investmentkategorie gemäß Teilnahmebedingungen. Die für die bestehenden aktienbasierten Vergütungsprogramme nötigen Eigeninvestments betragen zum 31. Dezember 2018 für die Mitglieder des Vorstands insgesamt 41.680 Aktien, für die teilnehmenden Führungskräfte 206.073 Aktien. Das Eigeninvestment ist jeweils bis

zum Ende des nächstfolgenden Jahres nach Ablauf des Performancezeitraums ununterbrochen zu halten.

Die Entlohnung erfolgt auf Basis von sogenannten Bonusaktien als rechnerische Größe und hängt vom Ausmaß der Zielerreichung der definierten Performance-Indikatoren (Ergebnis je Aktie, Free Cashflow und Total Shareholder Return) ab. Die Zielgrößen für die Performance-Indikatoren werden jeweils zu Beginn der einzelnen Tranchen festgelegt, wobei die einzelnen Teilziele gleich gewichtet sind. Die Zielerreichung wird über einen dreijährigen Performancezeitraum ermittelt. Die Gesamtbonifikation richtet sich nach der Gesamtzielerreichung aus obigen Parametern sowie der Kursentwicklung der Aktie der Österreichischen Post AG. Die Gesamtbonifikation der Mitglieder des Vorstands sowie der teilnehmenden Führungskräfte ist begrenzt. Vorstände haben eine Obergrenze von 225% jener Bonifikation, die bei 100% Gesamtzielerreichung vorgesehen ist. Darüber hinaus hat der Vergütungsausschuss im Zuge der Genehmigung des LTIP 2018 bis 2020 Obergrenzen für den maximalen Vorstandsbezug ab 2021 mit den Vorstandsmitgliedern vereinbart. Führungskräfte haben je nach Tranche eine Obergrenze zwischen 115% und 130% bei maximaler Zielerreichung, jedoch maximal in Höhe ihres individuellen Jahresbruttofixgehalts.

Die aktuell erwartete Anzahl der Bonusaktien (rechnerische Größe) verteilt sich zu den jeweiligen Stichtagen auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

Anzahl Bonusaktien je Tranche	31.12.2017	31.12.2018
Tranche 5	385	0
Tranche 6	180.808	0
Tranche 7	250.859	248.876
Tranche 8	251.630	258.946
Tranche 9	0	206.370
	683.682	714.192

Die Auszahlung der Bonusaktien kann grundsätzlich entweder in Form von Aktien der Österreichischen Post AG oder in bar erfolgen. Nachdem der Vorstand für sich einheitlich die Ausschüttung der Bonifikation in bar gewählt hat und für die Führungskräfte die Auszahlung der Bonifikation in bar beschlossen wurde, besteht gegenwärtig keine Verpflichtung zum Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten. Die Bilanzierung erfolgt entsprechend als anteilsbasierte Vergütungen mit Barausgleich.

Die erworbenen Dienstleistungen und die entstandene Schuld werden, aliquot zum Ausmaß der bisherigen Leistungserbringung, mit dem beizulegenden Zeitwert der Schuld erfasst. Bis zur Begleichung der Schuld ist der beizulegende Zeitwert zu jedem Berichtsstichtag und am Erfüllungstag neu zu bestimmen. Alle Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden ergebniswirksam unter den Personalaufwendungen erfasst. Der beizulegende Zeitwert der Schuld wurde mittels eines Modells ermittelt, in dem die Performance Indikatoren und der Umfang der bisher von den Mitarbeitern erbrachten Leistungen berücksichtigt werden. Im Sinn des IFRS 13 handelt es sich hierbei um einen einkommensbasierten Ansatz (Barwerttechnik), bei dem die erwartete Zielerreichung (Basis Unternehmensplanung), die Mitarbeiterfluktuation und eine Abschätzung des zukünftigen Aktienkurses Verwendung finden. Im Sinn der Fair-Value-Hierarchie sind die verwendeten Daten als Stufe-3-Inputfaktoren einzustufen.

Der beizulegende Zeitwert der Schuld wird unter den Rückstellungen ausgewiesen und verteilt sich zu den jeweiligen Stichtagen auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

Mio EUR	31.12.2017	31.12.2018
Buchwert der Rückstellung		
Tranche 6	9,8	0,0
Tranche 7	7,1	10,9
Tranche 8	3,5	7,8
Tranche 9	0,0	3,4
	20,4	22,2

Im Geschäftsjahr 2018 erfolgte für die Tranche 6 eine Auszahlung in Höhe von 9,8 Mio EUR zur Gänze in bar.

Der in der jeweiligen Berichtsperiode erfasste Gesamtaufwand für anteilsbasierte Vergütungen verteilt sich auf die einzelnen Tranchen wie folgt:

Mio EUR	2017	2018
Gesamtaufwand		
Tranche 6	7,2	0,0
Tranche 7	5,3	3,9
Tranche 8	3,5	4,2
Tranche 9	0,0	3,4
	16,0	11,5

7. Zukunftsbezogene Annahmen und Schätzunsicherheiten

Die Erstellung des Konzernabschlusses in Übereinstimmung mit den IFRS erfordert vom Vorstand die Festlegung von Annahmen über zukünftige Entwicklungen, die den Ansatz und den Wert der Vermögenswerte und Schulden, die Angabe von sonstigen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag und den Ausweis von Erträgen und Aufwendungen des Geschäftsjahres wesentlich beeinflussen. Insbesondere bei folgenden zukunftsbezogenen Annahmen und Schätzungen besteht ein Risiko, dass es in zukünftigen Geschäftsjahren zu einer Anpassung von Vermögenswerten und Schulden kommen kann.

7.1 Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder

Der Bewertung der bestehenden Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellungen liegen Annahmen zum Rechnungszinssatz, zum Pensionsantrittsalter, zur Lebenserwartung, zu Fluktuationsraten und zu künftigen Gehaltserhöhungen zugrunde.

Eine Änderung des Rechnungszinssatzes um +/-1 Prozentpunkt, eine Änderung der Gehaltssteigerung um +/-1 Prozentpunkt sowie eine Änderung des Fluktuationsabschlages um +/-1 Prozentpunkt hätte bei Gleichbleiben aller übrigen Parameter folgende Auswirkungen auf die Höhe der in der Tabelle angeführten Rückstellungen:

Mio EUR	Rechnungszinssatz		Gehaltssteigerung		Fluktuationsabschlag	
	-1%-Punkt	+1%-Punkt	-1%-Punkt	+1%-Punkt	-1%-Punkt	+1%-Punkt
Abfertigungen	14,4	-12,0	-12,0	14,0	0,2	-1,0
Jubiläumsgelder	6,9	-6,0	-6,0	6,7	0,9	-0,9

7.2 Rückstellungen für Unterauslastung

Zur Bewertung der Rückstellungen für Unterauslastung werden Annahmen zum Unterauslastungsgrad, zum Rechnungszinssatz, zu Gehaltssteigerungen und zum Fluktuationsabschlag der unkündbaren Mitarbeiter getroffen.

Eine Änderung des durchschnittlichen Unterauslastungsgrades und Fluktuationsabschlages um jeweils +/-10 Prozentpunkte bzw. eine Änderung des Rechnungszinssatzes oder der Gehaltssteigerungen um jeweils +/-1 Prozentpunkt hätte bei Gleichbleiben aller anderen Parameter folgende Auswirkungen auf die Höhe der Rückstellungen:

Mio EUR	Unterauslastungsgrad		Fluktuationsabschlag		Rechnungszinssatz		Gehaltssteigerung	
	-10%-Punkte	+10%-Punkte	-10%-Punkte	+10%-Punkte	-1%-Punkt	+1%-Punkt	-1%-Punkt	+1%-Punkt
Unterauslastung	-23,7	23,5	24,2	-24,2	13,1	-11,9	-11,8	12,7

7.3 Rückstellungen für freiwillige Abfertigungsprogramme

In der Bewertung von Rückstellungen für freiwillige Abfertigungsprogramme sind Schätzungen hinsichtlich der erwarteten Annahmehquoten vorzunehmen. Darüber bestehen zwar Erfahrungswerte aus der Vergangenheit, die jedoch je nach Programm und Zielgruppe nur bedingt repräsentativ für aktuelle Programme sein können. In die Schätzung fließt entsprechend neben den Erfahrungswerten aus der Vergangenheit eine Einschätzung der Attraktivität der Angebote ein. Trotz der Bemühungen um

eine bestmögliche Schätzung sind jedoch unter Umständen wesentliche Anpassungen der Rückstellungen in den Folgeperioden notwendig.

7.4 Anrechnung von Vordienstzeiten für beamtete Mitarbeiter

Mit Entscheidung vom 11. November 2014 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) nach Vorlage durch den österreichischen Verwaltungsgerichtshof (VwGH) festgestellt, dass die im Jahr 2010 gesetzlich festgelegte Methodik zur Beseitigung der Altersdiskriminierungen im

Gehaltssystem der Bundesbediensteten dem Unionsrecht widerspricht. Nachdem die Thematik der Anrechnung von Vordienstzeiten nicht nur die der Österreichischen Post AG zugeteilten Beamten, sondern alle Beamten des Bundes betraf, hat der österreichische Nationalrat reagiert und bereits mit 21. Jänner 2015 eine umfassende Reform des Besoldungssystems des Bundes vorgenommen. Mit dieser Reform wurde der Hauptkritikpunkt des EuGH aufgegriffen und umfassend beseitigt. Diese Besoldungsreform wurde selbstverständlich auch für die bei der Österreichischen Post AG beschäftigten Beamten umgesetzt.

Ende 2016 hat der Gesetzgeber – aufgrund einer Erledigung des Bundesverwaltungsgerichtes im Jahr 2016 – im Besoldungsrechtsanpassungsgesetz (BGBl. I Nr. 104/2016) noch einmal eindeutig und unmissverständlich klar gestellt, dass das neue Besoldungsschema auch rückwirkend anzuwenden ist. Für den Fall, dass es zu einer Neueinstufung eines Beamten in Zeiträumen vor der Überleitung in das neue Besoldungsschema kommt, wurde eine eindeutige Neuregelung der Anrechnungszeiten auf das Besoldungsdienstalter festgeschrieben, sodass kein Spielraum mehr für weitere Verfahren betreffend „Vorrückungstichtag“ gegeben ist.

Ein derzeit beim EuGH anhängiges Verfahren zur Anrechnung von Vordienstzeiten betreffend den Vertragsbediensteten des Bundes könnte das Besoldungssystem der Beamten beeinflussen. Mit einer Entscheidung des EuGH ist noch im Jahr 2019 zu rechnen. Zum 31. Dezember 2018 ist davon auszugehen, dass der Gesetzgeber die Kritikpunkte des EuGH neuerlich aufgreifen und beseitigen wird und daher von keinen finanziellen Belastungen für die Österreichische Post AG auszugehen ist. Diese Einschätzung wurde mit externen Experten abgestimmt.

7.5 Rückforderung von Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung der Beamten

Die Österreichische Post AG bzw. ihre Rechtsvorgängerin haben im Zeitraum vom 1. Mai 1996 bis zum 31. Mai 2008 für die ihnen zugewiesenen Beamten Beiträge aus der Gehaltsabrechnung abgeführt. Aufgrund eines VwGH-Erkenntnisses des Jahres 2015 bestand dafür jedoch keine gesetzliche Verpflichtung.

Daraus resultierend wurden der Österreichischen Post AG von 2015 bis 2018 Beiträge in Höhe von insgesamt 83,1 Mio EUR vom Bundesfinanzgericht (BFG) zugesprochen. Zusätzlich wurden Beschwerdezinsen in Höhe von 8,8 Mio EUR (davon 6,1 Mio EUR im aktuellen Geschäftsjahr) vereinnahmt.

Der Ansatz eines Vermögenswertes für die im Regelfall gerichtlich betriebenen Rückforderungen erfolgt, wenn die Realisierung des Betrages so gut wie sicher ist. Dies wird dann angenommen, wenn eine BFG-Entscheidung

im Einzelfall vorliegt. Gleichzeitig ist zu beurteilen, ob im Falle weiterer gerichtlich betriebener Rückforderungen eine Eventualforderung vorliegt. Dies wird dann angenommen, falls die Wahrscheinlichkeit der Realisierung bei über 50 % liegt, was derzeit nicht der Fall ist. In beiden Fällen wird die Schätzung der Wahrscheinlichkeiten mit externen Experten abgestimmt.

Im Gegenzug für die bislang insgesamt zugesprochenen Beiträge bestehen für die Österreichische Post AG allerdings Verpflichtungen für etwaige Ersatzleistungen, die sich auf Basis einer bestmöglichen Schätzung auf 39,9 Mio EUR belaufen werden und in den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen sind. Die Schätzung der Höhe der Ersatzleistungen ist mit erheblicher Unsicherheit behaftet, da sowohl hinsichtlich der Datenlage als auch der Berechnungsmethodik Unsicherheiten bestehen.

7.6 Vermögenswerte und Schulden im Zusammenhang mit Unternehmenszusammenschlüssen

Im Rahmen von Unternehmenserwerben sind Schätzungen im Zusammenhang mit der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der identifizierbaren Vermögenswerte und übernommenen Schulden sowie möglicher bedingter Kaufpreisverbindlichkeiten erforderlich.

Für die erstmalige Bilanzierung von identifizierbaren Vermögenswerten und übernommenen Schulden werden alle verfügbaren Informationen über die Umstände zum Erwerbszeitpunkt herangezogen. Sofern die Informationen noch nicht vollständig vorliegen, werden vorläufige Beträge angegeben. Zusätzliche Informationen über Fakten und Umstände, die zum Erwerbszeitpunkt bestanden haben und innerhalb des Bewertungszeitraums (maximal ein Jahr) bekannt werden, führen zu einer rückwirkenden Berichtigung der vorläufig angesetzten Beträge. Änderungen aufgrund von Ereignissen nach dem Erwerbszeitpunkt führen nicht zu einer Berichtigung innerhalb des Bewertungszeitraums.

Immaterielle Vermögenswerte werden je nach Art des Vermögenswerts und der Verfügbarkeit der Informationen anhand einer geeigneten Bewertungsmethode ermittelt. Für Kundenbeziehungen und Markenrechte erfolgt dies im Regelfall auf Basis von ertragswertorientierten Verfahren (Income Approach). Beizulegende Zeitwerte von Grundstücken und Gebäuden werden in der Regel durch externe Experten oder Experten im Konzern ermittelt. Diese Bewertungen sind neben den Annahmen über die künftige Entwicklung der geschätzten Cashflows auch wesentlich von den verwendeten Abzinsungssätzen beeinflusst.

Analog zu den erworbenen Vermögenswerten und übernommenen Schulden werden auch für die erstmalige Bilanzierung bedingter Kaufpreisverbindlichkeiten

alle verfügbaren Informationen über die Umstände zum Erwerbszeitpunkt herangezogen. Zusätzliche Informationen über Fakten und Umstände, die zum Erwerbszeitpunkt bestanden haben und innerhalb des Bewertungszeitraums bekannt werden, führen ebenfalls zu einer rückwirkenden Berichtigung der vorläufig angesetzten Beträge. Änderungen aufgrund von Ereignissen nach dem Erwerbszeitpunkt (wie die Erreichung eines angestrebten Ergebnisziels) werden nicht als Berichtigung innerhalb des Bewertungszeitraums behandelt, sondern führen zu einer ergebniswirksamen Anpassung der Kaufpreisverbindlichkeit.

7.7 Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten, Geschäfts- oder Firmenwerten, Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien

Die Beurteilung der Werthaltigkeit von immateriellen Vermögenswerten, Geschäfts- oder Firmenwerten, Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen. Die verwendeten Annahmen, die den Wertminderungstests von Firmenwerten zugrunde gelegt wurden, sowie die sich daraus ergebenden Sensitivitäten werden unter Punkt 9.1 Geschäfts- oder Firmenwerte erläutert.

7.8 Finanzinstrumente

Zur Beurteilung der Werthaltigkeit von Eigenkapitalinstrumenten, für die kein aktiver Markt vorhanden ist, werden alternative Bewertungsmethoden herangezogen (Ertragswertverfahren bzw. Multiple Verfahren), die mit Schätzunsicherheiten behaftet sind. So beruhen die in der Bewertung angesetzten Parameter teilweise auf zukunftsbezogenen Annahmen bzw. die Auswahl der geeigneten Peer Group erfordert Annahmen über deren Vergleichbarkeit. Das Vorgehen wird unter Punkt 10 Finanzinstrumente und damit verbundene Risiken erläutert.

7.9 Ertragsteuern

Ansatz und Folgebewertung der tatsächlichen wie der latenten Steuern unterliegen Unsicherheiten aufgrund komplexer steuerlicher Vorschriften in unterschiedlichen nationalen Jurisdiktionen, die zudem laufenden Änderungen unterworfen sind. Das Management geht davon aus, eine vernünftige Einschätzung der steuerlichen Unsicherheiten getroffen zu haben. Aufgrund der bestehenden steuerlichen Unsicherheiten besteht jedoch das Risiko, dass Abweichungen zwischen den tatsächlichen Ergebnissen und den getroffenen Annahmen zu Auswirkungen auf die angesetzten Steuerschulden und latenten Steuern führen.

Latente Steueransprüche für bestehende steuerliche Verlustvorträge werden im Ausmaß der erwarteten tatsächlichen Nutzbarkeit angesetzt. Dem Ansatz liegen Planungsrechnungen des Managements über die Höhe des zu versteuernden Ergebnisses und der tatsächlichen Verwertungsmöglichkeit zugrunde, die Ermessensentscheidungen erfordern.

8. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

8.1 Segmentberichterstattung

Allgemeine Informationen Die Identifizierung berichtspflichtiger Segmente im Österreichischen Post-Konzern erfolgt auf der Grundlage der Unterschiede zwischen Produkten und Dienstleistungen. Es wurden die berichtspflichtigen Segmente „Brief, Werbepost & Filialen“, „Paket & Logistik“ und „Corporate“ bestimmt, die der divisionalen Organisationsstruktur des Österreichischen Post-Konzerns entsprechen. Die Bilanzierung von Transaktionen zwischen den Segmenten erfolgt nicht vollständig nach den Rechnungslegungsgrundsätzen, die im Konzernabschluss Anwendung finden.

Brief, Werbepost & Filialen Das Leistungsspektrum der Division Brief, Werbepost & Filialen umfasst die Annahme, Sortierung und Zustellung von Briefen, Postkarten, adressierten, teil- und unadressierten Werbesendungen und Zeitungen sowie Paketen im Zuge der Verbundzustellung. Darüber hinaus werden im Filialnetz Post- und Telekomprodukte sowie Finanzdienstleistungen angeboten. Die Österreichische Post bietet ihren Kunden auch diverse Online-Services wie den E-Brief und crossmediale Lösungen an. Ergänzt wird das Angebot durch physische und digitale Zusatzleistungen, wie z. B. Adress- und Datenmanagement, Poststellenmanagement und Dokumenten-Scanning.

Paket & Logistik Die Division Paket & Logistik bietet für den Paketversand Lösungen aus einer Hand über die gesamte Wertschöpfungskette. Kerngeschäft ist die Beförderung von Paketen sowie von „Express Mail Service“ (EMS)-Sendungen. Das Portfolio umfasst neben klassischen Paketprodukten, Expresszustellung oder Lebensmittelzustellung auch vielfältige Mehrwertdienstleistungen. So bietet das Unternehmen maßgeschneiderte Fulfillment-Lösungen wie Lagerung, Kommissionierung, Retouren-Management, Geld- und Werttransporte, Webshop-Logistik sowie Webshop-Infrastruktur an.

Corporate Der Division Corporate obliegen vor allem Dienstleistungen im Bereich der Konzernverwaltung, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und die Entwicklung von Immobilienprojekten. Nicht-operative

Dienstleistungen, wie sie typischerweise für Zwecke der Konzernverwaltung und Steuerung eines Konzerns erbracht werden, umfassen unter anderem die Verwaltung der Konzernimmobilien, die Erbringung von IT-Dienstleistungen sowie die Administration des Post Arbeitsmarktes.

Konsolidierung In der Spalte Konsolidierung wird die Eliminierung der Beziehungen zwischen den Segmenten vorgenommen. Weiters dient die Konsolidierung der Überleitung von Segmentgrößen auf Konzerngrößen.

INFORMATIONEN ÜBER DEN GEWINN ODER VERLUST

Geschäftsjahr 2017

Mio EUR	Brief, Werbepost & Filialen	Paket & Logistik	Corporate	Konsolidierung	Konzern
Umsatzerlöse (Segmente)	1.447,8	495,6	0,2	-4,6	1.938,9
Interne Leistungsverrechnung	101,7	4,8	15,5	-122,0	0,0
Umsatzerlöse gesamt	1.549,5	500,4	15,7	-126,7	1.938,9
davon Umsatzerlöse mit Dritten	1.446,8	491,9	0,1	0,0	1.938,9
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	0,1	-0,1	-1,9	0,0	-1,9
EBITDA	312,8	58,1	-76,2	-0,1	294,6
Abschreibungen	-23,2	-15,2	-48,4	0,0	-86,8
davon Wertminderungen erfolgswirksam	-3,1	-4,5	-6,5	0,0	-14,1
EBIT	289,6	42,8	-124,6	-0,1	207,8
Sonstiges Finanzergebnis					12,8
Ergebnis vor Ertragsteuern					220,6
Segmentinvestitionen	12,6	18,9	90,6	0,0	122,1

Geschäftsjahr 2018

Mio EUR	Brief, Werbepost & Filialen	Paket & Logistik	Corporate	Konsolidierung	Konzern
Umsatzerlöse (Segmente)	1.412,3	552,4	0,2	-6,4	1.958,5
Interne Leistungsverrechnung	112,9	4,9	17,3	-135,1	0,0
Umsatzerlöse gesamt	1.525,2	557,4	17,5	-141,6	1.958,5
davon Umsatzerlöse mit Dritten	1.409,6	548,6	0,2	0,0	1.958,5
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	0,3	-2,7	-1,2	0,0	-3,6
EBITDA	311,2	54,9	-60,7	0,0	305,4
Abschreibungen	-21,4	-13,6	-59,6	0,0	-94,5
davon Wertminderungen erfolgswirksam	-1,5	-2,6	-9,8	0,0	-13,9
EBIT	289,8	41,3	-120,3	0,0	210,9
Sonstiges Finanzergebnis					-13,1
Ergebnis vor Ertragsteuern					197,8
Segmentinvestitionen	13,3	10,3	113,5	0,0	137,0

Intersegmentäre Transaktionen erfolgen zu markt-orientierten Verrechnungspreisen.

Die Umsatzerlöse (Segmente) enthalten Umsatzerlöse, die mit Unternehmen außerhalb des Österreichischen Post-Konzerns sowie auch mit Konzernunternehmen außerhalb des Segments erzielt werden. In der internen Leistungsverrechnung wird die Verrechnung der segmentübergreifenden Leistungsbeziehungen innerhalb der Österreichischen Post AG gezeigt. Die Umsatzerlöse mit Dritten enthalten Umsatzerlöse aus Leistungsbeziehungen mit Unternehmen außerhalb des Österreichischen Post-Konzerns. Die Abschreibungen

(planmäßige Abschreibungen und Wertminderungen) resultieren aus den dem jeweiligen Segment zugeordneten Vermögenswerten. Die Segmentinvestitionen beinhalten Investitionen in immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen sowie in als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

INFORMATIONEN ÜBER GEOGRAFISCHE GEBIETE

Die Umsatzerlöse werden nach dem Standort der leistungserbringenden Gesellschaft gezeigt und betreffen ausschließlich Umsatzerlöse mit Unternehmen außerhalb des Österreichischen Post-Konzerns:

Geschäftsjahr 2017

Mio EUR	Österreich	Deutschland	Andere Länder	Konzern
Umsatzerlöse	1.780,4	47,9	110,7	1.938,9
Langfristige Vermögenswerte, ausgenommen Finanzinstrumente und latente Steueransprüche	765,5	0,3	38,5	804,4

Geschäftsjahr 2018

Mio EUR	Österreich	Deutschland	Andere Länder	Konzern
Umsatzerlöse	1.797,1	53,1	108,3	1.958,5
Langfristige Vermögenswerte, ausgenommen Finanzinstrumente und latente Steueransprüche	793,3	0,3	35,0	828,5

8.2 Erlöse aus Verträgen mit Kunden

8.2.1 ERLÖSE AUS VERTRÄGEN MIT KUNDEN

In der folgenden Tabelle sind die Erlöse aus Verträgen mit Kunden nach berichtspflichtigen Segmenten und Produktgruppen (Bereiche dieser Segmente) aufgeschlüsselt:

Mio EUR	2017	2018
Umsatzerlöse mit Dritten		
Briefpost	737,8	753,2
Mail Solutions	44,0	49,0
Werbepost	413,3	382,6
Medienpost	137,1	131,2
Filialdienstleistungen	114,6	93,7
Brief, Werbepost & Filialen	1.446,8	1.409,6
Paket Premium	240,3	265,9
Paket Standard	217,8	228,5
Paket Sonstige Leistungen	33,8	54,3
Paket & Logistik	491,9	548,6
Umsatzerlöse Sonstige	0,1	0,2
Corporate	0,1	0,2
Umsatzerlöse mit Dritten gesamt	1.938,9	1.958,5
Erlöse Immobilienprojekt Neutorgasse 7 (Segment Corporate)	0,0	17,9
Erlöse aus Verträgen mit Kunden	1.938,9	1.976,5

8.2.2 VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN AUS VERTRÄGEN MIT KUNDEN

Die folgende Tabelle enthält den Stand der Vertragskosten (Kosten zur Anbahnung eines Vertrages), Forderungen, Vertragsvermögenswerte und -verbindlichkeiten aus Verträgen mit Kunden gemäß IFRS 15 zum 1. Jänner 2018 und 31. Dezember 2018:

Mio EUR	01.01.2018	31.12.2018
Kosten zur Anbahnung eines Vertrages	0,3	0,1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	221,0	260,5
Vertragsvermögenswerte	6,6	23,5
Vertragsverbindlichkeiten	30,9	49,0

Die Kosten zur Anbahnung eines Vertrages beinhalten Maklergebühren, die im Zuge des Abschlusses eines Vertrages über den Verkauf von Wohnungen des Immobilienprojektes Neutorgasse 7 anfallen. Diese werden aktiviert und über die Vertragslaufzeit abgeschrieben.

Die Vertragsvermögenswerte des Österreichischen Post-Konzerns resultieren aus dem Anspruch auf Erhalt einer Gegenleistung im Austausch für den bereits erfüllten Teil der Leistungsverpflichtung des Immobilienprojektes Neutorgasse 7 (siehe dazu Punkt 3.3.2 IFRS 15 Erlöse aus Verträgen mit Kunden). Die Vertragsvermögenswerte werden zu den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen umgegliedert, sobald ein unbedingter Anspruch auf Gegenleistung mit Fertigstellung und Übergabe der Wohneinheit vorliegt.

Die Vertragsverbindlichkeiten betreffen zum 31. Dezember 2018 die in Punkt 3.3.2 IFRS 15 Erlöse aus Verträgen mit Kunden und die in Unterpunkt H und I beschriebenen, erhaltenen Vorauszahlungen im Rahmen der Brief- und Paketzustellung sowie die Vorauszahlung im Zusammenhang mit der Entflechtungsvereinbarung mit BAWAG P.S.K. (siehe dazu Punkt 6.2 Beendigung der Zusammenarbeit mit der BAWAG P.S.K.).

Von den zum 1. Jänner 2018 ausgewiesenen Vertragsverbindlichkeiten wurden 15,2 Mio EUR in den Umsatzerlösen erfasst.

8.3 Sonstige betriebliche Erträge

Mio EUR	2017	2018
Mieten und Pachten	25,1	26,3
Beendigung der Kooperationsvereinbarung BAWAG P.S.K.	0,0	20,1
Erlösrealisierung Immobilienprojekt Neutorgasse 7	0,0	17,9
Abgang von Sachanlagen	4,0	7,0
Aktiviere Eigenleistungen	3,5	4,4
Abgeltungen von Schadensfällen	2,2	2,6
Personalbereitstellung und -verwaltung	2,0	1,8
Weiterverrechnete Aufwendungen	2,2	0,5
Rückforderung von Beiträgen	56,4	0,0
Erträge aus der Entkonsolidierung	3,0	0,0
Andere	14,2	15,5
	112,7	96,2

Die sonstigen betrieblichen Erträge aus Mieten und Pachten betreffen zum Teil oder zur Gänze vermietete Vermögenswerte (Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien). Deren Buchwert beträgt zum 31. Dezember 2018 58,0 Mio EUR (31.12.2017: 50,6 Mio EUR). Bei den zugrundeliegenden Mietverhältnissen handelt es sich überwiegend um kündbare Operating-Leasingverhältnisse mit Indexierung der Mieten. Die im Geschäftsjahr 2018 erwirtschafteten Mieterträge aus unkündbaren bzw. befristeten Mietverhältnissen wurden im Wesentlichen von der Österreichischen Post AG erzielt.

Zu der Erlösrealisierung aus dem Immobilienprojekt Neutorgasse 7 verweisen wir auf Kapitel 3.3.2 IFRS 15 Erlöse aus Verträgen mit Kunden.

Zu den Erträgen aus der Beendigung der Kooperationsvereinbarung mit der BAWAG P.S.K. verweisen wir auf Kapitel 6.2 Beendigung der Zusammenarbeit mit der BAWAG P.S.K.

Der Posten Rückforderung von Beiträgen im Geschäftsjahr 2017 betrifft gutgeschriebene Rückforderungsansprüche aus in Vorperioden bezahlten Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung der Beamten (siehe dazu Punkt 7.5 Rückforderung von Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung der Beamten).

Die anderen sonstigen betrieblichen Erträge enthalten eine Vielzahl an einzelnen unwesentlichen Beträgen.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen betragen zum Bilanzstichtag wie folgt:

Mio EUR	31.12.2017	31.12.2018
Bis zu einem Jahr	5,5	6,4
Länger als ein und bis zu fünf Jahre	12,9	17,3
Länger als fünf Jahre	34,4	46,7
	52,8	70,4

8.4 Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen

Mio EUR	2017	2018
Material		
Treib- und Brennstoffe	17,7	19,6
Handelswaren	14,6	5,6
Betriebsmittel, Bekleidung, Wertzeichen	17,5	18,8
Andere	3,1	3,7
	52,9	47,7
Bezogene Leistungen		
Internationale Postbetreiber	63,5	62,5
Verteiler unadressiert	24,6	16,6
Verteiler adressiert	11,5	10,6
Energie	14,0	14,2
Transporte	175,0	200,2
Andere	68,4	89,3
	357,0	393,5
	409,9	441,2

8.5 Personalaufwand

Mio EUR	2017	2018
Löhne und Gehälter	803,0	795,4
Abfertigungen	18,2	4,8
Altersversorgung	0,2	0,3
Gesetzlich vorgeschriebene Abgaben und Beiträge	192,2	191,6
Andere Personalaufwendungen	6,5	16,6
	1.020,1	1.008,7

Die Löhne und Gehälter enthielten im Geschäftsjahr 2017 Beiträge der BAWAG P.S.K. aus der Änderungsvereinbarung in Höhe von 26,9 Mio EUR, die mit den Aufwendungen für zu bildende Vorsorgen verrechnet wurden. Siehe dazu im Einzelnen unter Punkt 6.2 Beendigung der Zusammenarbeit mit der BAWAG P.S.K. bzw. 9.11.2 Andere Rückstellungen für Mitarbeiter.

Die Aufwendungen für Abfertigungen gliedern sich wie folgt:

Mio EUR	2017	2018
Vorstände	0,1	-0,4
Leitende Angestellte	0,1	0,2
Andere Arbeitnehmer	17,9	5,0
	18,2	4,8

Im Geschäftsjahr 2018 wurden aufwandswirksame Beiträge an die Mitarbeitervorsorgekasse (MVK) betreffend beitragsorientierte Abfertigungsverpflichtungen in Höhe von 4,2 Mio EUR (2017: 3,6 Mio EUR) erfasst.

Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer betrug im Geschäftsjahr:

	2017	2018
Arbeiter	2.147	1.857
Angestellte	12.836	13.841
Beamte	7.168	6.421
Lehrlinge	78	91
Anzahl nach Köpfen	22.229	22.210
Entsprechende Vollzeitkraftäquivalente	20.524	20.545

8.6 Abschreibungen

Mio EUR	2017	2018
Wertminderungen Geschäfts- oder Firmenwerte	4,3	2,2
Abschreibungen immaterielle Vermögenswerte		
Planmäßige Abschreibungen	6,9	9,6
Wertminderungen	0,2	4,0
	7,1	13,6
Abschreibungen Sachanlagen		
Planmäßige Abschreibungen	63,5	68,2
Wertminderungen	3,0	1,8
	66,5	70,0
Abschreibungen als Finanzinvestition gehaltene Immobilien		
Planmäßige Abschreibungen	2,4	2,8
Wertminderungen	6,5	6,1
	8,9	8,8
	86,8	94,5

Zur Erläuterung der Wertminderung verweisen wir jeweils auf Punkt 9.1 Geschäfts- oder Firmenwerte, Punkt 9.2 Immaterielle Vermögenswerte sowie Punkt 9.4 Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property).

8.7 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Mio EUR	2017	2018
IT-Dienstleistungen	43,6	51,2
Instandhaltung	49,1	49,9
Leasing, Miet- und Pachtzinsen	48,5	46,3
Reise- und Fahrtaufwendungen	24,9	27,0
Kommunikation und Werbung	18,5	21,0
Beratung	20,1	19,7
Fremdpersonal und Leasingkräfte	15,8	19,0
Entsorgung und Reinigung	12,2	12,3
Sonstige Steuern (nicht vom Einkommen und Ertrag)	9,0	8,6
Schadensfälle	7,5	8,5
Versicherungen	6,3	6,9
Telefon	3,2	3,1
Aus- und Fortbildung	3,2	3,0
Wertminderung von Forderungen	8,2	2,7
Verlust Abgang Sachanlagen	2,2	2,2
Ersatzleistungen	35,4	0,7
Andere	17,3	13,5
	325,0	295,7

Die Wertminderungen von Forderungen im Geschäftsjahr 2018 enthalten Wertminderungen von Forderungen gemäß dem neuen Wertminderungsmodell des IFRS 9 in Höhe von 1,1 Mio EUR und Verluste aus dem Abgang von Forderungen in Höhe von 1,6 Mio EUR. Aufgrund der betraglichen Unwesentlichkeit erfolgt für diese Beträge keine Angabe nach IAS 1.82 als gesonderter Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung.

In den Wertminderungen von Forderungen waren im Geschäftsjahr 2017 5,9 Mio EUR an Wertberichtigungen von Forderungen gegenüber der BAWAG P.S.K. enthalten. Diese beruhen auf unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der Vergütung von Schaltertransaktionen für Vorperioden.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Aufwendungen für etwaige Ersatzleistungen in Höhe von 0,7 Mio EUR (2017: 35,4 Mio EUR) enthalten. Im aktuellen Geschäftsjahr kam es zu einer geringfügigen Anpassung der Rückerstattungsansprüche sowie der Rückstellung. Siehe dazu Punkt 7.5 Rückforderung von Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung der Beamten.

Die anderen sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten eine Vielzahl an einzelnen unwesentlichen Beträgen.

8.8 Sonstiges Finanzergebnis

Mio EUR	Anhang	2017	2018
Finanzerträge			
Zinserträge		3,4	7,0
Wertpapiererträge		1,9	1,5
Erträge aus dem Abgang von Wertpapieren und sonstigen Anteilen		11,0	0,0
		16,4	8,5
Finanzaufwendungen			
Zinsaufwendungen für andere finanzielle Verbindlichkeiten		-0,3	-0,3
Zinsaufwendungen für Rückstellungen	(9.11.1)	-3,0	-3,3
Aufwendungen aus der Bewertung von Finanzanlagen		0,0	-15,7
Andere		-0,4	-2,3
		-3,6	-21,6
		12,8	-13,1

Die Zinserträge im Geschäftsjahr 2018 enthalten Beschwerdezinserträge in Höhe von 6,1 Mio EUR im Zusammenhang mit der Rückforderung von Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung der Beamten.

Aufwendungen aus der Bewertung von Finanzanlagen enthalten mit 14,4 Mio EUR die Anpassung des beizulegenden Zeitwertes der Anteile an der FinTech Group AG.

Die Erträge aus dem Abgang von Wertpapieren und sonstigen Anteilen in Höhe von 11,0 Mio EUR resultierten im Vorjahr aus dem Verkauf der indirekt gehaltenen Anteile an der BAWAG P.S.K.

8.9 Ergebnis je Aktie

Mio EUR	2017	2018
Aktionären des Mutterunternehmens zurechenbares Periodenergebnis	165,2	143,7
Bereinigtes Periodenergebnis zur Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	165,2	143,7
Stück	2017	2018
Gewichtete durchschnittliche Anzahl von für die Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie verwendeten Stammaktien	67.552.638	67.552.638
Gewichtete durchschnittliche Anzahl von für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie verwendeten Stammaktien	67.552.638	67.552.638
EUR	2017	2018
Unverwässertes Ergebnis je Aktie	2,45	2,13
Verwässertes Ergebnis je Aktie	2,45	2,13

9. Erläuterungen zur Bilanz

9.1 Geschäfts- oder Firmenwerte

Mio EUR	2017	2018
Anschaffungskosten		
Stand am 1. Jänner	82,8	72,4
Zugang aus Unternehmenserwerben	10,0	0,9
Abgänge	-20,9	-3,1
Währungsumrechnungsdifferenzen	0,4	-0,1
Stand am 31. Dezember	72,4	70,1
Wertminderungen		
Stand am 1. Jänner	26,5	10,3
Zugänge	4,3	2,2
Abgänge	-20,9	-1,0
Währungsumrechnungsdifferenzen	0,3	0,0
Stand am 31. Dezember	10,3	11,4
Buchwert am 1. Jänner	56,3	62,1
Buchwert am 31. Dezember	62,1	58,7

Der Zugang aus Unternehmenserwerben betrifft den Unternehmenszusammenschluss mit der sendhybrid ÖPBD GmbH. Siehe dazu jeweils im Einzelnen unter Punkt 4.2 Änderungen im Konsolidierungskreis. Die Abgänge betreffen die Aufgabe eines Geschäftsbereiches im Segment Brief, Werbepost & Filialen.

Die folgende Tabelle zeigt die Geschäfts- oder Firmenwerte nach Segmenten und ZGE:

Mio EUR	31.12.2017	31.12.2018
BRIEF, WERBEPOST & FILIALEN		
feibra Gruppe	30,9	30,9
Sonstige	5,8	2,6
	36,8	33,6
PAKET & LOGISTIK		
Paketlogistik Österreich	11,7	11,7
Sonstige	13,6	13,5
	25,3	25,2
	62,1	58,7

Zwischen den beiden Segmenten Brief, Werbepest & Filialen und Paket & Logistik kam es im Geschäftsjahr 2018 zu einer Verschiebung der Buchwerte. Die zahlungsmittelgenerierende Einheit (ZGE) Weber Escal d.o.o., Kroatien, mit einem Firmenwert von 1,0 Mio EUR wurde von der Division Paket & Logistik übernommen.

Der einmal jährlich durchzuführende Werthaltigkeitstest erfolgt in der Österreichischen Post nach dem Value-in-Use-Konzept. Dabei wird der erzielbare Betrag der ZGE auf Basis des Nutzungswerts ermittelt. Für die Ermittlung des Nutzungswerts werden die erwarteten künftigen Cashflows mithilfe der Discounted-Cashflow-Methode unter Verwendung eines durchschnittlichen Kapitalkostensatzes (Weighted Average Cost of Capital) nach Steuern auf ihren Barwert abgezinst. Für die Ableitung des Kapitalkostensatzes wird für alle im gleichen Segment tätigen ZGE jeweils eine Gruppe von Vergleichsunternehmen (Peer Group) herangezogen.

Die Cashflow-Prognosen im Detailplanungszeitraum basieren auf der vom Management genehmigten Geschäftsjahresplanung für das Jahr 2019 und der Mittelfristplanung für einen Zeitraum von weiteren drei Jahren (2020–2022). Den Cashflow-Prognosen liegen sowohl die unternehmensinternen Erfahrungen aus der Vergangenheit als auch die unternehmensextern erhobenen volkswirtschaftlichen bzw., soweit verfügbar, branchenbezogenen Rahmendaten zur Verfügung. Der Wertbeitrag ab dem Jahr 2023 wird durch den Ansatz einer ewigen Rente berücksichtigt. Als Obergrenze für die in der ewigen Rente angesetzte Wachstumsrate werden die langfristigen Wachstums- und Inflationserwartungen der Länder bzw. Branchen, in denen die jeweiligen ZGE ihre Cashflows erzielen, berücksichtigt. Im Regelfall wird eine Wachstumsrate von 1,0% (2017: 1,0%) angesetzt, wobei notwendige Thesaurierungen berücksichtigt werden. Die wesentlichen Bewertungsannahmen, die der Ermittlung des erzielbaren Betrags zugrunde lagen, waren Annahmen des Managements über die erwartete kurz- und langfristige Umsatzentwicklung, der verwendete Abzinsungssatz und die langfristig erwartete Wachstumsrate.

Die folgende Tabelle zeigt die für die einzelnen wesentlichen ZGE angesetzten Abzinsungssätze:

	2017 WACC nach Steuern	2018 WACC nach Steuern
BRIEF, WERBEPOST & FILIALEN		
feibra Gruppe	6,7%	6,2%
Sonstige	6,7%–9,0%	6,2%
PAKET & LOGISTIK		
Paketlogistik Österreich	7,6%	7,7%
Sonstige	8,2%–14,8%	8,3%–16,0%

Die folgende Tabelle zeigt die Zugänge zu den Wertminderungen der Geschäfts- oder Firmenwerte nach Segmenten und ZGE:

Zugang Wertminderungen Geschäfts- oder Firmenwerte

Mio EUR	2017	2018
BRIEF, WERBEPOST & FILIALEN		
EMD GmbH	0,0	1,1
Weber Escal d.o.o.	2,7	0,0
	2,7	1,1
PAKET & LOGISTIK		
City Express d.o.o.	0,0	1,1
Slovak Parcel Service s.r.o. & IN TIME s.r.o.	1,7	0,0
	1,7	1,1
	4,3	2,2

Im Geschäftsjahr 2018 kam es bei den Firmenwerten der ZGE EMD GmbH, Österreich (Segment Brief, Werbepest & Filialen) sowie der ZGE City Express d.o.o., Serbien (Segment Paket & Logistik), zu einer Wertminderung, die jeweils unter den Abschreibungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wird. Hintergrund der erfassten Wertminderungen waren in beiden Fällen der Verlust von einzelnen wesentlichen Kunden, der als nachhaltig eingeschätzt wurde.

Zusätzlich zum Werthaltigkeitstest wurden für wesentliche ZGE Sensitivitätsanalysen bezüglich der wesentlichen Bewertungsannahmen durchgeführt. Dabei wurde in der ersten Sensitivitätsanalyse die Umsatzerwartung um einen Prozentpunkt reduziert und in der zweiten Sensitivitätsanalyse der Abzinsungssatz um einen Prozentpunkt angehoben. Aus der Veränderung dieser Parameter würden sich ceteris paribus bei den folgenden ZGE für 2018 zusätzliche Wertminderungen ergeben:

Mio EUR	Umsatzerwartung		WACC	
	-1%-Punkt	+1%-Punkt	2017	2018
	2017	2018	2017	2018
Slovak Parcel Service s.r.o. & IN TIME s.r.o.	1,6	0,2	3,1	1,6
M&BM Express OOD	0,2	0,6	0,2	0,4
City Express d.o.o.	0,2	1,6	0,1	1,3

9.2 Immaterielle Vermögenswerte

Geschäftsjahr 2017					
Mio EUR	Anhang	Kundenbeziehungen	Markenrechte	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
Anschaffungskosten					
Stand am 1. Jänner 2017		22,9	4,0	67,6	94,5
Zugang aus Unternehmenserwerben		0,1	0,0	2,7	2,8
Zugänge		0,0	0,0	8,2	8,2
Abgänge		-4,7	-0,1	-11,3	-16,1
Währungsumrechnungsdifferenzen		0,3	0,0	0,0	0,3
Stand am 31. Dezember 2017		18,7	3,9	67,2	89,7
Abschreibungen/Wertminderungen					
Stand am 1. Jänner 2017		18,0	3,7	51,7	73,3
Planmäßige Abschreibungen	(8.6)	1,8	0,0	5,1	6,9
Abgänge		-4,1	-0,1	-11,2	-15,4
Währungsumrechnungsdifferenzen		0,3	0,0	0,0	0,3
Stand am 31. Dezember 2017		15,9	3,5	45,7	65,1
Buchwert am 1. Jänner 2017		4,9	0,4	15,9	21,2
Buchwert am 31. Dezember 2017		2,8	0,4	21,5	24,7

Geschäftsjahr 2018					
Mio EUR	Anhang	Kundenbeziehungen	Markenrechte	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
Anschaffungskosten					
Stand am 1. Jänner 2018		18,7	3,9	67,2	89,7
Zugang aus Unternehmenserwerben		0,0	0,0	3,8	3,8
Zugänge		0,0	0,0	10,5	10,5
Abgänge		-2,8	0,0	-6,9	-9,7
Währungsumrechnungsdifferenzen		0,0	0,0	0,0	0,0
Stand am 31. Dezember 2018		15,9	3,9	74,7	94,4
Abschreibungen/Wertminderungen					
Stand am 1. Jänner 2018		15,9	3,5	45,7	65,1
Planmäßige Abschreibungen	(8.6)	1,0	0,0	8,6	9,6
Wertminderungen	(8.6)	0,4	0,0	3,6	4,0
Abgänge		-2,8	0,0	-6,0	-8,8
Währungsumrechnungsdifferenzen		0,0	0,0	0,0	0,0
Stand am 31. Dezember 2018		14,6	3,5	51,8	69,9
Buchwert am 1. Jänner 2018		2,8	0,4	21,5	24,7
Buchwert am 31. Dezember 2018		1,3	0,4	22,8	24,5

Im laufenden Geschäftsjahr wurden wie im Vorjahr keine Fremdkapitalkosten aktiviert.

In den immateriellen Vermögenswerten sind Markenrechte mit unbegrenzter Nutzungsdauer mit einem Buchwert in Höhe von 0,4 Mio EUR (31.12.2017: 0,4 Mio EUR) enthalten. Die Markenrechte sind dem Segment Paket & Logistik zugeordnet.

Die Zugänge bei den sonstigen immateriellen Vermögenswerten enthalten Zugänge aus selbst geschaffener Software in Höhe von 5,1 Mio EUR (2017: 4,1 Mio EUR).

Die Wertminderungen von sonstigen immateriellen Vermögenswerten betreffen Software im Geschäftsfeld E-Commerce, die im Rahmen der Werthaltigkeitstests nach IAS 36 abzuwerten war (Segment Corporate).

9.3 Sachanlagen

Geschäftsjahr 2017

Mio EUR	Anhang	Grundstücke und Bauten	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	Gesamt
Anschaftungs-/Herstellungskosten						
Stand am 1. Jänner 2017		658,2	147,6	322,9	75,8	1.204,5
Zugang aus Unternehmenserwerben		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zugänge		19,5	9,8	34,5	38,8	102,5
Abgänge		-1,1	-6,0	-35,8	-1,2	-44,1
Umbuchungen		47,8	3,6	12,9	-64,3	0,0
Umgliederung Investment Property	(9.4)	-14,3	0,0	0,0	0,0	-14,3
Währungsumrechnungsdifferenzen		0,2	0,0	0,2	0,0	0,5
Stand am 31. Dezember 2017		710,4	154,9	334,8	49,0	1.249,1
Abschreibungen/Wertminderungen						
Stand am 1. Jänner 2017		341,4	86,4	179,1	0,0	606,9
Planmäßige Abschreibungen	(8.6)	17,2	11,0	35,3	0,0	63,5
Wertminderungen	(8.6)	2,8	0,0	0,0	0,0	2,8
Abgänge		-0,9	-5,9	-32,7	0,0	-39,4
Umbuchungen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Umgliederungen Investment Property	(9.4)	-0,6	0,0	0,0	0,0	-0,6
Währungsumrechnungsdifferenzen		0,1	0,0	0,2	0,0	0,2
Stand am 31. Dezember 2017		360,0	91,5	181,9	0,0	633,4
Buchwert am 1. Jänner 2017		316,8	61,2	143,8	75,8	597,6
Buchwert am 31. Dezember 2017		350,4	63,4	152,9	49,0	615,7

Geschäftsjahr 2018

Mio EUR	Anhang	Grundstücke und Bauten	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
Stand am 1. Jänner 2018		710,4	154,9	334,8	49,0	1.249,1
Zugänge		25,2	5,3	52,2	40,4	123,3
Abgänge		-0,8	0,0	-42,9	-11,4	-55,1
Umbuchungen		17,5	1,3	12,9	-31,7	0,0
Umgliederung Investment Property	(9.4)	3,3	0,0	0,0	0,0	3,3
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten		0,0	0,0	-3,0	0,0	-3,0
Währungsumrechnungsdifferenzen		0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0
Stand am 31. Dezember 2018		755,7	161,5	354,0	46,3	1.317,5
Abschreibungen/Wertminderungen						
Stand am 1. Jänner 2018		360,0	91,5	181,9	0,0	633,4
Planmäßige Abschreibungen	(8.6)	18,3	11,3	38,6	0,0	68,2
Wertminderungen	(8.6)	1,6	0,0	0,2	0,0	1,8
Abgänge		-0,4	0,0	-38,0	0,0	-38,4
Umgliederungen Investment Property	(9.4)	2,4	0,0	0,0	0,0	2,4
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten		0,0	0,0	-2,7	0,0	-2,7
Währungsumrechnungsdifferenzen		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Stand am 31. Dezember 2018		381,9	102,8	180,0	0,0	664,7
Buchwert am 1. Jänner 2018		350,4	63,4	152,9	49,0	615,7
Buchwert am 31. Dezember 2018		373,8	58,7	174,0	46,3	652,8

Die Wertminderungen der Grundstücke und Bauten betreffen Liegenschaften der ZGE Overseas Trade Co. Ltd. d.o.o., Kroatien (Segment Paket & Logistik), deren beizulegender Zeitwert im Vergleich zum Vorjahr weiter gesunken ist. Die Wertminderung wurde in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Abschreibungen erfasst.

Im laufenden Geschäftsjahr wurden wie im Vorjahr keine Fremdkapitalkosten aktiviert. Ebenso gab es zum

31. Dezember 2018 wie im Vorjahr keine Sachanlagen, die als Sicherheit verpfändet wurden.

Die zum 31. Dezember 2018 bestehenden Investitionszuschüsse für Sachanlagevermögen in Höhe von 2,0 Mio EUR (31.12.2017: 2,6 Mio EUR) betreffen im Wesentlichen Zuschüsse des Bundes für E-Fahrzeuge.

FINANZIERUNGSLEASING

Nettobuchwerte und Nutzungsdauern der geleasten Vermögenswerte

Mio EUR	Nutzungsdauer	Buchwert 31.12.2017	Buchwert 31.12.2018
Grundstücke und Bauten	30	5,9	5,8
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2-8	0,2	0,5

In der folgenden Tabelle wird die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen zum Bilanzstichtag auf deren Barwert übergeleitet:

Mio EUR	2017	2018
Mindestleasingzahlungen		
Bis zu einem Jahr	0,4	0,5
Länger als ein und bis zu fünf Jahre	1,3	1,4
Länger als fünf Jahre	2,3	2,1
	4,0	4,0
Abzüglich:		
Zukünftige Finanzierungskosten	-0,2	-0,2
Barwert der Leasingverpflichtungen		
Bis zu einem Jahr	0,4	0,4
Länger als ein und bis zu fünf Jahre	1,1	1,3
Länger als fünf Jahre	2,2	2,0
	3,8	3,7

Der Ausweis der korrespondierenden Verbindlichkeit erfolgt unter den Anderen finanziellen Verbindlichkeiten. Siehe dazu unter Punkt 9.12 Andere finanzielle Verbindlichkeiten.

Die Kriterien für die Klassifizierung als Finanzierungsleasing waren im Wesentlichen der Barwert- und der Laufzeittest. Darüber hinaus wurden Ankaufsoptionen zu vorteilhaften Bedingungen am Ende der Laufzeit sowie Verlängerungs- und Preisanpassungsklauseln berücksichtigt.

Für einen Teil der Mietverträge ist die Mietzahlung an den 6-Monats-EURIBOR gebunden. Im Geschäftsjahr 2018 gab es wie im Vorjahr keine damit zusammenhängenden bedingten Mietzahlungen.

9.4 Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property)

Mio EUR	Anhang	2017	2018
Anschaffungs-/Herstellungskosten			
Stand am 1. Jänner		240,5	265,4
Zugänge		11,4	3,2
Abgänge		-0,7	-0,4
Umgliederung Sachanlagen		14,3	-3,3
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten		0,0	-0,5
Stand am 31. Dezember		265,4	264,5
Abschreibungen/Wertminderungen			
Stand am 1. Jänner		171,4	180,5
Planmäßige Abschreibungen	(8.6)	2,4	2,8
Wertminderungen	(8.6)	6,5	6,1
Abgänge		-0,5	-0,2
Umgliederung Sachanlagen		0,6	-2,4
Umgliederung als zur Veräußerung gehalten		0,0	-0,5
Stand am 31. Dezember		180,5	186,1
Buchwert am 1. Jänner		69,0	85,0
Buchwert am 31. Dezember		85,0	78,4

Mio EUR	31.12.2017	31.12.2018
Beizulegender Zeitwert	268,9	262,8
Mieteinnahmen	15,9	17,2
Betriebliche Aufwendungen für vermietete Immobilien	10,9	9,9
Betriebliche Aufwendungen für nicht vermietete Immobilien	1,0	2,2

Die Zugänge bei den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien im laufenden Geschäftsjahr sind im Wesentlichen auf das Immobilienprojekt Neutorgasse 7 in Wien Innere Stadt zurückzuführen. Die gesamte Immobilie Neutorgasse 7 wird für eine zukünftige Vermietung (Zuordnung zu den Als Finanzinvestitionen gehalten Immobilien) sowie für den Verkauf von Wohnungen (Zuordnung zu den Vorräten) entwickelt.

Die Wertminderungen betreffen mit 5,3 Mio EUR die Immobilie EKZ Post am Rochus, wo auf Basis der

routinemäßig erstellten Verkehrswertgutachten eine Abwertung vorzunehmen war.

Die Mieteinnahmen und die betrieblichen Aufwendungen für vermietete sowie nicht vermietete Immobilien enthalten nur Erträge und Aufwendungen gegenüber Dritten. Konzerninterne Aufwendungen und Erträge sind in obiger Tabelle nicht dargestellt.

Im laufenden Geschäftsjahr wurden wie im Vorjahr keine Fremdkapitalkosten aktiviert.

9.5 Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen

9.5.1 NACH DER EQUITY-METHODE BILANZIERTE FINANZANLAGEN

Zusammensetzung der Buchwerte				
Mio EUR	Anteil %	2017	Anteil %	2018
Assoziierte Unternehmen				
ADELHEID GmbH, Berlin	50,1	3,5	50,4	3,9
adverserve Holding GmbH, Wien	49,0	2,7	49,0	2,8
D2D – direct to document GmbH, Wien	30,0	1,5	30,0	1,7
IN TIME SPEDICE, spol. s r.o., Prag	31,5	0,0	31,5	0,0
PHS Logistiktechnik GmbH, Graz	26,0	0,4	40,0	0,7
sendhybrid ÖPBD GmbH, Graz	26,0	0,0	- ¹	0,0
		8,1		9,2
Gemeinschaftsunternehmen				
OMNITEC GmbH, Wien	50,0	0,0	50,0	0,0
		0,0		0,0
Nettobuchwert zum 31. Dezember		8,1		9,2

¹ Beendigung der Bilanzierung nach der Equity-Methode im Geschäftsjahr 2018, siehe dazu unter Punkt 4.2 Änderungen im Konsolidierungskreis.

Bei der OMNITEC Informationstechnologie-System-service GmbH wurde mit den restlichen Anteilseignern auf Basis der Gesellschaftervereinbarung gemeinschaftliche Führung vereinbart. Da die Gesellschaft als ein eigenständiges Vehikel aufgebaut ist, handelt es sich um ein Gemeinschaftsunternehmen gemäß IFRS 11.

Obwohl die Anteile an der ADELHEID GmbH, Berlin 50,4% betragen, liegt keine Beherrschung im Sinne des

IFRS 10 vor. Die notwendigen Stimmrechtsmehrheiten in den zur Beherrschung relevanten Gremien liegen auf Basis der bestehenden Corporate Governance bei 66,6%.

Sämtliche Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen werden nach der Equity-Methode gemäß IAS 28 in den Konzernabschluss der Österreichischen Post AG einbezogen.

Überleitung der Buchwerte

Mio EUR	2017	2018
Nettobuchwert zum 1. Jänner	9,6	8,1
Zugang aus Unternehmenserwerben	3,1	0,0
Zugang aus Kapitalerhöhungen	0,9	2,1
Abgang aus Anteilsverkauf	-0,6	0,0
Abgang aus Methodenwechsel	-2,9	0,0
Anteiliges Jahresergebnis laufend	-1,8	-0,9
Ausschüttungen	-0,2	-0,2
Nettobuchwert zum 31. Dezember	8,1	9,2

Der Zugang aus Kapitalerhöhungen betrifft im aktuellen Geschäftsjahr in Höhe von 1,7 Mio EUR die ADELHEID GmbH und in Höhe von 0,4 Mio EUR die PHS Logistiktechnik GmbH (2017: 0,5 Mio EUR ACL advanced commerce labs GmbH und 0,4 Mio EUR PHS Logistiktechnik GmbH).

Der aggregierte Buchwert der Anteile an einzeln für sich genommen unwesentlichen assoziierten Unternehmen beträgt 9,2 Mio EUR (31.12.2017: 8,1 Mio EUR).

sendhybrid ÖPBD GmbH Bei der sendhybrid ÖPBD GmbH wurde mit 1. Juli 2018 die Bilanzierung nach der Equity-Methode beendet. Aufgrund der Erlangung der Beherrschung durch den zusätzlichen Anteilswerb von 25 % auf 51 % wird die Gesellschaft ab diesem Zeitpunkt als vollkonsolidiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen.

PHS Logistiktechnik GmbH An der PHS Logistiktechnik GmbH wurden mit 23. Oktober 2018 weitere 14 % der Anteile erworben.

ADELHEID GmbH Die zum 31. Dezember 2017 offene Verbindlichkeit zur Zahlung eines Agios in Höhe von 0,4 Mio EUR aus im Geschäftsjahr 2016 durchgeführten Kapitalerhöhungen wurde im Geschäftsjahr 2018 beglichen. Der Anteil an der ADELHEID GmbH wurde im Geschäftsjahr von 50,12 % um 0,33 % auf 50,44 % erhöht.

Die ADELHEID GmbH ist 100 % Gesellschafter der AEP GmbH, Alzenau, Deutschland, die unter der Geschäftsbezeichnung „AEP“ Apotheken in Deutschland mit Pharmaprodukten beliefert.

9.5.2 ERGEBNIS AUS NACH DER EQUITY-METHODE BILANZIERTEN FINANZANLAGEN

Die nachstehende Tabelle gliedert in aggregierter Form den Anteil am Periodenergebnis und sonstigen Ergebnis von einzeln betrachtet unwesentlichen assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen auf. Die Tabelle zeigt auch die Überleitung zur Summe des Ergebnisses aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen:

Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen

Mio EUR	2017	2018
Unwesentliche assoziierte Unternehmen		
Anteil am Periodenergebnis	-1,9	-3,6
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	-1,9	-3,6
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen – Anteil am sonstigen Ergebnis	0,0	0,0

Der Anteil am Periodenergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen enthält gegen – als Teil der Netto-Investition eingestufte – Forderungen erfasste Periodenergebnisse sowie auf diese entfallende Wertminderungen der IN TIME SPEDICE, spol. s r.o. in Höhe von 2,6 Mio EUR.

9.6 Andere finanzielle Vermögenswerte

Mio EUR	31.12.2017			31.12.2018		
	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt
Wertpapiere, andere Anteile	44,6	36,1	80,6	45,4	10,4	55,8
Anderer Anteile	0,0	50,2	50,2	0,0	51,8	51,8
Derivative finanzielle Vermögenswerte	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1
Gesamt	44,6	86,4	131,0	45,4	62,4	107,7

Wertpapiere In den Wertpapieren sind im Wesentlichen Investmentfonds und Anleihen enthalten. Die vom Österreichischen Post-Konzern gehaltenen Wertpapiere besitzen ein Investment-Grade-Rating bzw. eine vergleichbare erstklassige Bonität. Investmentfonds werden nur bei international anerkannten Kapitalanlagegesellschaften gehalten.

Anderer Anteile Der Buchwert der Anderen Anteile zum 31. Dezember 2018 enthält Anteile an der Aras Kargo a.s., der FinTech Group AG sowie der CESEAG AG.

Der 25-%-Anteil an Aras Kargo a.s. wird weiterhin als finanzieller Vermögenswert nach IFRS 9 erfasst. Die Gesellschaft wird seit dem Frühjahr 2017 von einem vom Gericht bestellten Treuhänder (Trustee Panel) geführt, wobei der Treuhänder ausschließlich dem Gericht gegenüber verantwortlich ist. Die Möglichkeit zur maßgeblichen Einflussnahme durch die Gesellschafter besteht nicht. Der beizulegende Zeitwert lag mit 25,9 Mio EUR um 18,7 Mio EUR unter dem Vorjahr. Die Abwertung ist im sonstigen Ergebnis unter den Zeitwertänderungen von Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert (FVOCI) klassifizierten Vermögenswerten ausgewiesen.

Die Österreichische Post AG hat sich im Zuge der Verhandlungen über die Gründung eines Joint Ventures zur Erbringung von Finanzdienstleistungen an der FinTech Group AG beteiligt, wobei von dieser Kooperation schlussendlich einvernehmlich Abstand genommen wurde. Der 6,54% Anteil an der FinTech Group AG wird als finanzieller Vermögenswert nach IFRS 9 erfasst. Der Anteil ist der Kategorie Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (FVTPL) zugeordnet. Der beizulegende Zeitwert entspricht

dem Kurswert der Anteile zum Stichtag und beträgt 20,5 Mio EUR.

Aufgrund ihrer Notierung an der Wiener Börse hält die Österreichische Post AG rund 1,7% an der CESEAG AG (100% Eigentümerin der Wiener Börse AG). Der Anteil wird als finanzieller Vermögenswert nach IFRS 9 erfasst und ist der Kategorie Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert (FVOCI) zugeordnet. Der beizulegende Zeitwert der Anteile zum Stichtag beträgt 5,2 Mio EUR.

Derivative finanzielle Vermögenswerte Im Geschäftsjahr 2013 hat die Österreichische Post 25% der Anteile an Aras Kargo a.s. erworben. Zusätzlich wurde der Österreichischen Post das einseitig ausübbares Recht eingeräumt, im Zeitraum vom 1. April 2016 bis zum 30. Juni 2016 weitere 50% der Anteile von der Familie Aras zu erwerben (Call-Option). Die Österreichische Post hat die Call-Option mit 18. Mai 2016 ausgeübt. Mit dem derzeitigen Mehrheits-eigentümer gibt es allerdings Auffassungsunterschiede hinsichtlich der Umsetzung des Optionsvertrages. Die Österreichische Post hat ein Schiedsgerichtsverfahren in Genf zur Wahrung ihrer Ansprüche eingeleitet. Bis zum Bilanzstichtag konnte diesbezüglich weiter keine Einigung erzielt werden bzw. liegt kein Urteil aus dem Schiedsverfahren vor. Die Option wird zum 31. Dezember 2018 weiterhin mit Null angesetzt.

Der Buchwert der derivativen finanziellen Vermögenswerte steht im Zusammenhang mit dem Erwerb der send-hybrid ÖPBD GmbH.

Angaben zur Ermittlung der Marktwerte erfolgen unter Punkt 10.1 Finanzinstrumente.

9.7 Vorräte

Mio EUR	31.12.2017	31.12.2018
Hilfs- und Betriebsstoffe	10,4	12,2
abzüglich Wertminderungen	-4,3	-4,2
Unfertige Erzeugnisse Bauten	8,9	6,6
abzüglich Wertminderungen	-0,6	-0,6
Handelswaren	8,7	4,5
abzüglich Wertminderungen	-1,3	-1,4
Anzahlungen Vorräte	0,1	0,2
Noch nicht abrechenbare Leistungen	0,2	0,0
	22,0	17,3

Bei den Unfertigen Erzeugnissen Bauten handelt es sich um die Entwicklung der Immobilie Neutorgasse 7 in Wien Innere Stadt, die von der Österreichischen Post als Bauträger betrieben wird. Teil dieser Immobilienentwicklung ist die Errichtung von Wohnungen mit Verkaufsabsicht.

9.8 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen

Mio EUR	31.12.2017			31.12.2018		
	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	209,5	0,0	209,5	260,5	0,0	260,5
Forderungen gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	3,2	1,8	5,0	1,6	0,4	2,1
Andere sonstige Forderungen	130,9	17,1	148,0	43,5	14,1	57,6
	343,6	19,0	362,6	305,7	14,5	320,2

In den Forderungen gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen sind im Wesentlichen nachrangige Gesellschafterdarlehen inklusive aufgelaufener Zinsen gegenüber der AEP GmbH, Deutschland, in Höhe von 1,6 Mio EUR (31.12.2017: 1,5 Mio EUR) enthalten. Im Vorjahr waren zusätzlich nachrangige Gesellschafterdarlehen inklusive aufgelaufener Zinsen gegenüber der sendhybrid ÖPBD GmbH in Höhe von 1,5 Mio EUR sowie gegenüber der IN TIME SPEDICE spol. s r.o., Tschechien, in Höhe von 0,8 Mio EUR enthalten. Die Gesellschaft sendhybrid ÖPBD GmbH wird seit 1. Juli 2018 als vollkonsolidiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen.

In den anderen sonstigen Forderungen waren zum 31. Dezember 2017 Forderungen aus in Vorperioden bezahlten Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung der Beamten in Höhe von 56,4 Mio EUR (31. Dezember 2018: 0,0 Mio EUR) enthalten. Weiters enthielten die anderen sonstigen Forderungen zum 31. Dezember 2017 Forderungen gegenüber der BAWAG P.S.K. aus der Änderungsvereinbarung in Höhe von 31,0 Mio EUR (31. Dezember 2018: 0,0 Mio EUR).

Zur Darstellung der Wertminderungen der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Forderungen verweisen wir auf Punkt 10.1 Finanzinstrumente.

9.9 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Mio EUR	31.12.2017	31.12.2018
Guthaben bei Kreditinstituten	96,3	45,2
Kurzfristige Veranlagungen (Termingelder)	182,2	250,1
Kassenbestand	11,5	14,8
Wertminderungen von Forderungen gegenüber Banken	0,0	-0,2
	290,0	310,0

9.10 Eigenkapital

Eigenkapitalbestandteile Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt 337,8 Mio EUR. Das Grundkapital ist in 67.552.638 Stück auf Inhaber lautende stimm- und gewinnberechtigte Aktien mit einem Nennwert in Höhe von 5,00 EUR geteilt.

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 15. April 2015 wurde der Vorstand der Österreichischen Post AG zur Schaffung eines neuen genehmigten Kapitals ermächtigt und die Satzung der Österreichischen Post AG wurde entsprechend angepasst. Mit Zustimmung des Aufsichtsrates kann das Grundkapital somit während einer Geltungsdauer von fünf Jahren bis 14. April 2020 im Ausmaß von bis zu 33.776.320,00 EUR durch Ausgabe von bis zu 6.755.264 Stück neuen auf Inhaber lautenden Stückaktien erhöht werden. Weiters wurde in der Hauptversammlung die bedingte Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft um bis zu 16.888.160,00 EUR zur Ausgabe von bis zu 3.377.632 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien an (i) Gläubiger von Finanzinstrumenten sowie (ii) zum Zweck der Einräumung von Aktienoptionen an Arbeitnehmer und leitende Angestellte der Österreichischen Post AG oder eines verbundenen Unternehmens beschlossen.

Der Vorstand wurde in der ordentlichen Hauptversammlung vom 20. April 2017 ermächtigt, während einer Geltungsdauer von 30 Monaten ab 20. April 2017 eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 10% des Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben.

Die Anzahl der im Umlauf befindlichen dividendenberechtigten Aktien hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Stück
Stand am 1. Jänner 2018	67.552.638
Stand am 31. Dezember 2018	67.552.638
Gewichteter Durchschnitt der Aktien im Geschäftsjahr 2018	67.552.638

Hauptaktionärin der Österreichischen Post AG auf Basis der im Umlauf befindlichen Aktien ist mit einem Anteil von 52,85% die Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG), Wien.

Die Kapitalrücklagen resultieren aus Einzahlungen und Einlagen durch die Aktionäre. Die in der Entwicklung des Eigenkapitals des Österreichischen Post-Konzerns dargestellten Kapitalrücklagen entsprechen jenen des Einzelabschlusses der Österreichischen Post AG.

Die anderen Rücklagen beinhalten die IAS 19 Rücklagen, Rücklagen aus der Marktbewertung von Finanzinstrumenten sowie Währungsumrechnungsrücklagen. Die IAS 19 Rücklage stammt aus Anpassungen und Änderungen von versicherungsmathematischen Annahmen, deren Effekte im sonstigen Ergebnis erfasst werden. Die Marktbewertung von Finanzinstrumenten umfasst Zeitwertänderungen von erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert (FVOCI) bewerteten Finanzinstrumenten. Gewinne und Verluste aus Änderungen des Marktwerts werden ergebnisneutral und nach Steuern in der Rücklage erfasst. Die Währungsumrechnungsrücklagen enthalten alle Kursdifferenzen, die aus der Umrechnung der in ausländischer Währung aufgestellten Jahresabschlüssen von Tochterunternehmen und von nach der Equity-Methode bilanzierter Finanzanlagen entstanden sind.

Die nicht beherrschenden Anteile beziehen sich auf die M&BM Express OOD, die ACL advanced commerce labs GmbH sowie die sendhybrid ÖPBD GmbH.

Das Periodenergebnis des Geschäftsjahres 2018 beträgt 144,2 Mio EUR (2017: 165,0 Mio EUR). Das den Aktionären des Mutterunternehmens zurechenbare Periodenergebnis beträgt 143,7 Mio EUR (2017: 165,2 Mio EUR). Die Basis für die Gewinnverteilung ist entsprechend dem österreichischen Aktiengesetz der Jahresabschluss der Österreichischen Post AG zum 31. Dezember 2018. Der darin ausgewiesene ausschüttungsfähige Bilanzgewinn beträgt 250,2 Mio EUR (2017: 234,0 Mio EUR).

Für das Geschäftsjahr 2018 ist gemäß Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands eine Ausschüttung von insgesamt 140,5 Mio EUR (Basisdividende von 2,08 EUR je Aktie) (2017: 138,5 Mio EUR, Basisdividende von 2,05 EUR je Aktie) vorgesehen.

Die folgenden Tabellen zeigen die Zusammensetzung des sonstigen Ergebnisses für die Geschäftsjahre 2017 und 2018:

Geschäftsjahr 2017

Mio EUR	Andere Rücklagen			Eigenkapital der Aktionäre des Mutterunternehmens	Nicht-beherrschende Anteile	Eigenkapital
	IAS 19 Rücklage	Marktbewertungsrücklage	Währungsumrechnungsrücklage			
Währungsumrechnungsdifferenzen – ausländische Geschäftsbetriebe	0,0	0,0	0,7	0,7	0,0	0,7
Währungsumrechnungsdifferenzen – Umgliederung in den Gewinn und Verlust	0,0	0,0	-0,1	-0,1	0,0	-0,1
Zeitwertänderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	0,0	8,2	0,0	8,2	0,0	8,2
Zeitwertänderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten – Umgliederung in den Gewinn und Verlust	0,0	-11,2	0,0	-11,2	0,0	-11,2
Neubewertung von leistungsorientierten Verpflichtungen	-1,2	0,0	0,0	-1,2	0,0	-1,2
Steuereffekt	0,3	1,2	0,0	1,4	0,0	1,4
Sonstiges Ergebnis	-0,9	-1,8	0,6	-2,1	0,0	-2,1

Geschäftsjahr 2018

Mio EUR	Andere Rücklagen			Eigenkapital der Aktionäre des Mutterunternehmens	Nicht-beherrschende Anteile	Eigenkapital
	IAS 19 Rücklage	FVOCI-Rücklage	Währungsumrechnungsrücklage			
Währungsumrechnungsdifferenzen – ausländische Geschäftsbetriebe	0,0	0,0	-0,1	-0,1	0,0	-0,1
Zeitwertänderungen FVOCI – Fremdkapitalinstrumente – Umgliederung in den Gewinn und Verlust	0,0	-0,1	0,0	-0,1	0,0	-0,1
Zeitwertänderungen FVOCI – Eigenkapitalinstrumente	0,0	-18,9	0,0	-18,9	0,0	-18,9
Neubewertung von leistungsorientierten Verpflichtungen	4,1	0,0	0,0	4,1	0,0	4,1
Steuereffekt	-1,0	4,5	0,0	3,4	0,0	3,4
Sonstiges Ergebnis	3,1	-14,5	-0,1	-11,5	0,0	-11,5

Im Geschäftsjahr 2017 wurden die zuvor im sonstigen Ergebnis erfassten Aufwertungen der indirekt gehaltenen Anteile an der BAWAG P.S.K. in Höhe von 11,4 Mio EUR in Folge des Verkaufs der Anteile in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Die im Geschäftsjahr 2018 erfolgsneutral in der FVOCI-Rücklage erfassten Zeitwertänderungen von Eigenkapitalinstrumenten resultieren im Wesentlichen aus der Bewertung der Anteile an Aras Kargo a.s., Türkei. Siehe dazu Punkt 9.6 Andere finanzielle Vermögenswerte.

Kapitalmanagement Das Kapitalmanagement des Österreichischen Post-Konzerns zielt auf eine für die Einhaltung der Wachstums- und Akquisitionsziele sowie

für die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswerts angemessene Kapitalstruktur ab.

Im Rahmen seiner Dividendenpolitik beabsichtigt der Österreichische Post-Konzern für die kommenden Jahre unter der Voraussetzung, dass sich die Geschäftsentwicklung weiterhin erfolgreich fortsetzt und keine außergewöhnlichen Umstände auftreten, eine Ausschüttungsquote von zumindest 75% des den Aktionären des Mutterunternehmens zurechenbaren Periodenergebnisses.

Bei einer Bilanzsumme von 1.681,2 Mio EUR zum 31. Dezember 2018 (31.12.2017: 1.674,2 Mio EUR) beträgt die Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2018 41,6% (31.12.2017: 41,7%).

9.11 Rückstellungen

Mio EUR	31.12.2017			31.12.2018		
	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt
Rückstellungen für Abfertigungen	3,3	101,6	104,9	3,9	97,2	101,0
Rückstellungen für Jubiläumsgelder	8,2	77,5	85,7	6,9	80,0	86,8
Andere Rückstellungen für Mitarbeiter	101,9	204,8	306,7	104,6	208,1	312,6
Sonstige Rückstellungen	65,4	1,1	66,5	49,5	1,1	50,6
	178,6	385,1	563,7	164,8	386,3	551,1

9.11.1 RÜCKSTELLUNGEN FÜR ABFERTIGUNGEN UND JUBILÄUMSGELDER

Geschäftsjahr 2017

Mio EUR	Abfertigungen	Jubiläumsgelder	Gesamt
Barwert der Verpflichtung am 1. Jänner 2017	103,6	92,4	196,0
Dienstzeitaufwand	5,0	4,8	9,8
Zinsaufwand	1,7	1,2	3,0
Versicherungsmathematische Gewinne (-) und Verluste (+) aus der Veränderung demographischer Annahmen	0,1	-0,1	0,1
Versicherungsmathematische Gewinne (-) und Verluste (+) aus der Veränderung finanzieller Annahmen	-0,1	-1,7	-1,8
Erfahrungsbedingte Berichtigungen	1,1	-5,6	-4,5
Tatsächliche Zahlungen	-6,6	-5,4	-12,1
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember 2017	104,9	85,7	190,5

Geschäftsjahr 2018

Mio EUR	Abfertigungen	Jubiläumsgelder	Gesamt
Barwert der Verpflichtung am 1. Jänner 2018	104,9	85,7	190,5
Dienstzeitaufwand	4,9	4,4	9,3
Zinsaufwand	2,0	1,3	3,3
Versicherungsmathematische Gewinne (-) und Verluste (+) aus der Veränderung demographischer Annahmen	-1,4	10,0	8,6
Versicherungsmathematische Gewinne (-) und Verluste (+) aus der Veränderung finanzieller Annahmen	-3,2	0,0	-3,2
Erfahrungsbedingte Berichtigungen	0,5	-7,4	-6,9
Tatsächliche Zahlungen	-6,6	-7,1	-13,7
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember 2018	101,0	86,8	187,9

Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste sind aus den unter Punkt 6.17 Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder beschriebenen Parametereinstellungen von Rechnungszinssatz, Gehaltssteigerung und Fluktuationsabschlag entstanden. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste sowie erfahrungsbedingte Berichtigungen für Abfertigungen werden im sonstigen Ergebnis, versicherungsmathematische Gewinne und Verluste sowie erfahrungsbedingte Berichtigungen für Jubiläumsgelder im Personalaufwand

ausgewiesen. Die Verwendung der neuen Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung („Sterbetafeln“) führte zu einem Anstieg der Rückstellung für Jubiläumsgelder in Höhe von 10,0 Mio EUR, der in den Verlusten aus der Veränderung demographischer Annahmen enthalten ist.

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung enthaltene Aufwand für Abfertigungen und Jubiläumsgelder wird bis auf den Zinsaufwand, der im Finanzergebnis dargestellt wird, im Personalaufwand ausgewiesen.

9.11.2 ANDERE RÜCKSTELLUNGEN FÜR MITARBEITER

Geschäftsjahr 2017

Mio EUR	Unterauslastung	Sonstige personalbezogene Rückstellungen	Gesamt
Stand am 1. Jänner 2017	167,6	91,4	259,0
Umgliederung	-7,4	-2,3	-9,7
Neubildung	79,6	74,7	154,3
Verwendung	-16,9	-51,1	-68,0
Auflösung	-10,0	-20,5	-30,5
Aufzinsung	1,7	0,0	1,7
Stand am 31. Dezember 2017	214,5	92,1	306,7

Geschäftsjahr 2018

Mio EUR	Unterauslastung	Sonstige personalbezogene Rückstellungen	Gesamt
Stand am 1. Jänner 2018	214,5	92,1	306,7
Veränderung Konsolidierungskreis	0,0	0,2	0,2
Umgliederung	-5,0	0,0	-5,0
Neubildung	26,3	86,7	113,0
Verwendung	-19,5	-50,0	-69,5
Auflösung	-12,4	-22,8	-35,2
Aufzinsung	2,5	0,0	2,5
Stand am 31. Dezember 2018	206,4	106,2	312,6

Rückstellungen für Unterauslastung Zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Rückstellung für Unterauslastung verweisen wir auf Punkt 6.18 Rückstellungen für Unterauslastung.

Insgesamt ergab sich im Geschäftsjahr 2018 eine Neubildung in Höhe von 26,3 Mio EUR. Darin enthalten ist auch eine Anpassung der Rückstellung aufgrund der gegenüber dem Vorjahr veränderten Parameter in Höhe von -1,4 Mio EUR. Die hohe Neubildung im Vorjahr war insbesondere durch die Aufnahme von Mitarbeitern aus dem Filialbereich in den Post Arbeitsmarkt bedingt, die im Zusammenhang mit der Kündigung des Kooperationsvertrages mit der BAWAG P.S.K. notwendig wurde.

Die Neubildung im aktuellen Geschäftsjahr ergab sich im Wesentlichen aufgrund von Anträgen von Beamten auf ein Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit (2018: 18,3 Mio EUR; 2017: 14,3 Mio EUR) sowie mit 3,2 Mio EUR (2017: 9,3 Mio EUR) aufgrund von Aufnahmen in das Programm zum möglichen Ressortwechsel. Die Verwendung betrifft die laufenden Zahlungen an die rückgestellten Mitarbeiter und lag etwas über dem Niveau des Vorjahres. Die Umgliederung in Höhe von -5,0 Mio EUR betrifft die Rückstellung für Ressortwechsel. Nach der endgültigen Übernahme von Mitarbeitern durch ein Bundesministerium sind die gebildeten Vorsorgen in die Verbindlichkeiten umzugliedern.

Sonstige personalbezogene Rückstellungen Die sonstigen personalbezogenen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Vorsorgen für Erfolgsbeteiligungen und Leistungsprämien, Vorsorgen für Leistungen an Mitarbeiter, die das Unternehmen verlassen (Überbrückungsmodell gemäß Sozialplan, Programme mit freiwilligen Abfertigungsangeboten) sowie Rückstellungen für Restrukturierungen.

Die Neubildung in Höhe von 86,7 Mio EUR (2017: 74,7 Mio EUR) betrifft überwiegend die Dotierung für Erfolgsbeteiligungen und Leistungsprämien (2018: 55,3 Mio EUR; 2017: 58,4 Mio EUR) sowie Rückstellungen für Restrukturierungen im Segment Brief, Werbepost & Filialen (2018: 21,5 Mio EUR; 2017: 0,1 Mio EUR) in Folge der Kündigung der Kooperationsvereinbarung mit der BAWAG P.S.K.

Die Verwendung in Höhe von 50,0 Mio EUR betrifft Auszahlungen von Erfolgsbeteiligungen und Leistungsprämien (2018: 46,1 Mio EUR; 2017: 42,1 Mio EUR) und Auszahlungen aus Programmen mit freiwilligen Abfertigungsangeboten (2018: 1,7 Mio EUR; 2017: 3,7 Mio EUR).

Die Auflösungen in Höhe von 22,8 Mio EUR betreffen mit 9,7 Mio EUR (2017: 11,4 Mio EUR) nicht benötigte Vorsorgen für Programme mit freiwilligen Abfertigungsangeboten und mit 6,5 Mio EUR (2017: 6,7 Mio EUR) Rückstellungen für Erfolgsbeteiligungen und Leistungsprämien. Weiters waren 6,5 Mio EUR (2017: 1,4 Mio EUR) an Rückstellungen für Restrukturierungen im Segment Brief, Werbepost & Filialen aufzulösen.

9.11.3 SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

Geschäftsjahr 2017

Mio EUR

Stand am 1. Jänner 2017	48,4
Umgliederung	-22,7
Neubildung	44,8
Verwendung	-3,5
Auflösung	-0,5
Stand am 31. Dezember 2017	66,5

Geschäftsjahr 2018

Mio EUR

Stand am 1. Jänner 2018	66,5
Neubildung	3,3
Verwendung	-6,2
Auflösung	-13,0
Stand am 31. Dezember 2018	50,6

Die sonstigen Rückstellungen enthalten neben Vorsorgen für Prozesskosten, Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwand sowie für Schadensfälle, Aufwendungen für etwaige Ersatzleistungen in Höhe von 39,9 Mio EUR (2017: 40,6 Mio EUR). Weiterführende Informationen dazu sind unter Punkt 7.5 Rückforderung von Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung der Beamten enthalten. Die Auflösung in Höhe von 13,0 Mio EUR betraf Vorsorgen für

nicht schlagend gewordene Risiken im Zusammenhang mit Prüfungen von Abgabenbehörden sowie Prozessrisiken.

Die Umgliederung im Vorjahr betraf eine Vorsorge für ungewisse Verbindlichkeiten aus Abgaben und Beiträgen in Höhe von 22,7 Mio EUR, die nach Abschluss einer entsprechenden Einigung mit dem Bund zu den sonstigen Verbindlichkeiten umgegliedert wurde.

9.12 Andere finanzielle Verbindlichkeiten

Mio EUR	31.12.2017			31.12.2018		
	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3,1	0,0	3,1	6,4	0,2	6,6
Verbindlichkeiten Finanzierungsleasing	0,4	3,4	3,8	0,4	3,3	3,7
	3,4	3,4	6,8	6,8	3,5	10,3

9.13 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten

Mio EUR	31.12.2017			31.12.2018		
	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt	Restlaufzeit < 1 Jahr	Restlaufzeit > 1 Jahr	Gesamt
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	189,7	0,1	189,7	200,9	0,1	201,0
Verbindlichkeiten gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	1,1	0,0	1,1	0,7	0,0	0,7
Andere sonstige Verbindlichkeiten	160,4	39,3	199,6	131,3	31,0	162,3
	351,2	39,3	390,5	333,0	31,1	364,0

Die anderen sonstigen Verbindlichkeiten enthalten neben Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden und Sozialversicherungsträgern in Höhe von 35,7 Mio EUR (31.12.2017: 38,0 Mio EUR) auch Verbindlichkeiten

für nicht konsumierte Urlaube in Höhe von 33,3 Mio EUR (31.12.2017: 33,7 Mio EUR) sowie erhaltene Vorauszahlungen für noch nicht erbrachte Leistungen in Höhe von 2,8 Mio EUR (31.12.2017: 26,4 Mio EUR).

9.14 Ertragsteuern

Mio EUR	2017	2018
Laufender Steueraufwand	49,2	51,5
Steuergutschriften/-nachzahlungen für Vorjahre	1,3	5,0
Latenter Steueraufwand/-ertrag	5,1	-2,9
	55,6	53,6

Die steuerliche Außenprüfung der Jahre 2011–2014 konnte im Jahr 2018 abgeschlossen werden. Die Ertragsteuerbelastung aus der Außenprüfung beträgt 3,3 Mio EUR (davon bereits 2,2 Mio EUR im Geschäftsjahr 2017 erfasst).

Steuerüberleitungsrechnung Die Konzernsteuerquote ist als das Verhältnis von erfasstem Ertragsteueraufwand zum Ergebnis vor Ertragsteuern definiert und beträgt im Geschäftsjahr 2018 27,1% (2017: 25,2%).

Die Steuerüberleitungsrechnung im Österreichischen Post-Konzern basiert auf dem gesetzlich geltenden Steuersatz des Mutterunternehmens in Österreich in Höhe von 25%. Abweichung der gesetzlichen Steuersätze bei Tochterunternehmen werden in einer eigenen Überleitungsposition dargestellt.

Die Überleitung der rechnerischen Ertragsteuern zum erfassten Ertragsteueraufwand stellt sich wie folgt dar:

Mio EUR	2017	2018
Ergebnis vor Ertragsteuern	220,6	197,8
Rechnerische Ertragsteuer	55,1	49,4
Steuerminderung aufgrund von		
Teilwertabschreibung Tochterunternehmen	-5,1	-3,1
Anpassung an ausländische Steuersätze	0,0	-0,1
Übrige steuermindernde Posten	-1,9	-1,3
	-7,0	-4,5
Steuermehrung aufgrund von		
Wertminderung auf Geschäfts- oder Firmenwert	1,1	0,5
Anpassung an ausländische Steuersätze	0,4	0,0
Konsolidierungskreisänderungen	0,1	0,0
Nicht steuerwirksam übernommene Verluste (nach der Equity-Methode)	0,5	0,9
Zuschreibung Tochterunternehmen	0,0	0,5
Übrige steuermehrende Posten	3,3	3,8
	5,4	5,8
Ertragsteueraufwand der Periode	53,5	50,7
Anpassung tatsächlicher Ertragsteuern aus Vorjahren	1,3	5,0
Anpassung latenter Steueraufwand/-ertrag aus Vorjahren	-0,7	-3,6
Veränderung nicht gebildeter aktiver latenter Steuern	1,5	1,5
Erfasster Ertragsteueraufwand	55,6	53,6

ANGABEN ZU LATENTEN STEUERANSPRÜCHEN UND LATENTEN STEUERSCHULDEN

Temporäre Unterschiede zwischen den Wertansätzen im Konzernabschluss und dem jeweiligen steuerlichen Wertansatz wirken sich wie folgt auf die in der Bilanz ausgewiesenen latenten Steuern aus:

Mio EUR	31.12.2017	31.12.2018
Aktive latente Steuern auf temporäre Differenzen		
Geschäfts- oder Firmenwerte	0,6	0,4
Kundenbeziehungen	0,6	0,6
Markenrechte	0,2	0,1
Andere immaterielle Vermögenswerte	0,0	0,8
Sachanlagen	2,1	2,8
Finanzanlagen (Steuerliche Teilwertabschreibungen)	41,1	39,1
Vorräte	0,2	4,1
Forderungen	0,1	0,9
Rückstellungen	28,5	35,2
Verbindlichkeiten und Vertragsverbindlichkeiten	1,7	1,6
Zahlungsmittel und -äquivalente	0,0	0,1
	75,1	85,7
Passive latente Steuern auf temporäre Differenzen		
Geschäfts- oder Firmenwerte	-0,2	-0,2
Kundenbeziehungen	-0,3	-0,1
Markenrechte	-0,1	-0,1
Andere immaterielle Vermögenswerte	-1,3	-1,5
Sachanlagen	-1,9	-0,8
Andere Finanzanlagen	-0,3	-0,1
Vorräte	-0,2	-0,1
Vertragsvermögenswerte	0,0	-5,9
Verbindlichkeiten	0,0	-0,1
	-4,2	-9,1
Latente Steuern auf Verlustvorträge	0,3	0,2
abzüglich: nicht angesetzte aktive latente Steuern	-0,1	-0,1
Latente Steuern - Netto	71,1	76,8

Der Ausweis der Latenten Steuern - Netto erfolgt in der Konzernbilanz wie folgt:

Mio EUR	31.12.2017	31.12.2018
Erfassung in der Konzernbilanz		
Latente Steueransprüche	72,2	77,6
Latente Steuerschulden	-1,1	-0,8
Latente Steuern - Netto	71,1	76,8

Die Entwicklung der latenten Steuern und die Aufteilung der Veränderungen in ergebniswirksame und ergebnisneutrale Komponenten werden in folgender Tabelle dargestellt:

Mio EUR	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern
Stand am 1. Jänner 2017	76,4	0,9
Ergebniswirksame Veränderungen	-5,6	-0,5
Ergebnisneutrale Veränderungen		
Zur Veräußerung gehaltene Wertpapiere	1,2	0,0
Neubewertung von leistungsorientierten Verpflichtungen	0,3	0,0
Zugang aus Unternehmenserwerben	0,0	0,7
	1,4	0,7
Stand am 31. Dezember 2017	72,2	1,1
Stand am 1. Jänner 2018	72,2	1,1
Ergebniswirksame Veränderungen	2,6	-0,3
Ergebnisneutrale Veränderungen		
Zeitwertänderungen FVOCI – Eigen- und Fremdkapitalinstrumente	3,8	0,0
Neubewertung von leistungsorientierten Verpflichtungen	-1,0	0,0
Ersteffekt IFRS 9	1,9	0,0
Ersteffekt IFRS 15	-1,7	0,0
Zugang aus Unternehmenserwerben	-0,2	0,0
	2,8	0,0
Stand am 31. Dezember 2018	77,6	0,8

Folgende temporäre Differenzen wurden nicht erfasst, da es nicht wahrscheinlich ist, dass künftig ein zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird. Die zeitliche Verteilung der Vortragsfähigkeit stellt sich wie folgt dar:

Mio EUR	31.12.2017	31.12.2018
Nicht erfasste temporäre Differenzen aus:		
Verlustvorträgen	30,7	37,8
davon Restlaufzeit < 2 Jahre	0,0	0,0
davon Restlaufzeit 3– 4 Jahre	0,0	0,3
davon Restlaufzeit 5– 6 Jahre	0,3	3,8
davon Restlaufzeit > 6 Jahre	0,0	0,0
davon Restlaufzeit unbegrenzt	30,3	33,7
Sonstigen temporären Differenzen	0,6	0,5
	31,3	38,3

Temporäre Differenzen in Höhe von 38,0 Mio EUR (31.12.2017: 28,4 Mio EUR), die im Zusammenhang mit Anteilen an Tochterunternehmen (Outside-Basis-Differences)

stehen, wurden nicht angesetzt, da sich diese temporären Differenzen in absehbarer Zeit wahrscheinlich nicht umkehren werden.

10. Finanzinstrumente und damit verbundene Risiken

10.1 Finanzinstrumente

10.1.1 FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE UND VERBINDLICHKEITEN

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2018 nach den Bewertungskategorien des IFRS 9 sowie die Einstufung nach der Fair-Value-Hierarchie des IFRS 13. Vergleichsinformationen für vorhergehende Perioden wurden nicht angepasst. Die Aufstellung per 31. Dezember 2017 zeigt folglich die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nach den Bewertungskategorien des IAS 39.

Geschäftsjahr 2017

Mio EUR	Stufe	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert	Zur Veräußerung verfügbar	Kredite und Forderungen	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Gesamt
Finanzielle Vermögenswerte						
Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert						
Wertpapiere	1	0,0	80,6	0,0	0,0	80,6
Andere Anteile	3	0,0	50,2	0,0	0,0	50,2
		0,1	130,8	0,0	0,0	131,0
Folgebewertung nicht zum beizulegenden Zeitwert						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-	0,0	0,0	209,5	0,0	209,5
Forderungen gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	-	0,0	0,0	5,0	0,0	5,0
Sonstige Forderungen ¹	-	0,0	0,0	43,4	0,0	43,4
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-	0,0	0,0	290,0	0,0	290,0
		0,0	0,0	547,9	0,0	547,9
Finanzielle Verbindlichkeiten						
Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert						
Bedingte Restkaufpreisverbindlichkeiten	3	3,5	0,0	0,0	0,0	3,5
		3,5	0,0	0,0	0,0	3,5
Folgebewertung nicht zum beizulegenden Zeitwert						
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	-	0,0	0,0	0,0	6,8	6,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-	0,0	0,0	0,0	189,7	189,7
Verbindlichkeiten gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	-	0,0	0,0	0,0	1,1	1,1
Andere Verbindlichkeiten ²	-	0,0	0,0	0,0	95,0	95,0
		0,0	0,0	0,0	292,7	292,7

¹ Exklusive geleisteter Vorauszahlungen und Forderungen gegenüber Steuerbehörden und Sozialversicherungsträgern

² Exklusive erhaltener Vorauszahlungen und Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden und Sozialversicherungsträgern sowie nicht konsumierte Urlaube

Geschäftsjahr 2018

Mio EUR	Stufe	Erfolgswirksam zum beizule- genden Zeitwert (FVTPL)	Erfolgsneutral zum beizule- genden Zeitwert (FVOCI)	Zu fortgeführten Anschaffungs- kosten bewertet	Gesamt
Finanzielle Vermögenswerte					
Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert					
Wertpapiere	1	44,4	11,4	0,0	55,8
Andere Anteile					0,0
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert	1	20,5	0,0	0,0	20,5
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert	3	0,0	31,3	0,0	31,3
		20,5	31,3	0,0	51,8
Derivative finanzielle Vermögenswerte	3	0,1	0,0	0,0	0,1
		65,0	42,7	0,0	107,7
Folgebewertung nicht zum beizulegenden Zeitwert					
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-	0,0	0,0	260,5	260,5
Forderungen gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	-	0,0	0,0	2,1	2,1
Sonstige Forderungen ¹	-	0,0	0,0	15,5	15,5
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-	0,0	0,0	310,0	310,0
		0,0	0,0	588,0	588,0
Finanzielle Verbindlichkeiten					
Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert					
Bedingte Restkaufpreisverbindlichkeiten	3	2,5	0,0	0,0	2,5
		2,5	0,0	0,0	2,5
Folgebewertung nicht zum beizulegenden Zeitwert					
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	-	0,0	0,0	10,3	10,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-	0,0	0,0	201,0	201,0
Verbindlichkeiten gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	-	0,0	0,0	0,7	0,7
Andere Verbindlichkeiten ²	-	0,0	0,0	85,0	85,0
		0,0	0,0	297,0	297,0

¹ Exklusive geleisteter Vorauszahlungen und Forderungen gegenüber Steuerbehörden und Sozialversicherungsträgern

² Exklusive erhaltener Vorauszahlungen und Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden und Sozialversicherungsträgern sowie nicht konsumierte Urlaube

Die folgende Tabelle zeigt die Gegenüberstellung von Buchwert und beizulegendem Zeitwert der Anderen finanziellen Verbindlichkeiten:

Mio EUR	31.12.2017		31.12.2018	
	Buchwert	Marktwert	Buchwert	Marktwert
Andere finanzielle Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3,1	3,1	6,6	6,6
Verbindlichkeiten Finanzierungsleasing	3,8	3,8	3,7	3,7
Andere Finanzverbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	0,0
	6,8	6,8	10,3	10,3

Bei allen anderen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wird aufgrund der überwiegenden Kurzfristigkeit dieser Posten unterstellt, dass die Buchwerte den beizulegenden Zeitwerten entsprechen.

10.1.2 ANGABEN ZUR ERMITTLUNG DER BEIZULEGENDEN ZEITWERTE

Die folgende Tabelle zeigt die bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte verwendeten Bewertungsverfahren und Inputfaktoren:

Stufe	Finanzinstrumente	Bewertungsverfahren	Inputfaktoren
FOLGEBEWERTUNG ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT			
1	Wertpapiere, andere Anteile	Marktwertorientiert	Nominalwerte, Börsenpreis
3	Andere Anteile	Marktwertorientiert bzw. kapitalwertorientiert	Multiples vergleichbarer Unternehmen; Planungsrechnungen und darauf basierte wahrscheinlichkeitsgewichtete Szenarien; risikogewichtete Abzinsungssätze (WACC)
3	Derivative finanzielle Vermögenswerte	Kapitalwertorientiert	Planungsrechnungen und darauf basierte wahrscheinlichkeitsgewichtete Szenarien; risikogewichtete Abzinsungssätze (WACC)
3	Bedingte Restkaufpreisverbindlichkeiten	Kapitalwertorientiert	Planungsrechnungen und darauf basierte wahrscheinlichkeitsgewichtete Szenarien; Abzinsungssätze
FOLGEBEWERTUNG NICHT ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT			
3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	-	Buchwerte als realistische Schätzung des beizulegenden Zeitwerts
3	Andere finanzielle Verbindlichkeiten	Kapitalwertorientiert	Mit den Finanzinstrumenten verbundene Zahlungen, Marktzinssätze vergleichbarer Finanzierungen
3	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	-	Buchwerte als realistische Schätzung des beizulegenden Zeitwerts

Wesentliche Sensitivitäten in der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Stufe-3-Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert angesetzt sind, können sich aus der Veränderung der zugrunde liegenden Marktdaten vergleichbarer Unternehmen sowie der in der Kapitalwertermittlung angesetzten Inputfaktoren (insbesondere Diskontierungssätze und Planungsdaten) ergeben. Während

der Berichtsperiode wurden keine Transfers zwischen den Stufen 1, 2 und 3 vorgenommen.

Bezogen auf die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von Aras Kargo a.s., Türkei, ergeben sich bei Variation der folgenden wesentlichen Inputfaktoren sowie des Umrechnungskurses zum Stichtag folgende Sensitivitäten:

Mio EUR	WACC		Inflationsrate		Stichtagskurs EUR/TRY	
	-1%-Punkt	+1%-Punkt	-0,5%-Punkte	+0,5%-Punkte	-10%	+10%
Beizulegender Zeitwert Aras Kargo a.s.	3,3	-2,8	5,3	-5,5	2,9	-2,4

Die folgenden Tabellen zeigen die Überleitung der Stufe-3-Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten für die Geschäftsjahre 2017 und 2018:

Finanzielle Vermögenswerte

Mio EUR	2017	2018
Anfangsbestand 1. Jänner	61,1	50,3
Gesamte Gewinne und Verluste		
Erfolgswirksam im Posten Sonstige betriebliche Erträge erfasst	0,0	0,2
Erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis erfasst	8,4	-18,9
Zugänge	0,2	0,0
Abgang aus Methodenwechsel	0,0	-0,2
Andere Abgänge	-19,4	0,0
Endbestand 31. Dezember	50,3	31,4

Der im Geschäftsjahr 2018 im sonstigen Ergebnis erfasste Verlust in Höhe von 18,9 Mio EUR betrifft im Wesentlichen die Bewertung des 25%-Anteils an Aras Kargo a.s. Im Geschäftsjahr 2017 umfasste der im sonstigen Ergebnis erfasste Gewinn ebenfalls die Bewertung

des Anteils an Aras Kargo a.s. sowie die Folgebewertung der indirekt an der BAWAG P.S.K. gehaltenen Anteile. Der Abgang in Höhe von 19,4 Mio EUR resultierte aus dem Verkauf der indirekt an der BAWAG P.S.K. gehaltenen Anteile.

Finanzielle Verbindlichkeiten

Mio EUR	2017	2018
Anfangsbestand 1. Jänner	2,1	3,5
Gesamte Gewinne und Verluste		
Erfolgswirksam im Posten Sonstige betriebliche Erträge erfasst	-0,2	-1,0
Zugänge aus Unternehmenserwerben	3,4	0,0
Abgang durch Tilgung	-1,8	-0,1
Endbestand 31. Dezember	3,5	2,5

Die im Geschäftsjahr 2018 erfolgswirksam erfassten Erträge resultieren aus der Folgebewertung der Restkaufpreisverbindlichkeiten im Zusammenhang mit den in Vorjahren erworbenen Anteilen an der ACL advanced commerce labs GmbH und adveserve Holding GmbH. Der Abgang im Geschäftsjahr 2018 betrifft die Restkaufpreiszahlung für den im Geschäftsjahr 2017 erworbenen Anteil an der IN TIME SPEDICE, spol.

10.1.3 SALDIERTE FINANZINSTRUMENTE

Aufrechnungen im Sinn des IFRS 7 finden im Österreichischen Post-Konzern im Wesentlichen nur mit internationalen Postbetreibern statt, wobei die aufrechenbaren und entsprechend saldiert ausgewiesenen Beträge unwesentlich sind.

10.1.4 ANGABEN ZUR GESAMTERGEBNISRECHNUNG

Die folgende Tabelle zeigt die in der Gesamtergebnisrechnung enthaltenen Nettogewinne und -verluste aus Finanzinstrumenten für die Geschäftsjahre 2017 und 2018:

Mio EUR	2017			2018		
	Gewinn- und Verlustrechnung	Sonstiges Ergebnis	Gesamt	Gewinn- und Verlustrechnung	Sonstiges Ergebnis	Gesamt
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (FVTPL)						
Ergebnis aus dem Abgang	0,2	0,0	0,2	-0,5	0,0	-0,5
Ergebnis aus der Folgebewertung	0,1	0,0	0,1	-14,6	0,0	-14,6
	0,3	0,0	0,3	-15,1	0,0	-15,1
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert (FVOCI) – Eigenkapitalinstrumente						
Ergebnis aus der Folgebewertung	0,0	0,0	0,0	0,0	-18,9	-18,9
	0,0	0,0	0,0	0,0	-18,9	-18,9
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert (FVOCI) – Fremdkapitalinstrumente						
Ergebnis aus dem Abgang	0,0	0,0	0,0	0,1	-0,1	0,0
	0,0	0,0	0,0	0,1	-0,1	0,0
Zur Veräußerung verfügbar						
Ergebnis aus dem Abgang	11,0	-11,2	-0,1	0,0	0,0	0,0
Ergebnis aus der Folgebewertung	0,0	8,2	8,2	0,0	0,0	0,0
	11,0	-3,0	8,0	0,0	0,0	0,0
Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten						
Ergebnis aus dem Abgang	0,0	0,0	0,0	-1,6	0,0	-1,6
Ergebnis aus der Folgebewertung	0,0	0,0	0,0	-1,2	0,0	-1,2
	0,0	0,0	0,0	-2,8	0,0	-2,8
Kredite und Forderungen						
Ergebnis aus der Folgebewertung	-8,2	0,0	-8,2	0,0	0,0	0,0
	-8,2	0,0	-8,2	0,0	0,0	0,0
	3,1	-3,0	0,1	-17,8	-19,0	-36,8

Die nach der Effektivzinsmethode berechneten Zinserträge und -aufwendungen für finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, mit Ausnahme der erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumente, stellen sich wie folgt dar:

Mio EUR	2017	2018
Zinserträge		
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	0,5	0,3
Andere finanzielle Vermögenswerte	0,2	0,1
	0,6	0,4
Zinsaufwendungen		
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	-0,3	-0,3
	-0,3	-0,3

10.2 Mit den Finanzinstrumenten verbundene Risiken und Risikomanagement

10.2.1 DARSTELLUNG DER RISIKOARTEN

Aus den im Österreichischen Post-Konzern eingesetzten Finanzinstrumenten ergeben sich folgende Risiken:

- Ausfallrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Marktrisiken

Ausfallrisiken

Ein Ausfallrisiko besteht für den Österreichischen Post-Konzern darin, dass Vertragspartner ihren Verpflichtungen aus operativer Geschäftstätigkeit und aus Finanztransaktionen nicht nachkommen. Die in der Aufstellung der finanziellen Vermögenswerte dargestellten Beträge stellen gleichzeitig das maximale Bonitäts- und Ausfallrisiko dar. Soweit bei den finanziellen Vermögenswerten Ausfallrisiken erkennbar sind, werden diese Risiken durch Wertberichtigungen erfasst. Siehe dazu Punkt 6.13 Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.

Das Risiko bei Forderungen kann insgesamt als gering eingeschätzt werden, da die Mehrzahl der Kunden einem Bankeinzugsverfahren zugestimmt hat bzw. in risikobehafteten Fällen Bankgarantien hinterlegt oder Vorauszahlungen geleistet werden. Ferner besteht ein Großteil der offenen Forderungen gegenüber Vertragspartnern bester Bonität.

Zur Begrenzung des Ausfallrisikos bei Wertpapieren werden nur Papiere von Emittenten mit einem Investment-Grade-Rating oder vergleichbarer Bonität angekauft bzw. gehalten. Anteile an Investmentfonds werden nur bei international anerkannten Kapitalanlagegesellschaften gehalten. Besonderes Augenmerk gilt auch der Liquidität und der Abwicklungssicherheit der abgeschlossenen Finanzprodukte. Für Geldmarkttransaktionen bestehen festgelegte Handelslimits.

Die Bruttobuchwerte der wesentlichen Ausfallrisikoklassen per 31. Dezember 2018 innerhalb des Österreichischen Post-Konzerns stellen sich wie folgt dar:

31. Dezember 2018

Mio EUR	Bruttobuchwert gesamt	Allgemeiner Ansatz		Vereinfachter Ansatz	
		Erwarteter 12-Monats- Kreditverlust	Über die Laufzeit erwarteter Kreditverlust	Über die Laufzeit erwarteter Kreditverlust	Über die Laufzeit erwarteter Kreditverlust
		signifikant erhöhtes Kreditrisiko, aber nicht wertgemindert	wertgemindert	nicht wertgemindert	wertgemindert
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	263,5	-	-	257,5	6,0
Sonstige Forderungen	16,6	14,0	1,2	-	-

Das Ausfallrisiko bei sämtlichen im Bestand befindlichen Wertpapieren der Kategorie FVOCI sowie bei Forderungen gegenüber Banken wird als niedrig eingestuft und aufgrund der betragslichen Unwesentlichkeit nicht angegeben.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Der Österreichische Post-Konzern wendet zur Ermittlung der erwarteten Kreditverluste den vereinfachten Ansatz nach IFRS 9 an. Demzufolge werden für Forderungen aus

Lieferungen und Leistungen Wertberichtigungen in Höhe der über die Laufzeit erwarteten Kreditverluste gebildet. Zur Bemessung der erwarteten Kreditverluste werden die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen auf Basis gemeinsamer Kreditrisikomerkmale und Überfälligkeitstage (Matrix) gegliedert.

Auf dieser Grundlage wurde die Wertberichtigung für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zum 1. Jänner 2018 sowie zum 31. Dezember 2018 wie folgt ermittelt:

1. Jänner 2018

Mio EUR	Nicht überfällig	Überfällig			Gesamt
		1-30 Tage	31-90 Tage	> 90 Tage	
Bruttobuchwert	169,4	47,4	3,9	4,1	224,7
Erwartete Verlustrate	1,1%	0,3%	3,3%	36,4%	1,6%
Wertberichtigung	1,9	0,2	0,1	1,5	3,7

31. Dezember 2018

Mio EUR	Nicht überfällig	Überfällig			Gesamt
		1-30 Tage	31-90 Tage	> 90 Tage	
Bruttobuchwert	209,8	41,4	6,4	6,0	263,5
Erwartete Verlustrate	0,1%	0,3%	3,9%	40,5%	1,1%
Wertberichtigung	0,2	0,1	0,2	2,4	3,0

Sonstige Forderungen Die Ermittlung der erwarteten Kreditverluste erfolgt für sonstige Forderungen nach dem allgemeinen Ansatz des IFRS 9, wobei aufgrund Art und Umfang der sonstigen Forderungen im Sinne des IFRS 9.B5.5.35 praktische Erleichterungen angewandt wurden. Zur Bemessung der erwarteten Kreditverluste werden die sonstigen Forderungen nach Forderungen aus Schadensersatzansprüchen und sonstigen übrigen Forderungen sowie nach Überfälligkeitstagen (Matrix) gegliedert. Zum 31. Dezember 2018 wurden Wertberichtigungen in Höhe

von 1,2 Mio EUR erfasst. Hintergrund des starken Rückgangs an Wertberichtigungen ist der Abgang strittiger Forderungen gegenüber der BAWAG P.S.K., die zum 31. Dezember 2017 bereits wertberichtigt waren. Des Weiteren wurden im Berichtsjahr sonstige Forderungen mit einem Vertragswert in Höhe von 0,5 Mio EUR ausgebucht, welche noch Vollstreckungsmaßnahmen unterliegen.

Auf dieser Grundlage ergibt sich folgende Entwicklung der Wertberichtigung für die wesentlichen Ausfallrisikoklassen:

Geschäftsjahr 2018

Mio EUR	Sonstige Forderungen				Forderungen aus Lieferungen und Leistungen				
	Über die Laufzeit erwarteter Kreditverlust				Über die Laufzeit erwarteter Kreditverlust				
	Erwarteter 12-Monats-Kreditverlust	signifikant erhöhtes Kreditrisiko, aber nicht wertgemindert		wertgemindert	Gesamt	nicht wertgemindert	wertgemindert		Gesamt
		erhöhtes Kreditrisiko, aber nicht wertgemindert	wertgemindert				wertgemindert	wertgemindert	
Stand zum 1. Jänner 2018	0,2	0,0	6,1	6,3	1,1	2,6	3,7		
Ausbuchungen	0,0	0,0	-4,7	-4,7	0,0	-1,3	-1,3		
Nettoneubewertung	0,0	0,0	-0,4	-0,4	-0,5	1,1	0,6		
Stand zum 31. Dezember 2018	0,2	0,0	0,9	1,2	0,6	2,4	3,0		

Wertpapiere der Kategorie FVOCI Bei sämtlichen im Bestand befindlichen Wertpapieren der Kategorie FVOCI besteht ein niedriges Ausfallrisiko und die Wertberichtigung wurde in Höhe des erwarteten 12-Monats-Kreditverlustes gebildet. Für Wertpapiere wird von einem niedrigen Ausfallrisiko ausgegangen, solange ein Investment-Grade-Rating vorliegt. Die zum 31. Dezember 2018 erfassten Wertminderungen waren betraglich unwesentlich.

Forderungen gegenüber Banken Forderungen gegenüber Banken umfassen Guthaben bei Kreditinstituten und kurzfristige Veranlagungen (Termingelder). Die Ermittlung der erwarteten Kreditverluste erfolgt nach dem allgemeinen Ansatz des IFRS 9 in Höhe des erwarteten Kreditverlustes abgestimmt auf die tatsächliche Restlaufzeit der Forderungen. Mit dem Übergang auf IFRS 9 wurden für

Forderungen gegenüber Banken erstmalig Wertberichtigungen gebildet. Trotz betraglicher Unwesentlichkeit wurden Wertberichtigungen in Höhe von 0,1 Mio EUR erfasst.

Liquiditätsrisiken

Die Aufgabe der Liquiditätssicherung ist es, die Zahlungsfähigkeit des Österreichischen Post-Konzerns jederzeit zu gewährleisten. Basis des Liquiditätsmanagements ist ein Liquiditätsplan, der laufend Soll-Ist-Analysen unterzogen und bei Bedarf angepasst wird. Durch die aktive Steuerung von Zahlungsströmen wird der Zinssaldo optimiert.

Die folgenden Tabellen zeigen die Fälligkeitsanalyse der finanziellen Verbindlichkeiten auf Basis der verbleibenden Restlaufzeiten:

31. Dezember 2017

Mio EUR	Buchwert	Brutto-Cashflow	Restlaufzeiten		
			< 1 Jahr	1– 5 Jahre	> 5 Jahre
Finanzielle Verbindlichkeiten					
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	6,8	6,8	3,5	1,1	2,2
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	189,7	189,7	189,7	0,1	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	1,1	1,1	1,1	0,0	0,0
Andere sonstige Verbindlichkeiten	95,0	95,3	66,4	28,9	0,0
	292,7	293,0	260,7	30,0	2,2

31. Dezember 2018

Mio EUR	Buchwert	Brutto-Cashflow	Restlaufzeiten		
			< 1 Jahr	1– 5 Jahre	> 5 Jahre
Finanzielle Verbindlichkeiten					
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	10,3	10,5	6,8	1,4	2,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	201,0	201,0	200,9	0,0	0,1
Verbindlichkeiten gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	0,7	0,7	0,7	0,0	0,0
Andere sonstige Verbindlichkeiten	87,4	87,7	63,7	24,0	0,0
	299,5	300,0	272,2	25,4	2,4

Marktrisiken

Marktrisiken umfassen die bestehenden Risiken aus der Änderung von Marktpreisen. Im Österreichischen Post-Konzern bestehen im Wesentlichen Risiken aus der Veränderung von Zinsen und Währungskursen, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können:

Zinsänderungsrisiko Das Zinsänderungsrisiko stellt das Risiko dar, das sich aus der Wertänderung von Finanzinstrumenten oder zinsbedingten Zahlungsströmen infolge von Schwankungen von Marktzinssätzen ergibt. Das Zinsänderungsrisiko beinhaltet das Barwertrisiko bei fest verzinsten Bilanzposten und das Zahlungsstromrisiko bei variabel verzinsten Bilanzposten. Ein Zinsänderungsrisiko liegt vor allem bei Forderungen und Verbindlichkeiten mit Laufzeiten von über einem Jahr vor. Solche längeren Laufzeiten sind im operativen Bereich nicht von materielle Bedeutung, spielen jedoch bei Finanzinvestitionen in Wertpapiere sowie bei Finanzverbindlichkeiten eine Rolle.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Finanzbereich orientiert sich am Portfolio-Ansatz. Gesteuert werden grundsätzlich nicht Einzelpositionen, sondern das gesamte Finanzportfolio unter Bedachtnahme auf die jeweilige Grundtransaktion. Zu diesem Zweck werden selektiv auch derivative Instrumente wie Zins-Swaps und Zins-Caps eingesetzt. Zum Berichtszeitpunkt bestehen

keine derivativen Finanzpositionen. Das Finanzportfolio wird täglich der vorgegebenen Benchmark gegenübergestellt.

Eine Änderung des Marktzinssatzes um +/-1 Prozentpunkt hätte auf Basis der Portfolio-Zusammensetzung bei Gleichbleiben aller übrigen Parameter folgende Auswirkung auf die Höhe der in folgender Tabelle angeführten Posten:

Geschäftsjahr 2017

Mio EUR	Marktzinssatz	
	-1%-Punkt	+1%-Punkt
Sonstiges Finanzergebnis	1,6	-1,6

Geschäftsjahr 2018

Mio EUR	Marktzinssatz	
	-1%-Punkt	+1%-Punkt
Sonstiges Finanzergebnis	0,9	-0,5

Währungsänderungsrisiko Als Währungsänderungsrisiko wird der mögliche Verlust aus Marktveränderungen durch schwankende Wechselkurse angesehen.

Auf der Aktivseite ergeben sich nur eingeschränkt Risiken aus Währungsänderungen, nachdem Lieferungen weitestgehend auf Euro-Währungsbasis abgewickelt werden und auch die Veranlagung in Wertpapiere und Termingelder überwiegend in Euro erfolgt. Zum Teil ergeben sich Währungsrisiken aus Leistungsbeziehungen mit internationalen Postbetreibern, die auf Basis einer künstlichen Währung („Sonderziehungsrechte“) abgerechnet werden. Ebenso besteht ein Währungsrisiko im Zusammenhang mit dem Anteil an der Aras Kargo a.s., Türkei, bei dem Änderungen der Währungskurse Auswirkungen auf die Höhe des beizulegenden Zeitwertes haben können (siehe dazu unter Punkt 10.1.2 Angaben zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte).

10.2.2 RISIKOMANAGEMENT

Ziel des Finanz- und Risikomanagements des Österreichischen Post-Konzerns ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Grundsätzlich wird beim Management der Finanzpositionen ein strategischer Portfolio-Ansatz unter Bedachtnahme auf eine konservative Risikopolitik verfolgt.

Im Österreichischen Post-Konzern erfolgt eine laufende Überwachung eventuell auftretender Risikokonzentrationen. Diese können bei Finanzinstrumenten mit ähnlichen Merkmalen und ähnlichen Bedingungen auftreten, z. B. in Bezug auf Fristigkeiten und Kontrahenten-Struktur oder hinsichtlich der Umsetzung der Veranlagungsstrategie. Konzentrationsrisiken werden unter anderem durch die Veranlagung von Termingeldern bei verschiedenen Banken, Diversifikation der Emittenten im Wertpapierportfolio oder Streuung der Fälligkeitsprofile vermieden.

Die aktuelle Risikosituation im Finanzbereich wird laufend in einem standardisierten Berichtswesen dargelegt. Weiters bestehen im Österreichischen Post-Konzern klare, schriftlich festgelegte Strategien und operative Richtlinien für die Behandlung aller finanziellen Risiken.

Das Risikomanagement unterliegt einem vom Vorstand beschlossenen Regelwerk, das Ziele, Grundsätze, Aufgaben und Kompetenzen festlegt. Darüber hinaus formuliert dieses Regelwerk standardisierte Abläufe, um Revisionsicherheit zu gewährleisten.

Zudem werden durch die Organisation der Tätigkeitsabläufe (wie z. B. Trennung von Handel und Buchführung von Finanztransaktionen, Sicherung von elektronischen Daten) organisatorische Risiken im Finanzbereich so weit wie möglich ausgeschaltet.

11. Sonstige Angaben

11.1 Erläuterungen zum Konzern-Cashflow-Statement

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen gemäß IAS 7 Barmittel, Sichteinlagen und kurzfristige, liquide Finanzinvestitionen, die jederzeit in bestimmte Zahlungsmittelbeträge umgewandelt werden können und nur unwesentlichen Wertschwankungen unterliegen. Finanzinvestitionen mit einer Restlaufzeit von nicht mehr als drei Monaten – gerechnet vom Erwerbszeitpunkt – sind in der Regel als Zahlungsmitteläquivalente einzustufen.

Die in der Kapitalflussrechnung in den Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten enthaltenen Termingeldveranlagungen sind jederzeit kündbar und können ohne wesentliche Wertverluste in Zahlungsmittelbeträge umgewandelt werden, auch wenn deren Laufzeit länger als drei Monate beträgt. Sie dienen dazu, kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können, und werden nicht zu Investitionszwecken gehalten. Primäres Ziel ist dabei das laufende Cash-Management bzw. die Sicherstellung der Liquidität des Unternehmens und nicht die Erzielung einer möglichst hohen Rendite. Bei vorzeitiger Auflösung von Termingeldveranlagungen kommen laufzeitadäquate Zinssätze zur Anwendung. Bei Veranlagungen wird auf die erstklassige Bonität der Kreditinstitute großer Wert gelegt. Wertschwankungsrisiken bestehen bei Termingeldveranlagungen derzeit nicht.

Im Rahmen der Erstellung des Konzern-Cashflow-Statements wird der Cashflow von Tochterunternehmen, deren funktionale Währung nicht der Euro ist, vereinfachend direkt in Euro ermittelt. Mögliche Währungsdifferenzen auf den Finanzmittelbestand werden als unwesentlich eingestuft.

Aus-/Einzahlungen aus dem Erwerb und der Veräußerung von Tochterunternehmen Der Cashflow aus dem Erwerb und der Veräußerung von Tochterunternehmen setzt sich wie folgt zusammen:

Mio EUR	2017	2018
Unternehmenserwerbe		
Auszahlungen für Unternehmenserwerbe		
Erwerbszeitpunkt aktuelles Geschäftsjahr (Kaufpreise)	-8,0	-0,9
Offene Kaufpreisverbindlichkeiten	2,4	0,0
Erwerbszeitpunkt Vorjahre (Restkaufpreisverbindlichkeiten)	-1,3	0,0
	-6,9	-0,9
Übernommene Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1,7	0,0
	-5,2	-0,9
Unternehmensveräußerungen		
Einzahlungen für Unternehmensveräußerungen		
Verkaufszeitpunkt aktuelles Geschäftsjahr (Verkaufspreise)	1,6	0,0
	1,6	0,0
Abgegangene Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-0,7	0,0
	0,8	0,0
Summe	-4,4	-0,9

Sonstige zahlungsunwirksame Vorgänge Die im Cashflow aus dem Ergebnis neutralisierten sonstigen zahlungsunwirksamen Vorgänge setzen sich wie folgt zusammen:

Mio EUR	2017	2018
Ergebnis aus Anlagenverkäufen	-1,6	-1,9
Ergebnis aus dem Abgang von nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	-2,8	0,0
Ergebnis aus dem Abgang von Finanzinstrumenten	-11,0	0,5
Erfolgswirksame Bewertung von Wertpapieren und Anteilen zum beizulegenden Zeitwert	0,0	15,7
Zinsergebnis	-5,0	-7,4
Währungsumrechnung	0,2	0,0
Forderungsbewertungen	8,2	3,6
Erfolgsneutrale Veränderungen (IAS 19)	-1,2	4,1
Effekte aus Beendigung der Zusammenarbeit mit der BAWAG P.S.K.	-26,9	0,0
Rückforderung von Beiträgen aus der Gehaltsabrechnung	-21,0	0,0
Andere	-1,9	-0,1
Summe	-63,1	14,6

Andere finanzielle Verbindlichkeiten Der Posten Veränderung von anderen finanziellen Verbindlichkeiten im Cashflow enthält Einzahlungen in Höhe von 2,6 Mio EUR (2017: 1,2 Mio EUR) aus Kreditverbindlichkeiten, Auszahlungen in Höhe von 0,4 Mio EUR (2017: 0,5 Mio EUR) für Verpflichtungen aus Finanzierungsleasingverträgen und Auszahlungen für sonstige Finanzverbindlichkeiten in Höhe von 0,6 Mio EUR (2017: 0,0 Mio EUR).

Ein- und Auszahlungen aus kurzfristigen revolving Posten sind in den genannten Beträgen gemäß IAS 7.22 (a) saldiert ausgewiesen.

Die Überleitung der anderen finanziellen Verbindlichkeiten vom 1. Jänner auf den 31. Dezember unter Berücksichtigung des Cashflows aus Finanzierungstätigkeit stellt sich wie folgt dar:

Geschäftsjahr 2017				
Mio EUR	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten Finanzierungsleasing	Sonstige Finanzverbindlichkeiten	Andere finanzielle Verbindlichkeiten gesamt
Stand am 1. Jänner 2017	1,4	4,2	0,0	5,6
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	1,2	-0,5	0,0	0,7
Erwerb von Tochterunternehmen	0,5	0,0	0,0	0,5
Stand am 31. Dezember 2017	3,1	3,8	0,0	6,8

Geschäftsjahr 2018				
Mio EUR	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten Finanzierungsleasing	Sonstige Finanzverbindlichkeiten	Andere finanzielle Verbindlichkeiten gesamt
Stand am 1. Jänner 2018	3,1	3,8	0,0	6,8
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	2,6	-0,4	-0,6	1,6
Erwerb von Tochterunternehmen	0,9	0,0	0,6	1,5
Stand am 31. Dezember 2018	6,6	3,7	0,0	10,3

Finanzmittelbestand Der Finanzmittelbestand, wie er im Konzern-Cashflow-Statement dargestellt wird, kann auf den Posten Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente in der Konzernbilanz wie folgt übergeleitet werden:

Mio EUR	31.12.2017	31.12.2018
Finanzmittelbestand	290,0	310,2
Wertminderungen von Forderungen gegenüber Banken	0,0	-0,2
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	290,0	310,0

11.2 Sonstige Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen resultieren im Wesentlichen aus Operating-Miet- und Leasingverträgen für Betriebs- und Geschäftsgebäude sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die sich aus vor Ende der Laufzeit unkündbaren Operating-Miet- und Leasingverträgen ergebenden künftigen Mindestleasingzahlungen betragen zum Berichtstichtag wie folgt:

Mio EUR	31.12.2017	31.12.2018
Bis zu einem Jahr	14,7	11,8
Länger als ein und bis zu fünf Jahre	33,8	30,5
Länger als fünf Jahre	14,2	12,0
	62,7	54,3

Die wesentlichen Miet- und Leasingverträge für Betriebs- und Geschäftsgebäude beinhalten Verlängerungsoptionen sowie Ausstiegsklauseln, die den Marktkonditionen für Geschäftsliegenschaften entsprechen. Ebenso sind in diesen Verträgen Anpassungen der Leasingzahlungen an Preisindizes vorgesehen.

Im Geschäftsjahr wurde ein Betrag von 46,3 Mio EUR (2017: 48,5 Mio EUR) an Zahlungen für Operating-Miet- und Leasingverträge erfolgswirksam erfasst. Der Betrag entfällt im Wesentlichen auf Mindestleasingzahlungen.

Für immaterielle Vermögenswerte bestanden zum Stichtag 31. Dezember 2018 Erwerbsverpflichtungen in Höhe von rund 0,5 Mio EUR (31.12.2017: 0,4 Mio EUR). Die Erwerbsverpflichtungen für Sachanlagen betragen zum 31. Dezember 2018 42,4 Mio EUR (31.12.2017: 23,0 Mio EUR).

11.3 Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Republik Österreich hält über die Österreichische Beteiligungs AG (kurz ÖBAG, vormals Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH, ÖBIB) 52,85 % der Aktien der Österreichischen Post AG. Damit zählen

die Republik Österreich und die unter ihrem beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss stehenden Unternehmen zu den nahestehenden Unternehmen und Personen des Österreichischen Post-Konzerns. Weiters gehören alle Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen zu den nahestehenden Unternehmen der Österreichischen Post AG. Die nahestehenden Personen umfassen Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen der Österreichischen Post (Vorstände, Aufsichtsräte und leitende Angestellte der Österreichischen Post AG sowie Geschäftsführer von Tochterunternehmen) sowie deren nahe Familienangehörige.

Salden und Geschäftsvorfälle zwischen der Österreichischen Post AG und ihren Tochterunternehmen wurden im Zuge der Konsolidierung eliminiert und werden nicht erläutert. Die zum Bilanzstichtag mit den konzernfremden nahestehenden Unternehmen und Personen bestehenden offenen Posten werden in den Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

Geschäftsvorfälle mit nahestehenden Unternehmen und Personen bestehen nur innerhalb des Leistungsspektrums des Österreichischen Post-Konzerns und werden zu fremdüblichen Konditionen erbracht bzw. bezogen.

Die folgende Tabelle zeigt den Umfang der Geschäftsvorfälle mit Gemeinschaftsunternehmen, assoziierten

Unternehmen und anderen nahestehenden Unternehmen und Personen:

Geschäftsjahr 2017

Mio EUR	Assoziierte Unternehmen	Gemeinschaftsunternehmen	Andere nahestehende Unternehmen	Nahestehende Personen	Gesamt
Gesamte betriebliche Erträge	2,3	0,6	194,4	0,0	197,3
Gesamte betriebliche Aufwendungen	7,4	1,5	52,2	0,0	61,2
Ausstehende Forderungen	5,0	0,0	21,1	0,0	26,1
Ausstehende Verbindlichkeiten	1,1	0,0	3,5	0,0	4,7

Geschäftsjahr 2018

Mio EUR	Assoziierte Unternehmen	Gemeinschaftsunternehmen	Andere nahestehende Unternehmen	Nahestehende Personen	Gesamt
Gesamte betriebliche Erträge	1,7	0,7	199,4	0,0	201,7
Gesamte betriebliche Aufwendungen	6,7	1,4	50,6	0,0	58,7
Ausstehende Forderungen	2,0	0,1	27,0	0,0	29,0
Ausstehende Verbindlichkeiten	0,7	0,0	6,0	0,0	6,8

Die betrieblichen Erträge betreffen in den Jahren 2017 und 2018 im Wesentlichen Leistungen der BBG Bundesbeschaffung GmbH. Hier besteht eine Vereinbarung im Namen und auf Rechnung des Bundes zur Auslieferung von Postsendungen von Bundeseinrichtungen. Im Geschäftsjahr 2018 wurden Dienstleistungen in Höhe von 133,1 Mio EUR (2017: 129,0 Mio EUR) für die vertraglich festgelegten Bundeseinrichtungen erbracht.

Bei den betrieblichen Aufwendungen handelt es sich überwiegend um IT- und Telefonie-Dienstleistungen der

A1 Telekom Austria AG in Höhe von 13,6 Mio EUR (2017: 11,0 Mio EUR), Handelswareneinkäufe bei der A1 Telekom Austria AG in Höhe von 11,8 Mio EUR (2017: 14,3 Mio EUR) sowie um bezogene Energie vom OMV-Konzern in Höhe von 4,6 Mio EUR (2017: 5,5 Mio EUR).

Die folgende Tabelle zeigt die Vergütungen einschließlich der Veränderung von Rückstellungen für Vergütungen, die an Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen gewährt wurden:

Geschäftsjahr 2017

Mio EUR	Aufsichtsräte	Vorstände	Leitende Angestellte	Gesamt
Kurzfristig fällige Leistungen	0,3	4,3	6,8	11,4
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,0	0,3	0,1	0,4
Andere langfristig fällige Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,0	0,0	0,0	0,0
Dotierung für aktienbasiertes Vergütungsprogramm	0,0	5,4	9,9	15,3
	0,3	10,0	16,8	27,1

Geschäftsjahr 2018

Mio EUR	Aufsichtsräte	Vorstände	Leitende Angestellte	Gesamt
Kurzfristig fällige Leistungen	0,4	4,4	6,0	10,8
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,0	-0,3	0,2	-0,1
Andere langfristig fällige Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,0	0,7	0,0	0,7
Dotierung für aktienbasiertes Vergütungsprogramm	0,0	3,5	8,1	11,5
	0,4	8,3	14,3	22,9

11.4 Aufwendungen für Abschlussprüfer

In den Geschäftsjahren 2017 und 2018 stellte sich das Honorar für den Abschlussprüfer KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft wie folgt dar:

Leistungen Wirtschaftsprüfer

in TEUR	2017	2018
Abschlussprüfungen		
Einzel- und Konzernabschlussprüfung zum 31.12. der Österreichischen Post AG	98,0	98,0
Abschlussprüfungen zum 31.12. bei Tochterunternehmen der Österreichischen Post AG	147,5	142,8
Andere Bestätigungsleistungen	16,8	26,4
Sonstige Leistungen	56,9	129,8
	319,2	397,0

11.5 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die für die Bewertung am Bilanzstichtag von Bedeutung sind, sind im vorliegenden Konzernabschluss berücksichtigt.

Mit Stichtag 31. Jänner 2019 hat die Österreichische Post weitere 40% der Anteile an der D2D – direct 2 document GmbH übernommen und hält damit insgesamt

70% der Anteile. Als größter Druckoutsourcing-Dienstleister Österreichs übernimmt die D2D von der Datenübernahme und Druckdatenaufbereitung über die Kuvertierung bis zur Postaufgabe Aufträge ihrer Kunden. Aufgrund der weitgehend unveränderten Corporate Governance besteht keine Beherrschung der Gesellschaft und die Bilanzierung der Anteile erfolgt weiterhin nach der Equity-Methode.

11.6 Konzernunternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	31.12.2017		31.12.2018	
	Anteil %	Einbezug ¹	Anteil %	Einbezug ¹
ACL advanced commerce labs GmbH, Graz	70,00	VK	70,00	VK
Austrian Post International Deutschland GmbH, Bonn	100,00	VK	100,00	VK
City Express d.o.o., Belgrad	100,00	VK	100,00	VK
City Express Montenegro d.o.o, Podgorica	100,00	VK	100,00	VK
EMD – Elektronische- u. Mikrofilm-Dokumentationssysteme Ges.m.b.H., Haid bei Ansfelden	100,00	VK	100,00	VK
Express One d.o.o., Sarajevo	100,00	VK	100,00	VK
feibra GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
IN TIME s.r.o., Ivanka pri Dunaji	100,00	VK	100,00	VK
M&BM Express OOD, Sofia	76,00	VK	76,00	VK
Medien.Zustell GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Neutorgasse 7 Projektentwicklungs AG & Co OG, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Overseas Trade Co Ltd d.o.o., Hrvatski Leskovac	100,00	VK	100,00	VK
Post 001 Finanzierungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 002 Finanzierungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 102 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 104 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 106 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 107 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 108 Beteiligungs- und Dienstleistungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 202 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 206 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 207 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post 301 Beteiligungs GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post E-Commerce GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post Immobilien GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post & Co Vermietungs OG, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Post.Wertlogistik GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
PROWERB Gesellschaft für produktive Werbung GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Scanpoint GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
Scanpoint Slovakia s.r.o., Nitra	100,00	VK	100,00	VK
sendyhybrid ÖPBD GmbH, Graz	26,00	EQ	51,00	VK
Slovak Parcel Service s.r.o., Ivanka pri Dunaji	100,00	VK	100,00	VK
Post Systemlogistik GmbH, Wien	100,00	VK	100,00	VK
trans-o-flex				
trans-o-flex Logistics Group GmbH, Weinheim	100,00	NK	100,00	NK
LogIn Service d.o.o., Ilidza	100,00	NK	100,00	NK
Distributions GmbH – 31, Köln	100,00	NK	100,00	NK
Distributions GmbH Dortmund, Dortmund	100,00	NK	100,00	NK
Distributions GmbH Duisburg, Duisburg	100,00	NK	100,00	NK
Express One Hungary Kft. (vormals trans-o-flex Hungary Kft), Budapest	100,00	VK	100,00	VK
Weber Escal d.o.o., Hrvatski Leskovac	100,00	VK	100,00	VK

Name und Sitz des Unternehmens	31.12.2017		31.12.2018	
	Anteil %	Einbezug ¹	Anteil %	Einbezug ¹
ADELHEID/AEP				
ADELHEID GmbH, Berlin ^{2,3}	50,12	EQ	50,44	EQ
AEP GmbH, Alzenau ^{2,3}	50,12		50,44	
adverserve				
adverserve Holding GmbH, Wien ²	49,00	EQ	49,00	EQ
adverServe digital advertising Services Gesellschaft m.b.H., Wien ²	49,00		49,00	
adverServe digital advertising Services d.o.o., Zagreb ^{2,4}	36,75		36,75	
adverServe digital advertising Services Schweiz GmbH, Zürich ²	49,00		49,00	
adverServe digital advertising Services Deutschland GmbH, Hamburg ²	49,00		49,00	
D2D – direct to document GmbH, Wien	30,00	EQ	30,00	EQ
IN TIME SPEDICE, spol. s r.o., Prag	31,50	EQ	31,50	EQ
OMNITEC Informationstechnologie-Systemservice GmbH, Wien	50,00	EQ	50,00	EQ
PHS Logistiktechnik GmbH, Graz	26,00	EQ	40,00	EQ

¹ VK – Vollkonsolidierung, NK – Tochterunternehmen aus Wesentlichkeitsgründen nicht konsolidiert, EQ – Equity-Bilanzierung

² Das Ergebnis der nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen entspricht dem anteiligen Jahresergebnis der jeweiligen Unternehmensgruppe.

³ Kein beherrschender Einfluss aufgrund vertraglicher Gestaltung bzw. rechtlicher Umstände

⁴ Kein maßgeblicher Einfluss aufgrund vertraglicher Gestaltung bzw. rechtlicher Umstände

SONSTIGE BETEILIGUNGEN

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil %	Eigenkapital Mio EUR	Periodenergebnis Mio EUR
Aras Kargo Yurtici Yurtdisi Tasimacilik a.s., Istanbul	25,00	33,8	6,2
EURODIS GmbH, Weinheim	37,46	0,4	0,0

Der Vorstand der Österreichischen Post AG hat den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2018 am 22. Februar 2019 zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben. Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Konzernabschluss zu prüfen und zu erklären, ob er den Konzernabschluss billigt.

Wien, am 22. Februar 2019

Der Vorstand



DI DR. GEORG PÖLZL
Vorstandsvorsitzender
Generaldirektor



DI WALTER OBLIN
Stv. Vorstandsvorsitzender
Brief & Werbepost, Finanzen



DI PETER UMANDUM
Vorstandsmitglied
Paket & Logistik, Logistiknetzwerke